

**Beschlussdokumentation
der Juso-Landeskonferenz
April 2010**



JusosBayern



Inhalt

Erneuerung ist ein langer Weg. Arbeitsprogramm der Jusos Bayern 2010/2011	3
Wirtschafts- und Sozialpolitik	11
Steuerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland	11
Make finance work	17
Finanztransaktionssteuer jetzt!	17
Unschuldsvermutung ins Arbeitsrecht	18
Zur Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors	19
Wir Jusos stehen zu allen von Schließungen bedrohten Beschäftigten	19
Neue Rechte und Rechtsextremismus	20
Teilnahme an Demos gegen Rechts	20
A.i.d.a. aus den Verfassungsschutzberichten streichen!	20
Internationales, Frieden und Europa	21
NATO überwinden - für eine sichere und friedlichere Welt	21
Positionspapier Afghanistan	24
Umwelt, Verkehr und Energie	27
Grüne Gentechnik	27
Radverkehrspolitik im neuen Jahrzehnt	28
Bildung und Familie	35
Chancengleichheit im Schulsystem	35
Solidarisierung mit dem Bildungsstreik	38
Position, Programm und Partei	39
Für eine nachhaltige Zukunft – von links gestaltet	39
Parlament kommt von reden – weg mit den „Reden zu Protokoll“!	45
Rechtspolitik, öffentliche Sicherheit und Bürgerrechte	46
Rechtsstaat stärken – Polizeikennzeichnung jetzt!	46
Freiheit versus Sicherheit im digitalen Zeitalter	46
Weitere Beschlüsse	52
Giftiges Blut?	52

Arbeitsprogramm 2010/2011

Erneuerung ist ein langer Weg

Mit dem Arbeitsprogramm „Neustart: jung, aktiv, sozialistisch“ haben wir uns letztes Jahr selbst die Aufgabe gesetzt, uns als sozialistischer, linker, internationalistischer und feministischer Jugendverband neu aufzustellen. Nach den Europa- und Bundestagswahlen wurde auch in der BayernSPD und SPD sehr deutlich, dass es eine Erneuerung braucht. In der SPD hat sie teilweise begonnen, sie steht aber noch am Anfang. Wir Jusos Bayern haben einen Neustart gemacht, sind aber auch noch nicht am Ende des Weges angekommen.

Erneuerung der (Bayern)SPD

In der SPD hat es (teilweise) personelle Veränderungen gegeben. Für uns Jusos Bayern ist klar, dass ein personeller Wechsel nicht gleichbedeutend mit einer Erneuerung ist. In diesem Prozess der vermeintlichen Erneuerung vermissen wir als Jusos Bayern eine fundierte Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich – auf einer theoretischen Basis – mit den Widersprüchen von Kapital und Arbeit und deren aktuellen Erscheinungsformen kritisch auseinandersetzt. Gerade die Debatte um Änderungen an Hartz IV macht die Notwendigkeit einer solchen tiefer greifenden Analyse und Auseinandersetzung deutlich. In dem Papier des Parteivorstandes wurde zwar deutlich, dass die SPD an ihren alten Vorstellungen etwas ändern will. Was fehlt ist eine Abkehr von alten und falschen Denkmustern. Neoliberale Ideen finden sich weiterhin, besonders deutlich an dem Punkt, dass der Staat Arbeitslose nur lange genug fordern müsse, damit sie Arbeitsplätze finden. Die SPD muss wieder erkennen, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Sie muss die Partei sein, die die Frage nach Verteilung nach Wohlstand in der Gesellschaft stellt und Antworten geben, damit unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität Realität werden.

Die SPD muss dazu auf drängende Fragen Antworten geben. Wie und unter welchen Bedingungen zieht die Bundeswehr aus Afghanistan ab. Und weitergehend, wie will die SPD wieder die Partei des Friedens werden. Wie schaffen wir soziale Sicherung, konkret bei Rente, Arbeit, Gesundheit und Pflege. Wie wollen wir die Kriterien für Gute Arbeit erfüllen. Wie wird die SPD wieder die Partei der BürgerInnenrechte, auch und gerade im digitalen Zeitalter. Und wie bringen wir in einer

solidarischen und gerechten Gesellschaft Ökologie und Ökonomie zusammen. Somit für uns die wichtigste Frage, wie gelingt es, dass Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer ethnischen und religiösen Herkunft gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben haben.

Zwingende Voraussetzung ist, dass Debatten und Entscheidungen demokratisch in der SPD und im Sinne der Doppelstrategie auch mit gesellschaftlichen Organisationen, Gruppen und Bündnissen geführt und getroffen werden. Redezeit auf Parteitag, AKs und Werkstätten sind hier nur ein Anfang. Wir Jusos Bayern bedauern in diesem Zusammenhang, dass im Vorfeld des Bundesparteitages zwar über die Einführung der quotierten Redeliste nur laut nachgedacht wurde, mehr dazu aber leider nicht passiert ist.

Um die SPD zu erneuern braucht es eine starke linke Kraft. Im vergangenen Jahr ist die Wiederbelebung des Linken Forums der BayernSPD gelungen. Im kommenden Jahr gilt es, dieses Forum weiter auszubauen. Wir Jusos Bayern werden uns weiterhin in die Planung und Durchführung von Veranstaltungen des Linken Forums einmischen. Unser Ziel ist eine breite Debatte im Linken Forum und in der BayernSPD. Dazu wollen wir auch mit anderen Arbeitsgemeinschaften die Zusammenarbeit verstärken. Dies gilt für gemeinsame Analysen der Gesellschaft und Ökonomie, für gemeinsamen Mut zur Theorie, über inhaltliche Fragen, wie etwa beim Bildungskonzept der BayernSPD und wirtschafts- und sozialpolitischen Themen, bis hin zu gemeinsamen Veranstaltungen. Im vergangenen Jahr hat es hierzu schon Gespräche im Bereich der Jungen ArbeitnehmerInnen gegeben, dies wollen wir weiter ausbauen.

Erneuerung der Jusos Bayern:

Als linker, feministischer, internationalistischer und sozialistischer Jugendverband wollen wir junge Menschen für unsere Ziele und Ideen begeistern. Wir verstehen „die Jugend“ nicht als homogene, eigenständige Gruppe, die von den übrigen gesellschaftlichen Verhältnissen losgelöste Probleme hat und diesen alleine gegenüber steht. Im Zuge des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft sind Jugendliche den gleichen negativen Folgen der Kapitalisierung, Markthörigkeit und Verwer-

tungslogik ausgesetzt, wie die restliche Gesellschaft.

Das neoliberale Modell hat sich auf viele Lebensbereiche ausgewirkt. Leistungsdruck gibt es von der Schule über Ausbildung, Studium, Arbeitsplatz bis hin in den Freizeitbereich. Darauf wollen und müssen wir Jusos Bayern reagieren. Diesen Umständen gilt es nicht nur andere politische Lösungen entgegenzustellen, sondern wir müssen auch mit unserer Verbandsarbeit darauf reagieren.

Deutlich ist dies beim Heißen Herbst geworden. Parteien an sich, die SPD und auch die Jusos sind für viele Protestierende unattraktiv geworden. Dies hat natürlich mit einer ins gesamten Parteien- und Politikerverdrossenheit, mit falschen Entscheidungen der SPD, aber eben auch mit uns Jusos Bayern zu tun.

Wer wir sind und was wir wollen

Die Analyse unseres Verbandes zeigt, dass wir in wichtigen Bereichen sehr gute Beschlüsse haben, vgl. dazu aktuelles Papier zu Bildungspolitik im Vorfeld des kleinen Landesparteitags. Wir freuen uns darüber, dass wir in der Vergangenheit viele neue Mitglieder gewonnen haben. Als Jugendverband sind wir in einem permanenten personellen Umbruch. Viele unserer Mitglieder müssen wegen Studium, Ausbildung oder Arbeit umziehen, Neumitglieder werden häufig sehr schnell in Funktionen gewählt, etc. Dies hat zur Folge, dass häufig vieles vom dem, was wir schon diskutiert haben oder für unsere Arbeit festgelegt haben (vgl. Satzung und Geschäftsordnung) für viele Jusos vor Ort unbekannt ist. Aus unserem Selbstverständnis heraus müssen auch Positionen immer wieder diskutiert werden, damit klar wird, ob sie weiterhin Gültigkeit haben. Am Beispiel der Quote wird dies besonders deutlich. Dabei zeigt sich, dass gute und wichtige Beschlüsse auch diesen Debatten standhalten.

Als Landesvorstand werden wir bei unseren Seminare, Veranstaltungen, Publikationen und Gesprächen den Mut zur Theorie und zur Grundlagenschulung haben. Unsere Definition als linker, feministischer, internationalistischer und sozialistischer Richtungsverband, der für den Demokratischen Sozialismus kämpft ist immer schnell formuliert. Es braucht immer wieder eine generelle Debatte darüber, was wir darunter verstehen, damit auch das Herunterbrechen auf Tagespolitik möglich ist.

Schwerpunktt Themen 2010/11

Die Jusos Bayern werden sich 2010/11 vorrangig mit zwei Themen beschäftigen:

- Frauen- und Gleichstellungspolitik: Die angeblich modernisierte Familienpolitik

von CDU und CSU betont immer massiver die angeblich „natürliche Rolle“ der Frau als Mutter bzw. Pflegende, die es zu unterstützen gelte. Hier droht ein massiver gesellschaftlicher Rollback. Das Thema Frauenpolitik wird – leider auch in der SPD – immer mehr auf Familienpolitik reduziert. Die grundlegenden Fragen des Patriachats, der Dominanz von überlieferten Rollenverständnissen und die daraus folgende Diskriminierung vor allem von Frauen in allen Lebensbereichen werden nur noch in einigen eng abgegrenzten Zirkeln diskutiert.

Wir Jusos Bayern müssen uns als eine Organisation verstehen, die die Diskussion um Frauen- und Gleichstellungspolitik wieder verbreitert. Dazu gilt es zunächst, uns inhaltlich fit zu machen. Denn auch bei uns gibt es viele, die die Gleichstellung der Geschlechter für erreicht halten und Frauen- und Gleichstellungspolitik eher für ein lästiges Ritual halten, das es zu beseitigen gilt. Deshalb muss die Arbeit des Juso-Landesvorstands im nächsten Jahr vor allem die Schulungsarbeit im Bereich Gleichstellung in den Mittelpunkt rücken, um das Thema auch bei den Jusos wieder breit zu verankern. Dazu ist es notwendig, das Thema Frauen und Gleichstellung wieder als festen Block und/oder im Sinne des „lila Fadens“ als sich durch den ganzen Ablauf ziehendes Querschnittsthema bei allen Seminaren, Veranstaltungen und Publikationen zu verankern. Außerdem soll es eigene Veranstaltungen und Publikationen zu diesem Thema geben.

- Gesellschaftliche Integration: In der Gesellschaft zeigt sich immer stärker, dass sich die bürgerliche Mittel- und die Oberschicht abschotteten. Die Bedürfnisse der Unter- und auch der unteren Mittelschicht spielen in der gesellschaftlichen Debatte kaum noch eine Rolle, in deren Zentrum längst die „Leistungsträger“ (und die selten mit angesprochenen „Leistungsträgerinnen“) gerückt sind. Das „Prekariat“ wird noch staunend und mit etwas Gruselfaktor betrachtet; für politische Entscheidungen aber spielen die unteren Schichten keine Rolle mehr, sie sollen damit zufrieden sein, dass ihnen mit Hartz IV eine Existenz gesichert wird.

Von dieser Ausgrenzung sind gerade auch Jugendliche betroffen. Denn hier zeigt sich, wie einerseits im Bildungssystem versucht wird, die ständische Gesellschaft zu bewahren und gesellschaftliche Aufstiege zu verhindern. Daneben wird gerade bei Jugendlichen massiv versucht,

sie unter dem Motto „Aus den Augen, aus dem Sinn“ aus dem Stadtbild zu verdrängen. In vielen Großstädten – und zunehmend auch auf dem Land – wird eine Bedrohung durch „die Jugendlichen“ konstruiert, die es zu bekämpfen gilt. Gemeint sind damit die jungen Menschen, die sich nicht entsprechend den Erwartungen einer bürgerlichen Gesellschaft verhalten.

Die Jusos werden daher das Thema „Soziale Integration“ zu einem Schwerpunktthema im nächsten Jahr (und voraussichtlich auch darüber hinaus) machen. Dabei gibt es vielfältige Aspekte, die in unterschiedlichen Formen und an unterschiedlichen Stellen diskutiert werden können. Es gibt die Debatte um eine integrative Sozialpolitik, die vor allem für die sozialpolitische Kommission – möglicherweise in Verbindung mit der kommunalpolitischen – ein Thema sein kann; es gibt die Diskussion um Stadt- bzw. Gemeindegestaltung, Gentrifizierung, Verdrängung gerade von jungen Menschen aus dem Stadtbild als Thema für die kommunalpolitische Kommission; die Debatte um Grundeinkommen, Steuergestaltung etc. für die wirtschafts- und für die sozialpolitische Kommission.

Neben den Jusos beschäftigen sich viele andere mit diesem Thema: Gewerkschaften, Sozialverbände, Jugendorganisationen etc. Mit ihnen gilt es die Diskussion zu suchen und damit die Arbeit der Jusos Bayern gerade bei diesem Thema auch breiter anzulegen. Formen dafür können Einladungen an Expertinnen und Experten in Kommissionen und Seminare sein, aber auch Fachtagungen, die einen breiteren Personenkreis bei den Jusos ansprechen können.

Neben diesen zwei Schwerpunktthemen werden uns natürlich auch andere Themen beschäftigen. Gerade der Kampf gegen Rechtsextremismus, die Beteiligung der Jusos an Protesten gegen die Aushöhlung der Bürgerinnen- und Bürgerrechte, gegen den schwarz-gelben Sozialabbau, gegen die Renaissance der Kernkraft und gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik wie auch die Beteiligung der Jusos beim Bildungsstreik sind weitere wichtige Themen, die es zu behandeln und wo es unsere Positionen zu verankern gilt. Hieran wird in den Kommissionen sowie über Seminare und Veranstaltungen gearbeitet werden, außerdem natürlich über konkrete Bündnisarbeit.“

Schulungsarbeit

Die Jusos Bayern leisten erfolgreiche Schulungsarbeit derzeit vor allem im Bereich der Grundla-

genschulung (Neumitgliederseminare, verschiedene „Schulen“) und mit guten Seminaren zu spezifischen Themen, die teilweise von den Kommissionen verantwortet werden. Diese erfolgreiche Schulungsarbeit werden wir im nächsten Jahr fortsetzen.

Derzeit fehlen aber Schulungsangebote für Genossinnen und Genossen, die nicht mehr neu bei den Jusos Bayern sind, aber auch (noch) nicht über Kommissionen eingebunden. Gerade dies sind diejenigen, die die Arbeit der Jusos vor Ort tragen und die – auch mit Blick auf die Kommunalwahlen 2014 – Bedarf an (weiterer) inhaltlicher Schulung haben. Es sind allerdings vielfach auch diejenigen, die von der SPD und teilweise auch den Jusos mit Ämtern und Arbeit überhäuft werden, sich vielfach in Kommunalparlamenten engagieren und deshalb häufig wenig Zeit für mehrtägige Seminarveranstaltungen mit langen Anreisewegen haben. Für diese Zielgruppe wollen wir im nächsten Jahr in Abstimmung mit den Bezirken Angebote entwickeln, die inhaltlich wie im Ablauf und der Ortswahl attraktiv sind. Dabei werden wir vermehrt darauf achten, dass die theoretische Schulung – Marxismus, Feminismus, Internationalismus – neben den aktuellen politischen Fragestellungen nicht zu kurz kommt.

Bei allen Schulungsveranstaltungen muss darauf geachtet werden, dass das jeweilige Thema nicht nur aus dem „männlichen“ Blickwinkel betrachtet wird, sondern auch unter frauenpolitischen Gesichtspunkten. Dies kann in Form eines eigenen Seminarblocks zu den frauenpolitischen Gesichtspunkten erfolgen, gleichzeitig müssen diese Aspekte bei allen Themenblöcken angesprochen werden („Lila Faden“). Auch muss ein paritätisches Verhältnis zwischen Seminarteilnehmerinnen und Seminarteilnehmern angestrebt werden; das im letzten Jahr vermehrt praktizierte „Nachfassen“ bei einem sich abzeichnenden Ungleichgewicht werden wir daher weiterführen.

Wie auf der „Bildungskonferenz“ im Februar 2010 vereinbart, werden wir die Schulungsarbeit im nächsten Jahr neu organisieren. Die Verantwortung für die Schulungsarbeit wird künftig beim Juso-Landesvorstand liegen. Dieser legt in Abstimmung mit den Bezirken und den Kommissionen und im Rahmen der im Arbeitsprogramm vorgesehenen Themenschwerpunkte (und, weil leider notwendig, unter Beachtung der verfügbaren Finanzen) die Themen und die Termine für die einzelnen Seminare und weiteren Veranstaltungen fest und benennt jeweils die Verantwortlichen für deren Durchführung. Diese nehmen die konkrete Planung des Seminarablaufs vor, der dem Landesvorstand dann noch einmal vorgelegt wird. Als Leiterinnen und Leiter der Seminare werden neben den Mitgliedern des Landesvorstands auch interessierte Genossinnen und Genossen aus den Kommissionen, den Bezirksvorständen und aus

den Reihen des bisherigen AKTs fungieren. Außerdem werden wir weiterhin darauf achten, über die bisherigen Seminarleiterinnen und -leiter hinaus Genossinnen und Genossen für die Schulungsarbeit zu qualifizieren und die aktiven Seminarleiterinnen und Seminarleiter methodisch weiter zu qualifizieren.

Um das Seminarangebot den Genossinnen und Genossen – aber ausdrücklich auch interessierten Nicht-Mitgliedern – besser zugänglich zu machen, streben die Jusos Bayern eine Online-Plattform an, wie sie bereits von den Jusos Rheinland-Pfalz und den Jusos Saar verwirklicht wurde (<http://bildung.jusosaar.de>). Mittels dieser Seminarplattform können sich alle Interessierten auf einen Blick über die angebotenen Seminare informieren und bei Bedarf sofort anmelden.

BündnispartnerInnen suchen und gewinnen:

Wir Jusos Bayern sind ein eigenständiger Verband und handeln deshalb nach der Doppelstrategie. Der Kontakt zu anderen Jugendverbänden, die Positionen mit uns teilen soll im kommenden Jahr weiter intensiviert werden.

Viele Mitglieder der Jusos Bayern sind auch in anderen Organisationen aktiv. Leider haben wir darüber kaum einen Überblick. Einen Überblick zu erstellen ist auch für uns Jusos Bayern nicht machbar, deshalb ist hier die Rückkopplung in den Landesverband besonders wichtig. Interessante Debatten, Kampagnen und Veranstaltungen sollten deshalb an die Mitglieder des Landesverbandes weitergeleitet werden.

Weiterhin werden wir unsere BündnispartnerInnen zu speziellen Veranstaltungen einladen. Diese werden themenbezogen sein und somit einem Austausch der Positionen dienen. Auch bei unseren Konferenzen, Fachtagungen und Seminaren wollen wir verstärkt auf BündnispartnerInnen zugehen und sie dazu einladen. Dabei dürfen ihre Positionen durchaus konträr zu unseren Positionen stehen. Selbstverständlich werden die Mitglieder des Landesvorstands auch weiterhin Einladung unserer BündnispartnerInnen wahrnehmen.

Neben der Debatte mit BündnispartnerInnen steht für uns die innerverbandliche Demokratie und Willensbildung im Mittelpunkt. Leider ist es uns letztes Jahr nicht gelungen, unsere Homepage auf moderne Kommunikationsformen umzustellen. Dieses wird im kommenden Jahr nachgeholt. Auf unserer Homepage oder weiteren Angeboten soll es aber keine Gästebücher oder ähnliches geben, da diese nur den Anschein einer Diskussion erwecken. Ganz gezielt wollen wir das Internet für Diskussionen nutzen. Die Debatten werden natürlich nicht ins Internet ausgelagert, da viele keinen oder nur einen sehr langsamen Internetzugang haben. Diese Möglichkeiten dienen der Unterstüt-

zung.

Wichtig für die Diskussion vor Ort ist unsere ReferentInnenliste. Auf der Klausur des Landesvorstandes wird diese neu erstellt und aus den Bezirken erweitert. Diese Liste steht dann auf unserer Homepage zur Verfügung. So können Veranstaltungen vor Ort besser geplant werden.

Fachkonferenzen:

Eine zentrale Bedeutung für unsere inhaltlichen Debatten werden Fachkonferenzen der Jusos Bayern haben. Eine erste dazu wird von der sozialpolitischen Kommission im Juni organisiert. Weitere Konferenzen werden von Kommissionen und dem Landesverband geplant. Eine konkrete Idee dazu ist eine Konferenz zum Thema „BürgerInnenrechte rund ums Fußballstadion“. Diese Konferenzen stehen allen Interessierten, also auch Nichtmitglieder offen und dienen dazu wichtige Themen ausführlich diskutieren zu können.

Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit:

Viele unserer Publikationen bedürfen einer Überarbeitung, sowohl inhaltlich als auch bei der graphischen Gestaltung. Aus finanziellen wie auch Gründen beschränkter Arbeitskapazität im Landesvorstand wird es uns allerdings nicht gelingen, alle Publikationen auf einmal überarbeitet aufzulegen. Der Landesvorstand wird daher in der Klausurtagung auch unter Berücksichtigung der Materialanfragen an das Landesbüro eine Prioritätenliste bei der Erneuerung der Publikationen aufstellen und diese Liste dann entsprechend der finanziellen Möglichkeiten abarbeiten.

Ähnlich wie bei der Schulungsarbeit werden wir auch bei den Publikationen darauf achten, dass das jeweilige Thema auch mit seinen frauenpolitischen Aspekten betrachtet wird. Dies kann durch einen eigenen Abschnitt hierzu geschehen, muss aber vor allem dadurch geschehen, dass sich die frauenpolitischen Aspekte in allen Abschnitten der Publikation wiederfinden (lila Faden).

Zentrale Elemente unserer Arbeit sind folgende Publikationen:

- **Faust:** Die Faust ist unsere Mitgliederzeitschrift, die über den Verband hinaus Beachtung findet. Dazu haben wir im vergangenen Jahr ein neues Design erarbeitet. Die Faust soll im kommenden Arbeitsjahr zwei Mal erscheinen. Schwerpunkte der Faust werden wiederum grundsätzliche Themen sein, so eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Bayern und eine Gesellschaftsanalyse mit den für uns zwingenden Antworten. Damit dient die Faust nicht nur dazu, unsere Positio-

nen darzustellen, sondern hat damit auch einen Bildungscharakter.

- Rot-Weiß-Blau: Das Konzept der RWB ist gescheitert. In den vergangenen Jahren sind Ausgaben der RWB verzögert oder verhindert worden, da manche Artikel zum Redaktionsschluss vorlagen, andere aber auf sich warten ließen, oder nie kamen. Damit wurde das Ziel der RWB, Verbandsarbeit und -leben allen zugänglich zu machen, nie erfüllt. Für viele AutorInnen war die Verzögerung bzw. das nicht Erscheinen sehr frustrierend. Deshalb wird es künftig nur noch thematische RWBs geben, wie im vergangenen Jahr zu Israel. Artikel über Seminare, Arbeit in den Bezirken, Diskussionsbeiträge etc. werden künftig als pdf zusammengefasst und in unregelmäßigen Abständen verschickt. Damit wird die RWB zwar mal kürzer oder länger, aber immer aktuell sein.
- Broschüren: Die Broschüren werden auch künftig einen Wiedererkennungswert als Material der Jusos Bayern haben – vgl. Faustkonzept. Weiterhin wird der Verband zu zentralen Themen Broschüren anbieten, vgl. dazu neue Publikationen im Bereich Kampf gegen Rechts aus dem vergangenen Jahr
- Aufkleber, Plakate, Außergewöhnliches: Im vergangenen Jahr haben wir verschiedene Aufkleber, „Wir kümmern uns auch um die kleine Dinge“, einen Sarg zur Bundestagswahl oder Zigarettenschachtelaufkleber zum Thema Bildung produziert. Auch im kommenden Jahr werden themen- oder ereignisbezogene Aufkleber etc. zur Verfügung stellen. Dabei achten wir auch darauf, dass dieses Material auch dezentral verändert oder genutzt werden kann (z.B. Sprühschablonen).
Außerdem werden wir das Liederbuch mit ArbeiterInnenlieder wieder neu auflegen.
- Homepage: Im vergangenen Jahr ist es leider nur gelungen festzulegen, was wir an unserer Homepage ändern wollen. Die Homepage bekommt für uns als Jugendverbände eine immer zentralere Bedeutung. Im kommenden Jahr wollen wir die Struktur der Homepage so verändern, dass wir endlich auch das Web 2.0 nutzen können. Wie bereits angekündigt wollen wir dabei auch Diskussionsmöglichkeiten anbieten. Damit diese Möglichkeiten auch genutzt werden, ist es nötig, die Homepage für die BesucherInnen ansprechender zu gestalten. Dazu bedarf eines neuen Designs (Frontend) und voraussichtlich auch eines neuen Verwaltungssystems (Backend).

Hinzukommen wird ein Blog. Nicht jedes Thema eignet sich für eine Pressemitteilung, einen Artikel für die RWB oder eine Publikationen. Über unsere Blog wird der Landesvorstand über Diskussionen, interessante Debatten oder Verbandsleben informieren. Dazu werden wir auch einen Ideenkasten anbieten, denn wir sagen oft: „Man müsste mal“ – doch bleiben viele Ideen ungenutzt, weil es viel zu lange dauert neue Ideen und Konzepte in den Landesvorstand oder gar auf eine Konferenz einzubringen. Deshalb wird es auf der Homepage der Jusos Bayern die Möglichkeit für alle Interessierten geben, Ideen, Anregungen, Wünsche für unsere Arbeit, aber auch Kritik an der Arbeit direkt an uns zu senden. Das nötige Feedback für den Landesvorstand kann auch anonym gesendet werden.

- Newsletter: Auch weiterhin werden wir über den Newsletter kurz und prägnant über die Arbeit der Jusos Bayern informieren. Im vergangenen Jahr wurde der Verteiler aktualisiert. Im kommenden 34 Jahr wollen wir noch mehr junge Menschen über unseren Newsletter im und außerhalb unseres Verbandes erreichen.
- Pressemitteilungen: Pressemitteilungen des Juso Landesverbandes sollen zukünftig stärker für die Arbeit vor Ort genutzt werden. Mediale Aufmerksamkeit ist in lokalen Medien leichter zu erzielen als auf überregionaler Ebene. Wir werden daher Pressemitteilungen in einem eigenen Verteiler, der ebenso wie der Newsletter allen offensteht, unabhängig vom Newsletter verschicken. Dies ermöglicht eine schnelle und unkomplizierte Weitergabe der Pressemitteilungen an die unteren Gliederungsebenen, die diese dann als Vorlagen verwenden und regionalisiert an die lokalen Medien weitergeben können.
- Pressegespräche: Wichtig für unsere Öffentlichkeitswirkung sind Pressegespräche. Wie im vergangenen Jahr werden diese auch weiterhin genutzt, um unsere Ziele und Arbeit öffentlichkeitswirksam darzustellen.

Kommissionen:

Kommissionen haben die zentrale Bedeutung für die inhaltliche Arbeit der Jusos Bayern. Es gibt folgende Kommissionen:

- Kommission Internationales: Der AK Internationales wird seine genaue Jahresplanung bei der ersten Kommissionssitzung nach der Landeskonferenz festlegen. Die bisherige Kommissionsleitung hat sich mit den Kommissionsmitgliedern auf fol-

genden Rahmen verständigt: Im August 2010 wird uns eine Delegation aus Israel besuchen, nachdem wir 2009 in Nahost waren. Wir wollen im Herbst ein Seminar mit Schwerpunkt Lateinamerika anbieten, der Fokus soll auf dem Thema „Sozialismus des 21. Jahrhunderts!“ liegen. Zudem ist Anfang 2011 ein Afrika-Seminar angedacht. Den inhaltlichen Schwerpunkt wollen wir in diesem Jahr auf das äußerst komplexe Thema Globalisierung legen und versuchen, die Debatte auf aktualisiertem Niveau wieder in den Verband zu tragen. Zudem verfolgen wir unser gerade wiederbelebtes Projekt der Alpeninternationalen weiter und versuchen, Kontakte und Austausch mit unseren GenossInnen aus Österreich und der Schweiz zu intensivieren und zu verstetigen.

- Sozialpolitische Kommission: Die bayerischen Jusos haben sich auf ihrer Landeskonferenz 2009 entschieden, die ehemalige „Wiso-Kommission“ in zwei neue Kommissionen einzuteilen: Wirtschaftspolitik (Wipo) und Sozialpolitik (Sopo), weil gerade der Umgang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise gezeigt hat, dass der Arbeitsaufwand in der Wiso-Kommission deutlich anstieg und sich auch notwendiger Weise eine deutliche thematische Verschiebung hin zu wirtschafts- und finanzpolitischen Gesichtspunkten ergeben hat. Der Anspruch der Jusos Bayern ist es aber, auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik stets aktuell informiert und nach außen hin sprachfähig zu sein. Deswegen wurde eine eigenständige sozialpolitische Kommission gegründet.

Derzeit beschäftigt sich die Sozialpolitische Kommission mit der Grundkonstruktion und Finanzierung unseres Sozialversicherungssystems in den einzelnen Bereichen. Dies geschieht insbesondere vor dem Hintergrund, da in der SPD über mehr Steueranteile in den einzelnen Einnahmebereichen der Sozialversicherung nachgedacht wird. Die Sicherstellung einer kostendeckenden Finanzierung der Sozialversicherungsbereiche ist ein zentrales politisches Thema mit größter Relevanz für Millionen von Versicherten. Ausgehend von einer Fachtagung zu diesem Thema, welche im Juni 2010 stattfinden wird und auf welcher Pro und Contra Steuerfinanzierung, sowie vielfältige Sichtweisen ausgetauscht und verbandsöffentlich diskutiert werden sollen, will die Sozialpolitische Kommission einen beschlussfähigen und umfassenden Antrag für eine der nachfolgenden Landeskonferenzen erar-

beiten. Hier geht allerdings Gründlichkeit vor Schnelligkeit, da es ähnliche Versuche bereits 2007 gegeben hat, welche von der Landeskonferenz 2007 jedoch für unzureichend befunden wurden.

Weitere Themen, die die „SozPol“ künftig vermehrt in den Blick nehmen will, sind Konzepte für „Gute und menschenwürdige Arbeit“, sowie die negativen Entwicklungen im Bereich der Kinderarmut. Derzeit engagieren sich in der „SozPol“ Jusos aus fünf Regierungsbezirken, weitere interessierte Genossinnen und Genossen sind gerne gesehen und herzlich willkommen.

- Wirtschaftspolitische Kommission: Wir wollen 2010 die im letzten Jahr begonnene kontinuierliche Arbeit fortsetzen und thematisch weiter vertiefen. Das Projekt aus dem letzten Jahr, neben der Auseinandersetzung mit der Tagespolitik grundsätzliche wirtschaftspolitische Fragestellungen zu diskutieren, wollen wir angehen. Dazu soll auch das Seminar der Wirtschaftspolitischen Kommission stattfinden. In der Tagespolitik werden wir die Wirtschaftspolitik der SPD weiterhin kritisch-solidarisch begleiten. Wir werden auch unsere Alternativen zur schwarzgelben Wirtschaftspolitik deutlich herausarbeiten und hier für die Jusos Bayern Positionen erarbeiten.

Ein Ziel muss es sein, die Zahl der Aktiven in der Kommission zu erhöhen. Dies gilt insbesondere für die Beteiligung von Frauen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, die Kommission muss sich auch damit befassen, warum es bisher nicht gelingt, Frauen für die Arbeit in der Kommission zu gewinnen; dazu bedarf es auch einer Auseinandersetzung mit der Arbeitsweise und der Diskussionskultur.

- Frauenkommission: Die Frauenkommission arbeitet anders als andere Kommissionen der Jusos Bayern bewusst autonom. Kernanliegen der Frauenkommission ist es, die Rolle von Frauen innerhalb der Jusos Bayern zu stärken. Dazu wird das Frauennetzwerk ausgebaut und die Zusammenarbeit mit der AsF Bayern verstärkt. Die Frauenkommission wird auch im kommenden Jahr ein Frauenrhetorikseminar anbieten. Außerdem wird es inhaltliche Seminare, vor allem im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich, speziell für Frauen geben.

Die Frauenkommission wird Frauen im Verband auch verschiedene Materialien und Infos zur Verfügung stellen. Dazu soll es auch ein Angebot für Hilfeanfragen und Hilfestellungen geben.

Der inhaltliche Schwerpunkt der Frauenkommission ist die Gleichstellung der Geschlechter. Um dieses Ziel zu erreichen ist jedoch die Arbeit des gesamten Verbandes notwendig.

- Kommission Kampf gegen Rechts: Die Kommission gegen Rechtsextremismus sieht sich auch im kommenden Jahr als Anlaufpunkt für Engagierte im Kampf gegen Rechts innerhalb dieses Verbandes. Darüberhinaus werden wir auch weiterhin inhaltliche Ressourcen zur Verfügung stellen (Infomaterial, Texte, Publikationen, Referenten, Seminare) um die inner- und außerverbandliche Schulung im Themenbereich Rechtsextremismus voranzutreiben. Das Ziel der Kommission muss es im nächsten Jahr sein, die Teilnehmerbasis zu verbreitern und die Leitungsstruktur nach und nach zu verjüngen um hier einen geordneten Übergang ohne allzu großen Wissensverlust zu gewährleisten.

Weiterhin bleibt das Ziel, möglichst alle Bezirke mit mindestens einer ständigen Vertretung einzubinden, um den Informationsfluss zu verbessern. Arbeitsschwerpunkte werden im kommenden Jahr sein: Die Rechtsextremismus-FAUST, die Themenbereiche Populismus und Islamophobie (hier besonders auch der Gleichstellungsaspekt), Geschichtsrevisionismus, Rechtsextremismus und Schule und die Beobachtung der aktuellen Entwicklungen des Rechtsextremismus in Bayern generell. Hierzu würden wir gerne mindestens 2 Tagesseminare oder ein Wochenendseminar veranstalten. Wir werden verstärkt darauf achten, die Position der Jusos Bayern auch in Pressemitteilungen zeitnah zu formulieren sobald ein Anlass besteht. Natürlich werden wir auch im nächsten Jahr weiterhin an Demonstrationen und Veranstaltungen gegen Rechts teilnehmen und als ReferentInnen vor Ort zur Verfügung stehen. Desweiteren werden wir den Stand der Publikationen überprüfen und gegebenenfalls neues Material erstellen (sowohl Streumaterial wie z.B. Aufkleber, Postkarten, als auch inhaltliches Hintergrundmaterial wie z.B. Reader oder Broschüren).

- Umweltpolitische Kommission: Die umweltpolitische Kommission wird auch im kommenden Jahr über den ökologischen Sozialismus diskutieren. Für die Jusos und auch die SPD muss gelten, dass Umwelt- und Naturschutz nicht als abgetrenntes Politikfeld betrachtet wird, sondern Soziales, Ökonomie und Ökologie gemeinsam betrachtet werden. Diese generelle Debatte

muss aktuell herunter gebrochen werden, wie etwa die Zukunft der Energieversorgung (Erneuerbare Energie und Atomausstieg) oder Zukunft der Verkehrspolitik.

- Kommunalpolitische Kommission: Ziel der kommunalpolitischen Kommission wird die weitere Vernetzung der Arbeit von Juso MandatsträgerInnen sein. Die finanzielle Situation der Kommunen in Bayern ist sehr schlecht. Gleichzeitig wissen wir, dass die Kommunen eine wichtige Rolle für Sozial-, Integrations- und Kulturpolitik haben. Diese Themen wird die kommunalpolitische Kommission mit allen Interessierten führen.

Die Arbeit der Kommissionen kann nicht mit dem gleichen Konzept oder der gleichen Struktur für jede Kommission funktionieren. Alle Kommissionen sollen jedoch folgenden Ansprüchen genügen:

- Jede Kommission wird von einem Vorstandsmitglied geleitet, weitere LeiterInnen schlägt der Landesvorstand vor
- Nach der Klausur werden die Mitglieder zu den Kommissionen eingeladen. Bezirke melden Personen, die sich an der Arbeit der Kommission über das ganze Jahr beteiligen möchten. Ziel ist, dass jeder Bezirk mit mindestens einer Person in jeder Kommission vertreten ist. Zudem stehen die Kommission weiteren interessierten GenossInnen aus den Untergliederungen zur Mitarbeit offen
- Jede Kommission bietet ein inhaltliches Seminar an
- Jede Kommission bietet in der Rot-Weiß-Blau und über Internet Diskussionsbeiträge für die Mitglieder zur Verfügung.
- Ziel der Kommissionsarbeit ist die inhaltliche Weiterentwicklung der Positionen des Juso-Landesverbandes Bayern. Die Debatten der Kommissionen – und vor allem die Ergebnisse sollen möglichst breit im Verband kommuniziert werden. Dies geschieht in Form von Artikeln in Verbandsmagazinen, im Newsletter, kleinen Broschüren oder Flyern etc. und eventuell auch in Form eines Antrags bei der Landeskonferenz.
- Kommissionen haben die Möglichkeit zu gemeinsamen oder getrennten Kommissionswochenenden
- Es werden Strukturen geschaffen, die eine kurzfristige und projektbezogene Mitarbeit ermöglichen.

Zielgruppen:

Seit Jahren leisten JSB und LKT wichtige Zielgruppenarbeit im bildungspolitischen Bereich. Die Arbeit der JSB konnte im vergangenen Jahr durch

den Schüli-Kongress und die Neuwahlen der JSB wiederbelebt werden. Auch dass LKT hat im heißen Herbst eine wichtige Zielgruppenarbeit an Bayerns Hochschulen gemacht.

Die JSB plant regelmäßige Treffen und den Austausch mit der Bundesebene. Dazu wir des folgende Publikationen geben:

- Stundenplan
- Neuauflage der „Bravda“ (unter neuem Namen)
- Infomaterialien für Schüli-Infostände
- Selbstdarstellungsflyer

Veranstaltungen:

- JSB-Treffen in 1-/1½-Monatstakt
- Seminar an Pfingsten, das sich im Anschluss an das Neumitgliederseminar vor allem mit Inklusion beschäftigt und ein weiteres grundlegendes zur Bildungspolitik im Sommer/Herbst
- Besuche der einzelnen Schüli-Gruppen in den Unterbezirken

Die Arbeit von JSB und LKT wird auch im kommenden Jahr unterstützt. Die Auseinandersetzung für Bessere Bildung in Bayern steht gerade am Anfang, unser Kampf geht weiter.

Wir Jusos Bayern wollen auch junge ArbeitnehmerInnen ansprechen. Dazu haben sich die Jungen ArbeitnehmerInnen Bayern (JAB) gegründet. Damit haben nun auch junge ArbeitnehmerInnen eine organisierte Plattform, an die sie sich wenden können. Ziel der JAB wird der Kampf um Gute Ausbildung und Gute Arbeit sein. Dabei versteht sich die JAB nicht als Konkurrenz zur AfA, sondern diskutiert mit ihr gemeinsam. Dazu ist schon eine gemeinsame Veranstaltung mit der AfA Bayern geplant. Viele Verschärfungen vor allem im Bereich ALG I und ALG II betreffen besonders junge ArbeitnehmerInnen. Auf diese Probleme wollen wir hinweisen und Lösungen diskutieren. Wichtige GesprächspartnerInnen sind in diesem Bereich die

Gewerkschaftsjungen. Auch dazu hat es schon Gespräch mit DGB Jugend, ver.di Jugend und GEW Jugend gegeben.

Bessere Zusammenarbeit:

Die Zusammenarbeit von AGs, KVs, UBs, Bezirken und dem Landesverband muss weiter intensiviert werden. Vor Ort gibt es sehr gute Ideen für Veranstaltungen, Publikationen, Aktionen und vieles mehr. Leider bekommen wir immer noch zu wenig von einander über unsere Arbeit mit. Dies werden wir im kommenden Jahr den Austausch und die Verzahnung der Bezirke und der Untergliederungen stärken.

Um die Arbeit vor Ort zu erleichtern, stellen wir Euch Musterpressemittellungen, wichtige Texte und Infos zusammen. Dazu werden wir eine Broschüre zur Juso Arbeit vor Ort herausbringen. Damit wollen wir grundlegende Fragen etwa zur Organisation einer Jahreshauptversammlung vereinfachen. (Wann und wenn muss ich einladen, wie und was wird auf welche Ebene gewählt, wie schreibe ich einen Antrag und vieles mehr)

Wir bitten alle Untergliederungen uns Feedback über ihre Aktionen und Veranstaltungen zu schicken. Der Pressespiegel aus dem vergangenen Jahr liegt auf dieser Konferenz aus. Die Arbeit der Jusos Bayern besteht aber natürlich nicht nur aus der Arbeit des Vorstandes, sondern auch aus der Arbeit der Untergliederungen.

Weiterhin werden wir als Jusos Bayern Kontakt zwischen den Jusos vor Ort und den TeilnehmerInnen von Seminaren gewährleisten. Viele Jusos treten mittlerweile online bei und wissen deshalb leider nicht, dass es auch vor Ort Jusos gibt. Damit Neumitglieder oder Menschen, die umgezogen sind, auch Kontakt zu den Jusos bekommen, wollen wir Home-Pageadressen bzw. Mailadressen weitergeben.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Steuerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Steuern sind die wichtigste Einnahmequelle eines modernen Staates. Sie werden von allen BürgerInnen erhoben, die einen spezifischen Steueratbestand erfüllen.

Steuern unterscheiden sich von anderen Abgaben vor allem dadurch, dass ihnen keine direkte Gegenleistung und kein direkter Leistungsanspruch gegenüber stehen. Finanzmittel, die der Staat durch seine Steuererhebung generiert, haben keine Zweckbindung, sondern fließen stets in den allgemeinen Staatshaushalt, wo sie auf die einzelnen Politikbereiche zugeteilt werden. Grundsätzlich werden Steuern in direkte und indirekte Steuern unterschieden. Bei einer direkten Steuer sind Steuerschuldner und Steuerträger identisch, es findet also keine Übertragung der Steuerlast auf einen Dritten statt. Die wichtigste direkte Steuer ist die Einkommenssteuer. Bei der indirekten Steuer sind Steuerschuldner und Steuerträger nicht identisch, es findet also eine Übertragung auf einen Dritten statt. Die wichtigste indirekte Steuer ist die Umsatzsteuer. Das Verhältnis zwischen den direkten und indirekten Steuern hat sich in den vergangenen Jahren drastisch verschoben.

Bis 1990 machten die direkten Steuern etwa 60 Prozent des Gesamtaufkommens aus. Damit lagen sie weit vor den indirekten Steuern. Doch seither steigen die Verbrauchsteuern stetig und haben die Einkommens- und Unternehmenssteuern überholt. Dieser Trend zeigt sich auch in der aktuellen Steuerschätzung für 2010. Die Einkommensteuer ist nur noch mit knapp 165 Mrd. Euro kalkuliert. Faktisch dürften die Einnahmen sogar weit geringer ausfallen, etwa weil die schwarz-gelben Steuergeschenke nicht berücksichtigt sind. Die Mehrwertsteuer hingegen soll rund 180 Mrd. Euro einbringen. Weitere große Verbrauchsteuern wie die Benzin- oder die Tabaksteuer dürften zusätzlich noch einmal mit knapp 60 Mrd. Euro zu Buche schlagen. Diese Entwicklung ist sehr bedenklich, da für die indirekten Steuern - anders als beispielsweise bei der Einkommenssteuer - keine Progression existiert. Einkommensstarke Personen werden demnach genauso besteuert wie sozial schwächere Menschen.

Im Jahr 2008 betrug das kumulierte Steueraufkommen von Bund, Ländern und Kommunen 561 Mrd. Euro. Hiervon entfielen lediglich 84,2 Mrd. Euro direkt auf den Bund, den weitaus größte Anteil von 396,5 Mrd. Euro teilten sich Bund und Länder (sog. Gemeinschaftssteuern). Das größte Steueraufkommen entfiel auf die beiden Gemeinschaftssteuerar-

ten Einkommenssteuer mit 191,2 Mrd. Euro sowie Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer mit 176 Mrd. Euro. Diese beiden Steuerarten trug knapp 2/3 zum gesamten Steueraufkommen des Staates bei. Zu den wichtigsten Bundessteuern zählen vor allem die Energiesteuer mit 39,2 Mrd. Euro, die Tabaksteuer mit 13,6 Mrd. Euro, der Solidaritätszuschlag mit 13,1 Mrd. Euro sowie die Versicherungssteuer mit 10,5 Mrd. Euro. Die wichtigsten Ländersteuern sind die Kraftfahrzeugsteuer mit 8,9 Mrd. Euro sowie die Grunderwerbssteuer mit 5,7 Mrd. Euro. Insgesamt betragen die reinen Ländersteuern rund 21,9 Mrd. Euro. Für die Kommunen stellen die Gewerbesteuer mit 41 Mrd. Euro und die Grundsteuer B mit 10,5 Mrd. Euro die wichtigsten Einnahmequellen dar.

2008 hat der Bund insgesamt 283,2 Mrd. Euro ausgegeben. Neben Steuereinnahmen und Privatisierungserlösen beinhaltet diese Zahl auch 11,9 Mrd. Euro an Neuverschuldung. Der weitaus größte Teil des Bundeshaushalts floss in den Bereich Arbeit und Soziales. Hierzu verwendete der Bund 124 Mrd. Euro bzw. 44% seiner Mittel. Gefolgt wird dieser Bereich von den Zahlungen zur Schuldentilgung mit 42,9 Mrd. Euro und Ausgaben zur Verteidigung mit 29,5 Mrd. Euro. Den kleinsten Etat erhielt das Bundesjustizministerium mit 468 Millionen Euro.

Erst ein entsprechend hohes Steueraufkommen ermöglicht es dem Staat, seinen Aufgaben in vollem Umfang gerecht zu werden. Nur ein Staat der Steuermittel in entsprechender Höhe generiert, kann damit eine nachhaltige und sozialpolitische sinnvolle Umverteilungspolitik betreiben. Allerdings werden Steuern in der Öffentlichkeit oft als lästig wahrgenommen. Mit Organisationen wie dem „Bund der Steuerzahler“ existieren sogar Vereinigungen, die offen auf eine Verringerung des Steueraufkommens hinwirken möchten. Weiterhin fordert auf parteipolitischer Ebene beispielsweise die FDP niedrigere Steuern und behauptet dies sei ein wichtiger Schritt hin zu einem gerechteren Steuersystem. Dabei wird der eigentliche Sinn der Steuererhebung ad absurdum geführt. Niedrigere Steuersätze entlasten vor allem die besser verdienende Minderheit der Bevölkerung. Menschen die aufgrund ihres geringeren Einkommens keine oder nur wenig Steuern zahlen, bleiben bei den Vergünstigungen mehr oder weniger komplett außen vor. Im Gegenzug werden sie mit höheren Sozialversicherungsbeiträgen oder neuen Abgaben, wie zum Beispiel den Studiengebühren, überproportional mehr belastet.

Ein Steuersystem sollte jedoch immer danach ausgerichtet werden, dass stärkere Schultern mehr tragen müssen als schwächere. Schon heute zeigt sich hier allerdings ein anderes Bild. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern, das durchschnittlich verdient, liegt die Gesamtbelastung von Steuern und Sozialabgaben bei 45,2 Prozent (Quelle: OECD). Deutschlands Millionäre kommen im Vergleich dazu sehr billig davon. Sie zahlen laut des Statistischen Bundesamts im Schnitt - unter Ausnutzung der Abzugsmöglichkeiten - rund 36 Prozent Steuern (Basis: Steuererklärung 2005). Die Sozialabgaben der Einkommensmillionäre können bei diesem Vergleich aufgrund der Beitragsbemessungsgrenzen mit ruhigen Gewissen ignoriert werden. Diese Ergebnisse sollten Anlass sein, die Steuerpolitik der Bundesrepublik Deutschland kritisch zu überdenken.

Neben dem Ziel, die notwendigen Einnahmen für den Staat zu generieren, hat das Steuersystem im Zusammenspiel mit dem Sozialstaat für uns auch die Aufgabe, die Einkommens- und Vermögensverteilung zu korrigieren und gleicher zu gestalten. Dabei ist eine Korrektur durch staatliche Umverteilung immer die zweite Wahl: Besser ist es, die Primärverteilung so auszugestalten, dass die Einkommen gleich verteilt sind und eine starke Vermögenskonzentration bei wenigen verhindert wird. Deshalb kämpfen wir für starke Organisationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und gerechte Löhne. Soweit eine Korrektur bei der Primärverteilung aber nicht gelingt, ist es notwendig, über die Sekundärverteilung – Steuern und Abgaben einerseits, Sozialtransfers andererseits – einzugreifen.

Eine gleiche Einkommensverteilung ist dabei nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit. Sie dient auch der ökonomischen Stabilität. Zwar wachsen Staaten mit einer ungleichen Einkommensverteilung phasenweise schneller. Sie sind jedoch auch deutlich anfälliger für Krisen, die häufig durch eine starke Vermögenskonzentration und eine dadurch bedingte Aufblähung von Finanzmärkten ausgelöst werden. Diese Krisen sorgen dann für erhebliche Rezessionen. Staaten mit einer gleicheren Einkommensverteilung wachsen gleichmäßiger und im Endeffekt nicht langsamer. Es werden Krisen, die ja mit Arbeitslosigkeit einhergehen, vermieden bzw. sie verlaufen zumindest deutlich milder. Dies liegt auch daran, dass Staaten mit einer gleicheren Einkommensverteilung meist eine stabile inländische Nachfrage aufweisen und daher nicht so anfällig für aus dem Ausland induzierte Konjunkturerinbrüche (Exportschocks) sind.

Steuersenkungen finanzieren sich nicht von selbst

Bei der immer wiederkehrenden Diskussion um generelle Steuersenkungen, spielt insbesondere die Selbstfinanzierungskraft von Steuersenkungen eine große Rolle. VefechterInnen von Steuer-

senkungen führen diese nämlich gerne dafür an, um zu begründen wieso geringere Steuerabgaben sinnvoll und finanzierbar sein sollen.

Die Theorie der Selbstfinanzierung stützt sich auf die so genannte Laffer-Kurve, die nach dem US-Ökonomen Arthur Laffer benannt wurde. Die Laffer-Kurve hat die Form eines Hügels, wobei am Gipfel des Hügels der optimale Steuersatz liegt, der die höchsten Steuereinnahmen zur Folge hat. Doch schon alleine bei der Berechnung dieses Punktes scheiden sich unter den BefürworterInnen des Modells die Geister. Auch geht Laffer davon aus, dass das zusätzlich verfügbare Einkommen investiert wird. Was geschieht jedoch, wenn dieses Geld auf den Bankkonten landet? Darauf geben die Theorien von Laffer keine Antwort.

Nichtsdestotrotz führen die AnhängerInnen der Laffer-Theorie gerne die gute konjunkturelle Entwicklung in den USA unter Präsident Ronald Reagan in den 80er-Jahren an. In dieser Zeit senkte Reagan radikal viele Steuern, die er als zu hoch empfand. Dabei vergessen sie allerdings, dass Reagan gleichzeitig die staatlichen Ausgaben - vor allem in der Rüstung - stark erhöhte. Eine derartige Politik reißt große Löcher in den Staatshaushalt, sodass die Steuern später sogar noch drastischer angehoben werden müssen.

Bleibt weiterhin die Frage nach der tatsächlichen Selbstfinanzierungskraft von Steuersenkungen. Laut dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) finanzieren sich Steuererleichterungen heute höchstens zu 20 Prozent selbst. In der Zukunft sollen es laut IMK noch weniger werden. Der Grund dafür ist die beschlossene Schuldenbremse, die die Verschuldung ab 2016 deutlich begrenzen soll. In einem solchen finanzpolitischen Umfeld hätten Steuersenkungen sogar einen negativen Effekt auf das Wachstum, weil der Staat gezwungen ist, seine eigenen Investitionen drastisch zurückzufahren.

Daher sind Steuersenkungen, wie von der schwarz-gelben Bundesregierung geplant, abzulehnen. Vielmehr muss das komplette Steuersystem als Ganzes betrachtet werden - nur daran lassen sich Handlungsansätze für ein zukunftsfähiges Steuerkonzept ableiten. Bei diesem Konzept müssen ein handlungsfähiger Staat sowie mehr soziale Gerechtigkeit uneingeschränkt im Vordergrund stehen. „Ferner muss eine gerechte Unternehmenssteuerreform ein dringender Bestandteil eines Handlungsansatzes für ein zukunftsfähiges Steuerkonzept sein, denn weitere Steuergeschenke und Entlastungen an Unternehmen ziehen nicht zwangsweise den Schutz vor Entlassungen oder wirtschaftlichen Aufschwung nach sich.

Ein gerechtes System für die Einkommenssteuer

Schwarz-gelb hat angekündigt, die Einkommenssteuer mit Beginn des Jahres 2011 vom bis-

herigen progressiven Verlauf auf einen Stufentarif umstellen zu wollen. Weitere Details zur Ausgestaltung, insbesondere zur Zahl, Breite und Höhe der Stufen, sind bisher nicht bekannt.

Wir lehnen einen solchen Stufentarif – genauso wie einen konstant-linearen Tarif – entschieden ab. Eine Umstellung auf einen derartigen Tarifverlauf entlastet notwendig die Einkommen stark, die sich am oberen Ende einer Stufe befinden, während die Einkommen am unteren Ende einer Stufe gar nicht bzw. – Einnahme-Neutralität oder geringes Entlastungsvolumen vorausgesetzt – sogar stärker belastet werden. Dies ist zwingend, da die Differenz der Grenzsteuersätze zwischen dem progressiven Kurvenverlauf und einem (innerhalb einer Stufe) konstanten Tarif mit steigendem Einkommen größer wird; daraus folgt die größere Entlastungswirkung.

Wir halten an einem progressiven Steuertarif fest. Denn dieser stellt eine Besteuerung nach Leistungsfähigkeit dar. Je größer das Einkommen ist, desto mehr Anteil des Einkommens kann auch dem Staat zur Verfügung gestellt werden. Der progressive Steuerverlauf leistet außerdem einen Beitrag dazu, eine zunehmend ungleiche Einkommensverteilung teilweise zu korrigieren. Außerdem wirkt er als automatischer Stabilisator: In Konjunkturaufschwüngen mit Lohnsteigerungen wird ein Teil der Lohnsteigerungen absorbiert, in Abschwüngen mit Lohnsenkungen wird das verfügbare Einkommen der Haushalte und damit der Konsum stabilisiert. Auch deshalb ist der progressive Tarif unverzichtbar.

Auch wir fordern allerdings Reformen im Bereich der Einkommenssteuer. Der progressive Steuerverlauf muss wieder für alle Einkommensarten gelten. Mit der Einführung der Abgeltungssteuer ist ein erheblicher Bruch in der Steuersystematik erfolgt, der die Bezieherinnen und Bezieher von hohem Kapitaleinkommen massiv entlastet hat. Künftig müssen Kapitaleinkünfte wieder dem regulären Steuertarif unterliegen. „Aus diesem Grund fordern wir, dass die Höhe der Abschlagssteuer (Abgeltungssteuer) für Kapitalerträge auf den Prozentsatz des Spitzensteuersatzes angehoben wird. Die Abschlagssteuer wird direkt von den Banken an das Finanzamt abgeführt. Die SteuerzahlerInnen haben dann über ihre individuelle Steuererklärung die Möglichkeit, die zuviel bezahlten Steuern erstattet zu bekommen.“

Der Tarifverlauf soll gestreckt werden. Durch die massiven Absenkungen des Spitzensteuersatzes leider auch unter rot-grün ist das Ende der Progression derzeit bereits bei einem vergleichsweise geringen Jahreseinkommen von 52.551 Euro erreicht; es folgen dann nochmals zwei Sprungstellen, bei denen die Grenzsteuerbelastung steigt. Die Progressionszone soll verlängert werden, der Spitzensteuersatz muss mindestens 50 Prozent betragen und über die Progression erreicht werden. Die Mehreinnahmen, die sich aus der Ver-

längerung der Progressionszone ergeben, sollen genutzt werden, um die starke Progression im Bereich niedriger Einkommen („Mittelstandsbauch“) abzuflachen, so dass sich eine konstante Progression ergibt. Soweit dann immer noch Mehreinnahmen anfallen, soll die gesamte Progressionszone gestreckt werden.

Um die „kalte Progression“ zu vermeiden, ist eine Koppelung der Grenzen im Tarifverlauf an die Inflationsrate zu überprüfen. Eine Kopplung an die Lohnentwicklung – wie häufig gefordert – würde dagegen die Wirkung der progressiven Einkommenssteuer als automatischer Stabilisator vermindern.

Wir wollen nach wie vor das Ehegattensplitting abschaffen. Es bevorteilt Einverdiener-Ehen und benachteiligt damit insbesondere Frauen; es stellt außerdem eine einseitige Subvention der Beziehungsform „Ehe“ dar. In Ehen soll die individuelle Besteuerung beider Ehepartner gelten.

Der bisherige Kinderfreibetrag soll mit dem Grundfreibetrag der Kinder zu einem Kindergrundfreibetrag zusammengeführt werden. Hierbei wird der Teil des Grundfreibetrags des Kindes, der nicht durch Einkommen des Kindes ausgeschöpft wird, auf die Eltern übertragen. Damit wird die Möglichkeit, Einkommen der Eltern auf die Kinder zu übertragen, deutlich reduziert (was insbesondere bei hohem Kapitaleinkommen bisher „rentabel“ ist).

Im Zuge einer Reform der Einkommenssteuer müssen auch die Steuerabzüge und Freibeträge überprüft werden. Dabei ist allerdings darauf zu achten, dass insbesondere die abhängig Beschäftigten nicht mehr belastet werden.

Deshalb lehnen wir beispielsweise die Streichung der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen ab. Zwar handelt es sich hierbei um eine nicht erwünschte Subvention von ArbeitgeberInnen, die Arbeit zu diesen Zeiten anordnen. Bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage ist aber nicht erkennbar, dass es den ArbeitnehmerInnen gelingen könnte, nach einer Abschaffung der Steuerfreiheit die notwendigen Erhöhungen der Zuschläge durchzusetzen, die ihnen ein konstantes Nettoeinkommen garantieren. Daher würde eine solche Streichung die ArbeitnehmerInnen stärker belasten und ist abzulehnen.

Auch die Streichung der Entfernungspauschale lehnen wir ab. Zwar fördert diese auch die Zersiedlung, indem sie die Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort subventioniert. Dies kann aber nicht durch Kürzung der Entfernungspauschale ausgeglichen werden, sondern nur durch eine Strukturpolitik, die Arbeitsplätze an den Wohnorten der Menschen schafft. Eine Abschaffung der Entfernungspauschale dagegen bestraft jene, die aufgrund der derzeitigen Strukturpolitik zum Pendeln gezwungen sind.

Wo immer möglich, ist die Abzugsfähigkeit bestimmter Beträge von der Steuerschuld gegen-

über der Abzugsfähigkeit vom zu versteuernden Einkommen zu bevorzugen. Dies verringert die Bevorzugung von Bezieherinnen und Beziehern höherer Einkommen, die bei einer Abzugsfähigkeit vom zu versteuernden Einkommen zusätzlich vom niedrigeren Grenzsteuersatz profitieren. Dies gilt z.B. bei der Abzugsfähigkeit von Sozialversicherungsbeiträgen bzw. den entsprechenden privaten Versicherungen oder der Förderung der privaten Altersvorsorge (Riester-Rente).

Ferner fordern die Jusos Bayern die Bundesrepublik Deutschland auf, die Personaldecke in den Finanzämtern zu verbessern, mehr junge Leute auszubilden, mehr ArbeitnehmerInnen in den Dienst an Finanzämtern zu übernehmen, um die vollständige, flächendeckende Erhebung der einzelnen Steuern auf die verschiedenen Einkunftsarten zu gewährleisten.“

Umsatzsteuern und Verbrauchsteuern

In den letzten Jahren ist die Umsatzsteuer zunehmend zur „Ersatzsteuer“ geworden, die regelmäßig erhöht wurde, wenn dem Staat Einnahmen fehlten, oft wegen Senkungen bei den Einkommens- und Unternehmenssteuern. Binnen 20 Jahren ist der reguläre Satz der Umsatzsteuer so von 14 Prozent auf mittlerweile 19 Prozent gestiegen.

Wie alle Verbrauchssteuern wirkt auch die Umsatzsteuer regressiv. Mit zunehmender Höhe des Einkommens nimmt der Konsum relativ ab, entsprechend sinkt auch die proportionale Belastung durch Verbrauchssteuern. Dieser Effekt wird auch nicht dadurch beseitigt, dass sich mit steigendem Einkommen der Konsum zunehmend zu Gütern verlagert, die dem regulären Umsatzsteuersatz unterliegen, während bei niedrigerem Einkommen stärker Güter aus dem Bereich des ermäßigten Satzes konsumiert werden. Der regressive Effekt bleibt. Deshalb ist für uns Jusos die Umsatzsteuer keine geeignete Steuer, um die Finanzprobleme des Staates zu lösen.

Statt, wie dies unter schwarz-gelb absehbar ist, die Umsatzsteuer immer weiter zu erhöhen, fordern wir mittelfristig eine Senkung der Sätze. Für eine sozial gerechte Steuerpolitik muss der Staat wieder überwiegend aus Einkommens-, Unternehmens- und Vermögenssteuern finanziert werden, die an der Leistungsfähigkeit und nicht am notwendigen Konsum ansetzen.

Über die Jahrzehnte ist die Abgrenzung zwischen dem regulären und dem ermäßigten Steuersatz zunehmend willkürlich geworden und kaum noch nachvollziehbar. Schwarz-gelb hat mit der Zuordnung von Hotel-Übernachtungen zum ermäßigten Steuersatz die Intransparenz noch verstärkt. Die willkürliche Abgrenzung führt zu Marktverzerrungen und lädt auch zu – oft auch unfreiwilligem – Steuerbetrug ein, z.B. wenn in

einer Bäckerei beim belegten Brötchen zwischen dem Verzehr in der Bäckerei (regulärer Tarif) und dem Verzehr außerhalb der Bäckerei (ermäßigter Tarif) unterschieden werden muss, oder wenn Milch und Milchmixgetränke dem ermäßigten Satz unterliegen, andere Getränke aber dem regulären Satz.

Dieser Wildwuchs muss durch eine Strukturreform bereinigt werden. Alle Waren, die zum täglichen Bedarf gehören sollen dem ermäßigten Tarif unterliegen, alle anderen Artikel dem regulären Tarif. Für Abgrenzungsprobleme (z.B. bei der Gastronomie) muss eine transparente Regelung gefunden werden.

Ähnliche wie die Umsatzsteuer sind auch andere weiteren Verbrauchsteuern, wie die Mineralöl- oder die Tabaksteuer, bei staatlichen Einnahmeproblemen regelmäßig erhöht worden. Bei diesen beiden Steuern häufig auch deshalb, weil ihre Anpassung nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Einige dieser Steuern dienen ausdrücklich neben der Einnahmeerzielung auch Steuerungszwecken. Dies ist in Einzelfällen auch erfolgreich. Meist sind aber ordnungspolitische Beschränkungen (z.B. Vorschriften für den Kraftstoffverbrauch bei Neufahrzeugen) oder die Förderung von Alternativen (z.B. des öffentlichen Nahverkehrs) bei der Steuerung deutlich effektiver als eine Verbrauchsteuer (im Beispiel die Mineralölsteuer). Zusätzlich wirken diese Maßnahmen, anders als die Verbrauchsteuern, meistens nicht oder zumindest nicht so stark sozial regressiv. Steuern sollten daher nur dort zu Steuerungszwecken eingesetzt sind, wo andere, sozial ausgewogenere Mittel (Ordnungspolitische Maßnahmen oder direkte Subventionen) nicht zur Verfügung stehen.

Wir sprechen uns grundsätzlich gegen weitere Erhöhungen bei den Verbrauchsteuern aus. Auch hier ist im Gegenteil wie bei der Umsatzsteuer zu prüfen, ob die Steuern nicht gesenkt und über die Vermögens-, Einkommens- und Unternehmenssteuern refinanziert werden können. Die Steuerungswirkung sollte soweit möglich über Ordnungspolitik und Förderung von Substituten erfolgen.

Besteuerung der Finanzprodukte

Im Jahre 1991 wurde in Deutschland die Börsenumsatzsteuer abgeschafft. Die damalige Regierungskoalition aus Union und FDP folgte damit blindlings der in Europa vorherrschenden Meinung, dass nur gering oder gar nicht besteuerte Finanzmärkte eine wachsende Wirtschaft ermöglichen. Auch das Platzen der New Economy-Spekulationsblase (Dotcom-Blase) im Jahr 2000 änderte bei vielen BefürworterInnen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik nichts an ihrer Ein-

stellung. Schließlich kam es im Jahr 2007 zur so genannten US-Immobilienkrise (Subprimekrise), die immer höhere Wellen schlug. Trotz milliardenschwerer Banken-Rettungsmaßnahmen erreichte die Finanzkrise Ende des Jahres 2008 die Realwirtschaft. Dort sorgte die Krise für eine drastische Rezession, die erneut mit riesigen staatlichen Ausgaben bekämpft wurde. Zwar ist die Krise noch nicht vorbei, doch hat es den Anschein, als sei das Casino an den Börsen bereits wieder eröffnet. Wirkungsvolle Maßnahmen zur Finanzierung der aktuellen Krise und zur Vermeidung Künftiger sucht man leider vergebens. Das darf nicht so bleiben! Neben den ordnungspolitischen müssen auch steuerpolitische Maßnahmen ergriffen werden.

Deshalb fordern wir die schnellstmögliche Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) zwischen 0,05 % und 0,10 % auf alle Spot- und Derivattransaktionen (Handel mit Devisen, Aktien und Anleihen sowie mit Derivaten, die sich auf Devisen, Aktien, Anleihen und Rohstoffe beziehen) auf organisierten Börsen. Zusätzlich sollen von einer FTS auch alle außerbörslichen Transaktionen – so genannte Over-the-Counter-Transaktionen (OTC) – erfasst werden. Ein Steuersatz von nur 0,1% auf alle über die Börse und außerbörslich gehandelten Spot-Transaktionen (Aktien, Anleihen) und Derivat-Transaktionen (Aktienindizes, Zinsinstrumente) würde – sehr konservativ gerechnet – zu Mehreinnahmen für den deutschen Fiskus von rund 13,5 Milliarden Euro führen (Quelle: DGB Bundesvorstand). Nachdem auch Devisengeschäfte – also Geschäfte mit Währungen – erfasst werden sollen, ist eine Einführung auf nationalstaatlicher Ebene weniger sinnvoll. Daher müssen wir darauf hinarbeiten, dass die Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene, besser noch auf globaler Ebene, eingeführt wird. Doch die internationalen Verhandlungen dürfen kein Argument dafür sein, auf nationalstaatlicher Ebene nichts zu unternehmen.

Aus diesem Grund fordern wir die sofortige Einführung einer nationalen Börsenumsatzsteuer. Nachdem durch eine Börsenumsatzsteuer lediglich die an der Börse gehandelten Wertpapiere (Aktien, Anleihen) erfasst werden, muss sie durch eine Finanzprodukte-Steuer ergänzt werden. Die Finanzprodukte-Steuer erreicht auch außerbörsliche Geschäfte und Finanzderivate. Devisengeschäfte werden leider nicht erfasst, was allerdings dazu führt, dass beide Steuern problemlos auf nationalstaatlicher Ebene zu realisieren sind. Im Hinblick auf die Höhe dieser Steuern muss zwischen verschiedenen Produktformen unterschieden werden. Ein möglicher Rahmen liegt zwischen 0,01 % und 0,5 %. Das Argument nationalstaatliche Besteuerungen würden zu wirtschaftlich schädlichen Verlagerungen der Transaktionen führen, weißt Prof. Dr. Spahn, Leiter des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Universität Hohenheim, in seiner Studie für das deutsche Bundesministeri-

um für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als überzogen zurück. London ist wohl der beste Beweis dafür: Trotz einer Transaktionssteuer ist es noch vor New York der weltweit größte Finanzplatz.

Es wird höchste Zeit für eine konsequente Besteuerung der Finanzmärkte. Denn neben den bereits erwähnten Mehreinnahmen für den Staatshaushalt würden auch kurzfristige Spekulationen (z. B. Daytrading), die keinen Bezug zur Realität haben, deutlich an Attraktivität verlieren. PrivatanlegerInnen, die in der Regel einen viel längeren Anlagehorizont besitzen, werden von dieser Steuer nahezu nicht belastet, da sie nicht andauernd Käufe und Verkäufe tätigen. Im Gegenteil: Auch sie profitieren davon, dass die Finanzmärkte deutlich stabilisiert werden und somit ihr Geld wesentlich sicherer wird. Zwar argumentieren GegnerInnen einer Finanztransaktionssteuer, dass die Reduktion der Liquidität in den Finanzmärkten kurzfristig zu Instabilitäten führen könnte. Jedoch haben diejenigen, die so argumentieren, nicht die langfristigen Effekte einer FTS untersucht. Nach Studien des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) würde die FTS langfristig stabilisierend wirken. Technisch ist die Einführung im Zeitalter von elektronischen, standardisierten und sehr zentralisierten Handelssystemen ebenfalls kein Problem.

Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer

Bei der Erbschafts- und Vermögenssteuer geht es vor allem darum, wieder ein Stück mehr an Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Bekanntlich verfügen gerade einmal ein Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung über 25 Prozent des Geldvermögens. Vor allem dieser Personenkreis wird von der Erbschafts- und Vermögenssteuer getroffen.

Bei der Erbschafts- und Vermögenssteuer gibt es keine negativen Auswirkungen auf die Konjunktur. Die Reichen sollen hierdurch einen höheren Beitrag leisten. Mit z.B. einem Freibetrag von 500.000 Euro trifft diese Steuer die Masse der Bevölkerung nicht. Der Massenkonsum wird nicht beschnitten.

Allerdings kann mit aufgrund dieser Steuern besser ausgestatteten öffentlichen Haushalten die Binnennachfrage gestützt werden. Weitere nachfrageschwächende Ausgabekürzungen können vermieden und die Investitionen gesteigert werden.

Eine Einführung der Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer sind konjunkturpolitisch geboten, da sie zu Mehreinnahmen von etwa 20 Milliarden Euro führen könnten.

Schwarz- Gelb beabsichtigt eine Regionalisierung der Erbschaftssteuer. Eine solche Regionali-

sierung würde die Kluft zwischen reichen und ärmeren Bundesländern weiter vertiefen, da es sich z. B. ein Bundesland wie Bayern leisten könnte, auf die Erbschaftssteuer zu verzichten. Dies hätte zur Folge, dass sich Unternehmen vorwiegend in Ländern ansiedeln würden, die keine Erbschaftssteuer erheben. Eine solche Entwicklung stünde im Widerspruch zum verfassungsrechtlichen Gebot der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, ebenso im Widerspruch zum Gleichbehandlungsgrundsatz aus Artikel 3 GG.

Vielmehr ist darauf hinzuwirken, dass die Erbschaftssteuer dahingehend ausgestaltet wird, dass sie im ganzen Bundesgebiet einheitlich zu Mehreinnahmen führt. Die Erbschaftssteuer besitzt alle Vorteile einer Vermögenssteuer, ohne einen direkten Eingriff in das verfassungsrechtlich geschützte Eigentum darzustellen. Dies wird damit begründet, dass das zu besteuerte Vermögen nicht mehr im Eigentum des Erblassers steht, aber aufgrund der sechswöchigen Frist, in der das Erbe ausgeschlagen werden kann, auch noch nicht endgültig zur freien Verfügung des Erben steht, bzw. vor Eintritt des Erbfalls nicht gestanden hat.

Darüber hinaus ist die Ungleichbehandlung von Erbschaft gegenüber anderen Einkunftsarten, vor allem des Lohneinkommens, abzuschaffen. Die Erbschaft wäre somit langfristig der Einkommenssteuer zu unterwerfen.

Allein die korrekte Bewertung von Immobilienvermögen und der Abbau der übermäßigen Begünstigung von Betriebsvermögen könnte bei einem Freibetrag von 250.000 € fast 3,6 Milliarden EUR neue Steuern bringen.

Schwarz-Gelb plant, die zehnjährige Fortführungsregel von Betrieben bei Betriebsübergaben erheblich zu verkürzen. Derzeit muss ein Betrieb zehn Jahre nach der Übergabe weitergeführt werden, da ansonsten die Schenkungssteuer fällig wird.

Zwar wäre eine solche Verkürzung eine große Erleichterung für kleine landwirtschaftliche Familienbetriebe, da diese von der nachfolgenden Generation oft nicht aufgrund des ländlichen Strukturwandels fortgeführt werden können, sondern nur als Wohneigentum weiter genutzt werden. Auch können solche Betriebe nicht so einfach verkauft werden, da sie meist in strukturschwachen Regionen liegen, in denen die Nachfrage nach Bauland eher gering ist.

Allerdings ist für Familienbetriebe im Handwerk oder im Gewerbe mit mehreren Angestellten eine solche Verkürzung bzw. Streichung der Fortführungsfrist abzulehnen. Daher fordern wir keine einheitliche Verkürzung, sondern eine differenziertere Regelung als bisher. Außerdem ist vor dem Hintergrund der Veränderung der familiären Strukturen die Behandlung der Verwandtschaftsgrade neu zu überdenken. Angesichts der Zunahme von Patchwork-Familien sind für nicht leibliche Kinder

die günstigeren Steuersätze wie für eigene Kinder einzuführen, wenn z.B. der Erblasser von nicht leiblichen Kindern gepflegt wurde. Besonders bei minderjährigen Kindern, die zwar im Haushalt leben, aber ohne Einverständnis des getrennt lebenden Elternteils auch nicht adoptiert werden können, ist an eine Neuregelung zu denken.

Wir Jusos fordern eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Die Vermögenssteuer wird seit dem 1. Januar 1997 nicht mehr erhoben. 1995 hatte das Bundesverfassungsgericht die unterschiedliche Bewertung von Immobilien- und Geldvermögen als verfassungswidrig eingestuft. Immobilienvermögen wurde steuerlich bevorzugt, weil als Bemessungsgrundlage nicht die aktuellen Verkehrswerte, sondern lediglich sogenannte Einheitswerte herangezogen wurden, die auf das Jahr 1964 zurückgingen und nur einen Bruchteil der aktuellen Werte erfassten. Laut Bundesverfassungsgericht hätte diese Ungleichbehandlung für die weitere Steuererhebung bis Ende 1996 beseitigt werden müssen. Statt dessen hat der Gesetzgeber die Erhebung der Vermögenssteuer bis auf weiteres ausgesetzt.

Festzuhalten ist jedoch, dass das Bundesverfassungsgericht nicht die Vermögenssteuer als solche, sondern nur ihre damalige Ausgestaltung als verfassungswidrig eingestuft hat.

Auch der Einwand, dass die Vermögenssteuer gegen den Halbteilungsgrundsatz verstoße, kann nicht greifen. Im Urteil zur Vermögenssteuer wurde formuliert, dass die steuerliche Gesamtbelastung der Erträge in der Nähe einer hälftigen Teilung zwischen privater und öffentlicher Hand bleiben sollte. Allerdings war dies nicht der Grund für die Verfassungswidrigkeit der damaligen Vermögenssteuer, sondern die im Widerspruch zum Gleichheitsgrundsatz stehende Unterbewertung und die damit zu niedere Besteuerung des Grundvermögens.

Der Halbteilungsgrundsatz ist in der Rechtslehre umstritten. Selbst in wichtigen Kommentaren ist die juristische Haltbarkeit des Halbteilungsgrundsatzes bestritten worden. Offensichtlich wird auf die effektive Durchschnittsbelastung des ökonomischen Gewinns oder Ertrags abgestellt, nicht auf die nominelle Grenzbelastung.

Aufgrund der massiven Untererfassung der Erträge aus Vermögen, vielfältiger Freibeträge, abziehbarer Aufwendungen und sonstigen Entlastungen dürfte bisher in kaum einem Fall die Gesamtbelastung in die Nähe bzw. über 50 % gekommen sein. Folglich ist bei einem niedrigen Spitzensteuersatz der Spielraum für eine zusätzliche Vermögenssteuerbelastung um so größer, selbst wenn eine Gültigkeit des Halbteilungsgrundsatzes angenommen wird.

Auch ist der Verwaltungsaufwand zur Umsetzung der Vermögenssteuer hinnehmbar. Die Erhebungskosten beliefen sich Mitte der 90er Jahre auf 5,5 %.

Eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie eine Reform der Erbschaftssteuer ist vor dem Hintergrund der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich längst überfällig.

Gemeindefinanzen

Starke Kommunen brauchen eigenständige Finanzquellen. Deshalb lehnen wir die Pläne der schwarz-gelben Koalition ab, die Gewerbesteuer abzuschaffen und durch Zuschläge auf die Einkommens- und die Körperschaftssteuer zu ersetzen. Derartige Zuschläge würden vor allem die Finanzsituation der Großstädte und Oberzentren weiter schwächen: Da sie viel Infrastruktur vorhalten müssen, wären dort die Zuschläge höher. Dies hätte aber zur Folge, dass verstärkt Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen in die Umlandgemeinden ziehen würden, wo die Sätze niedriger sind, da dort auch weniger Infrastruktur vorgehalten wird. Dadurch droht ein Steuerwettlauf und ein finanzielles Ausbluten der Oberzentren. Die Gewerbesteuer dagegen knüpft an das Vorhandensein von Arbeitsplätzen an, die zumeist in den Oberzentren angesiedelt sind.

Die Politik der vergangenen Jahre hat die Finanzsituation der Kommunen nicht gestärkt, sondern zunehmend geschwächt. Während vermehrt Aufgaben auf die Kommunen übertragen wurden, sind die

kommunalen Einnahmen durch diverse Reformen der Unternehmenssteuern, Veränderungen der Gewerbesteuerumlage und einen in Bayern drastisch unterfinanzierten kommunalen Finanzausgleich zurückgegangen und im Verlauf der Konjunktur stark schwankend. Die eigenständige Finanzierung der Kommunen wird zunehmend von einem Zuschusswesen abgelöst, die die Kommunen von eigenständigen politischen Einheiten zu Bittstellern gegenüber Land und Bund werden lässt.

Daher müssen die eigenständigen kommunalen Finanzen gestärkt werden. Die Gewerbesteuer muss, statt abgeschafft zu werden, weiter ausgebaut werden. Dies ist unter rot-grün schon in leider zu geringem Umfang durch die (anteilige) Hinzurechnung von Fremdkapitalzinsen, Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren zum Unternehmensgewinn gelungen. Derartige Faktoren, die die Gewerbesteuer weniger manipulationsanfällig und weniger konjunkturabhängig werden lassen, müssen ausgebaut werden. Dies belastet auch nicht die kleineren Betriebe. Soweit diese als Personengesellschaften geführt werden, kann die Gewerbesteuer weitgehend auf die Einkommenssteuer angerechnet werden, wodurch die gesamte Steuerbelastung weitgehend konstant bleibt. Mittelfristig soll die Gewerbesteuer durch Einbeziehung auch der Lohnsummen zu einer kommunalen Wertschöpfungssteuer weiterentwickelt werden.

Make finance work Finanztransaktionssteuer jetzt!

Die Finanzmarktkrise im Jahr 2010

Am 15. September 2008 meldete Lehmann Brothers Insolvenz an. Und damit war auch der Punkt erreicht an dem niemand mehr die Finanz- und Wirtschaftskrise übersehen konnte. Seitdem wurde viel beraten, gesprochen und diskutiert. Die G-20, die inzwischen die G8 fast ersetzt, traf sich zu drei großen Gipfeltreffen in die viele Hoffnungen gesetzt wurden, die UN setzte eine Kommission ein, die schon vor längerer Zeit folgenlos ihren Bericht veröffentlichte und selbst das Weltwirtschaftsforum in Davos traf sich unter dem Titel „rethink, redesign, rebuilt“. Doch 18 Monate später hat sich nur wenig verändert.

Die ersten Prognosen zeichnen stattdessen ein verheerendes Bild über die Folgen. Der Internationalen Währungsfonds (IWF) berechnet die weltweiten Verluste auf 3.100.000.000.000 Euro (3,1 Billionen Euro). Eine vorsichtige Schätzung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geht davon aus, dass global 51 Millionen Jobs vernich-

tet werden könnten. Und dabei ist die Hauptlast ungerecht verteilt: die Finanzmarktkrise wird die Kluft zwischen arm und reich weiter verschärfen wird. Der „worldwealthreport“ prognostiziert, dass bis 2013 das Vermögen der Reichen jährlich um 8,1% steigen wird.

Die Finanztransaktionssteuer

Eine wichtige Frage ist bisher noch nicht angegangen worden, wie wird der Finanzmarktsektor an den Kosten der Krise beteiligt. Für uns Jusos steht bei dieser Frage vor allem eine Forderung im Mittelpunkt: Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS).

Im Gegensatz zu anderen Vorschlägen werden bei der FTS sämtliche Transaktionen und Finanztitel (Devisen, Aktien, Anleihen oder Derivate) besteuert, egal ob sie an der Börse oder außerhalb gehandelt werden.

Die Finanztransaktionssteuer stabilisiert die Finanzmärkte, in dem sie bestimmte Spekulationen unattraktiv macht. Zum Beispiel sind Wetten auf Kurse an den Finanzmärkten deshalb so interessant, weil oftmals nicht die gesamte Handelssumme aufgebracht werden muss, sondern nur eine Sicherstellung. Diese Sicherstellung beträgt nur einen Bruchteil der Summe der gehandelten Produkte. Grundlage für die Berechnung der Finanztransaktionssteuer ist aber die gesamte Handelssumme. Damit würde die Steuer in einigen Fällen über den Gewinn liegen.

Auch die Praxis, hundertfach in kürzester Zeit Aktien, Anleihen oder Derivate zu kaufen und zu verkaufen mit dem Ziel die Kurse zu beeinflussen, würde oftmals unrentabel werden. Da die Gewinne in vielen Fällen geringer wären, als die Finanztransaktionssteuer, die bei jedem Kauf und Verkauf fällig wird.

Beide Beispiele führten in der Vergangenheit oftmals zur Destabilisierung von Kursen und ganzen Währungen.

Darüber hinaus stellt die FTS ein Stückchen Steuergerechtigkeit wieder her. Während wir im Alltag auf jedes Produkt, das wir kaufen Mehrwertsteuer bezahlen, ist der Handel mit Finanzprodukten bisher steuerfrei.

Gleichzeitig wird das Geld dringend benötigt um endlich Armut und Klimawandel zu bekämpfen oder die Daseinsvorsorge hier vor Ort nicht nur zu sichern, sondern auszubauen.

In der Diskussion sind Steuersätze von 0,1%, 0,05% oder von 0,01%. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) hat in ihrer Studie über die Finanztransaktionssteuer (FTS) auch die Erträge dieser Steuer berechnet. Dabei geht das Institut davon aus, dass mit der Einführung der FTS die Zahl der Käufe und Verkäufe zurückgehen wird. Würde man die Steuer mit einem Steuersatz von 0,1% in Europa einführen, lägen die Einnahmen zwischen 3,26% und 1,25% des nominalen BIP, je nachdem um wie viel die Transaktionen auf den Finanzmärkten zurückgehen. Geht man von einem Mittelwert von 2,2% aus wären das nach aktuellem Stand 273 Milliarden Euro. Das Geld geht an die erhebende Ebene.

Die FTS würde insgesamt zu mehr Transparenz führen, denn wir würden damit wieder Finanzströme erfassen, die außerhalb der Börse gehan-

delt werden. Vielfach ist der Handel außerhalb der Börse eine Black Box, das beste Beispiel hierfür ist der Handel mit Kreditderivaten.

Druck organisieren!

Im Moment wird die Finanztransaktionssteuer auf verschiedenen Ebenen diskutiert.

Auf dem nächsten Gipfel der G-20 am 26. und 27. Juni in Kanada wollen die Staats- und Regierungschefs Maßnahmen beschließen, wie der Finanzmarktsektor an den Kosten der Krise beteiligt werden kann. Am 22 April 2010 wird der Internationale Währungsfond erste Vorschläge vorlegen.

In Deutschland hat die Bundesregierung die Finanztransaktionssteuer zu Gunsten einer Bankenabgabe light verworfen. Der von den Banken geforderte Betrag kann nur als symbolisch bezeichnet werden. Die Finanztransaktionssteuer würde mindestens das 13-fache der Bankenabgabe einbringen. Außerdem sollen durch die Bankenabgabe nur zukünftige Krisen abgesichert werden. Mit dem jetzigen Betrag ist selbst dies aber illusorisch. Es muss aber darum gehen zukünftige Krisen zu verhindern oder einzudämmen.

Dies zeigt sehr deutlich, dass die Akteure an den Finanzmärkten und die konservativen Parteien nicht bereit sind grundlegende Änderungen zu akzeptieren und durchzusetzen. Deshalb müssen wir politischen Druck organisieren, wenn wir die Finanztransaktionssteuer haben wollen.

- Wir Jusos setzen uns deshalb aktiv für die Umsetzung der Finanztransaktionssteuer auf allen Ebenen ein.
- Wir unterstützen die weltweite Petition „MakeFinanceWork“ (www.makefinancework.org) zum G-20 Gipfel in Kanada. Die Forderung für eine Finanztransaktionssteuer wird den Regierungschefs am Vorabend persönlich übergeben.
- Wir werden vor Ort öffentlichkeitswirksame Aktionen zur Finanztransaktionssteuer durchführen.
- Wir fordern die SPD Landesgruppe auf sich bei der Expertenanhörung im Finanzausschuss am 17. Mai sich aktiv für die Finanztransaktionssteuer einzusetzen.

Unschuldsvermutung ins Arbeitsrecht

Verdachtskündigungen sind unzulässig. Der/die ArbeitgeberIn ist für alle Kündigungsgründe beweispflichtig.

Zur Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors

- I) Die Jusos fordern die SPD und die Fraktionen in Bundestag, Landtagen und Kommunalparlamenten auf, ein Konzept eines öffentlichen Beschäftigungssektors für Langzeitarbeitslose zu entwickeln und auf die Umsetzung desselben hinzuwirken. Dieser Öffentliche Beschäftigungssektor (ÖBS) soll unseren Anforderungen an Gute Arbeit (vor allem Mindestlohn, Mitbestimmung, Sozialversicherungspflicht) gerecht werden. Der ÖBS erfüllt die Kriterien der Gemeinwohlorientierung, ist keine Zwangsmaßnahme für den/die BetroffeneN. Er ist als neu geschaffene Arbeitsstelle zusätzlich und ersetzt dadurch keine bisher bestehenden Beschäftigungsverhältnisse.
- II) Die Finanzierung erfolgt über die Bündelung der bisherigen gesamtstaatlichen Ausgaben für Langzeitarbeitslose (ALG II, Hilfen zur Unterkunft und den Entgelten für die bisherigen Maßnahmen nach §§16ff SGB II) auf lokaler Ebene. Die Einbeziehung weiterer Fördermittel, z.B. aus dem Europäischen Sozialfonds wird überprüft. Dies geschieht in der Überzeugung, dass es humaner, effektiver und effizienter ist, sinnvolle und anspruchsvolle Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Zur Schließung etwaiger Finanzierungslücken sind Fördermittel bereitzustellen, die von kommunalen Beschäftigungsprojekten abrufbar sind.
- III) Träger öffentlich geförderter Beschäftigung sind die Kommune selbst oder gemeinnützi-

ge Einrichtungen (Wohlfahrtsverbände, Sozialverbände, Vereine, Bürgerinitiativen), die selbstständig über die Form und Organisation der von ihrem Beschäftigungsprojekt erbrachten Dienstleistungen entscheiden. Es besteht Rechenschaftspflicht gegenüber einem regionalen Gremium aus Gewerkschaften, Arbeitgebern und Kommune, dieses ist Organisator und Koordinator von Beschäftigungsprojekten. Profitorientierte Einrichtungen kommen wegen drohender Mitnahme- und Verdrängungseffekte nicht als Träger in Frage.

IV) Mögliche Beschäftigungsfelder:

1. Ausbau von soziokultureller Infrastruktur (z.B. Beratungsstellen, Archive, Frauenhäuser, Fanprojekte, Nachbarschaftstreff, Ateliers).
2. Jugend- und altersbezogene Tätigkeiten (z.B. Kinderbetreuung außerhalb der KITA-Öffnungszeiten, Erhöhung der Mobilität für Menschen mit Behinderungen, ergänzende pflegerische Tätigkeiten, Streetwork, Ausbau Schulsozialarbeit).

Die durch die Verkürzung der Zivildienstzeit wegfallenden Zivildienststellen können durch eben jene Beschäftigten des ÖBS ersetzt werden. Es gilt darauf zu achten, die bereits in diesen Bereichen bestehenden Arbeitsplätze nicht zu entwerten. Gleichzeitig sollte auch ein Mindestqualitätsanspruch an der geleisteten Arbeit durch die Beschäftigten im ÖBS gegeben sein.

Wir Jusos stehen zu allen von Schließungen bedrohten Beschäftigten

Immer wieder geben Konzerne, trotz teilweise hoher Gewinnmeldungen, Schließungen von Standorten oder groß angelegte Streichungen von Arbeitsplätzen bekannt, wie zuletzt am 29.01.2010 in Bad Neustadt/Saale.

Besonders in ländlichen Regionen Bayerns hat die Streichung mehrerer hundert Arbeitsplätze häufig katastrophale Folgen nicht nur für die bisher Beschäftigten, sondern auch für die betroffenen Kommunen und das gesamte Umland.

Von Seiten der bayerischen Staatsregierung können die Beschäftigten dieser Konzerne im Normalfall keine Unterstützung erwarten.

Wir Jusos Bayern hingegen unterstützen die von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten und sind davon überzeugt, dass Konzerne, die in guten Jahren Milliardengewinne einfahren, auch in schlechten Jahren für ihre Belegschaften verantwortlich sind.

Neue Rechte und Rechtsextremismus

Teilnahme an Demos gegen Rechts

Problem: Der Kampf gegen Rechts ist eine zentrale Aufgabe der Jusos. Viele Untergliederungen haben sich dessen angenommen und Arbeitskreise oder Runde Tische gegründet, aus denen häufig die Planung und Organisation von Demonstrationen hervorgeht. Allerdings ließ sich aus unserer Sicht vor allem in letzter Zeit beobachten, dass die Teilnahme an Demonstrationen von nicht ortsansässigen Jusos eher schwach ausfiel. Als Beispiel sei die Großdemonstration vom 3. Oktober in Regensburg zu erwähnen - obwohl bis zu 7000 TeilnehmerInnen gegen den Demozug des rechtsextremen „Freien Netzes Süd“ gezählt wurden, konnte man die Jusos an zwei Händen abzählen.

Forderung: Wir fordern die übergeordneten Juso-Gliederungen auf, ein Konzept zu entwickeln, um die Jusos in Bayern wieder zu mehr Präsenz im Kampf um die Straßen gegen Rechtsextremisten zu bewegen.

Mögliche Maßnahmen: Die Motivation, den Nazis auf der Straße entgegenzutreten, bleibt für Jusos stets intrinsisch, ist also nicht aufgrund äußerer Anreize gegeben, sondern Teil der politischen Überzeugung. Dennoch können aus unserer Sicht die Gliederungen die Teilnahme fördern, indem sie eine gute Koordination der Teilnahme an Demos gewährleisten. Übergeordnete Gliederungen sollten mit den betroffenen Untergliederungen in Kontakt treten, Unterstützung bei der Vorbereitung von Gegenveranstaltungen anbieten und verbandsweit für die Teilnahme an Gegenveranstaltungen mobilisieren. Da verständlicherweise nicht alle Jusos für alle Termine zur Verfügung stehen können soll abgeklärt werden, wer aus welcher Region zur Veranstaltung anreisen kann. So wird vermieden, dass sich die Gliederungen jeweils auf die Teilnahme der anderen verlassen. Es sollte darauf geachtet werden, dass alle Gliederungen in ähnlicher Anzahl während des Jahres die Teilnahme an Veranstaltungen zu übernehmen.

A.i.d.a. aus den Verfassungsschutzberichten streichen!

Seit 1990 sammelt die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) Materialien und Informationen über rechtsextreme und rechtsgerichtete Aktivitäten. Das Archiv entwickelte sich durch seine Arbeit in den vergangenen Jahren zu einem kompetenten Ansprechpartner zum Themenbereich Rechtsextremismus. Für diese erfolgreiche Arbeit wurde a.i.d.a. bereits mehrfach ausgezeichnet: so wurde das Archiv 2005 und 2006 durch das bundesweite „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ ausgezeichnet. Im Januar 2008 folgte die Ehrung durch die Landeshauptstadt München, den Ausländerbeirat München und den Verein „Lichterkette e.V.“ mit dem „Förderpreis Münchner Lichtblicke“. Das Antifaschistische Archiv war auch im Beratungsnetzwerk der „Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus“ (LKS) integriert, welches beim Bayerischen Jugendring angesiedelt ist. Am 24. April 2009 wurde a.i.d.a. dann auf Weisung des Bayerischen Kultusministeriums aus dem Netzwerk ausgeschlossen. Hintergrund war die Einschätzung des bayerischen Verfassungsschutzes, dass

es sich bei dem Antifaschistischen Archiv um eine linksextreme Gruppierung handelt. Inzwischen wurde a.i.d.a. die Gemeinnützigkeit aberkannt, was sich auf die Finanzierung der Recherchearbeit insbesondere durch Spenden deutlich negativ auswirkt.

Die Einstufung eines Vereins oder einer Gruppierung als verfassungsfeindlich bedarf in demokratischen Systemen ausnahmslos immer einer hinreichenden und glaubhaften Begründung. Eine solche bleibt der bayerische Verfassungsschutzbericht jedoch sowohl 2009 wie 2010 komplett schuldig.

A.i.d.a. leistet hervorragende Aufklärungs-, Informations- und Dokumentationsarbeit und trägt somit wesentlich zur Organisation und Durchführung von demokratischem Widerstand gegen Rechtsextremismus bei und genießt deshalb weiterhin unsere volle Solidarität und Unterstützung.

Die Jusos Bayern fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich weiterhin mit Nachdruck für die Streichung von A.i.d.a. aus dem Verfassungsschutzbericht einzusetzen.

Internationales, Frieden und Europa

NATO überwinden - für eine sichere und friedlichere Welt

Die aktuelle sicherheitspolitische Debatte richtet ihren Fokus hauptsächlich auf die Aktivitäten von Schurkenstaaten (Iran, Nordkorea), auf den Terror, auf internationale Militäreinsätze jeglicher Art, auf Islamismus und in Deutschland auch auf einen möglichen Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Dabei wird das Thema nachhaltiger Abrüstung vollkommen ausgeklammert: die weltweit vorhandenen Waffenpotentiale sind nicht im Bewusstsein und auch die NATO, die in den 80er Jahren Ziel der Proteste der Friedensbewegung war, wird nicht mehr problematisiert. Im Gegenteil, der Einsatz militärischer Gewalt wird weitgehend akzeptiert und die NATO wird – leider auch von Teilen der politischen Linken – als legitim erachtet und nicht mehr in Frage gestellt.

Wir Jusos sehen es allerdings als notwendig an, diese vermeintliche Legitimität und Unvermeidbarkeit der NATO in Frage zu stellen und eine Perspektive für eine umfassende und nachhaltige Abrüstung aufzuzeigen. Dazu gehört auch, nicht-militärische Aspekte wieder in die sicherheitspolitische Debatte einzubringen.

Entwicklung der NATO bis 1989

Am 4. April 1949 wurde die NATO (North Atlantic Treaty Organization) ins Leben gerufen. Zu ihren Gründungsmitgliedern zählen die USA, Belgien, Dänemark, Frankreich, die Niederlande, Norwegen, Island, Italien, Luxemburg, Portugal und Großbritannien. 1952 traten außerdem die Türkei und Griechenland der Allianz bei, erst 1982 Spanien.

Im NATO-Vertrag verpflichteten sich die Mitglieder dem gegenseitigen Beistand und der Unterstützung im Falle eines militärischen Angriffes. Grundlage hierfür ist Artikel 5 des NATO-Vertrags, demzufolge ein Angriff auf einen der Mitgliedsstaaten den Bündnisfall auslöst. Mit der Einbindung Nordamerikas demonstrierte die Allianz somit, dass jeglicher politische und militärische Angriff auf Westeuropa zum Scheitern verurteilt wäre. Zum ersten Mal seit der französisch-amerikanischen Allianz 1800 gaben damit die USA ihr Prinzip der Nichteinmischung in europäische Angelegenheiten auf.

Neben dem Willen, ein Sicherheits- und Verteidigungsbündnis nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und im Zuge des Kalten Krieges zu schaffen, gab es jedoch noch weitere Ursachen für die Gründung der NATO. Nicht zuletzt die Wirtschafts-

krise im Jahr 1929 trug einen erheblichen Teil dazu bei. Die durch die Wirtschaftskrise, aber auch den zweiten Weltkrieg verheerend geschwächten Staaten Europas (insbesondere Frankreich und Großbritannien) sollten stabilisiert und für die kapitalistische Expansion offen gehalten werden, um eine weitere derartige Krise zu verhindern.

Der Zweck der NATO bestand – und besteht – demnach auch in der militärischen Durchsetzung der westlich-kapitalistischen Ordnung und deren Expansion. Kurzfristig ging es um die Einbindung der Staaten Westeuropas und ihrer Anbindung an die USA. Auch die folgende Integration der besiegten Staaten Deutschland (NATO-Beitritt: 1954) und Italien erfolgte auf verschiedenen Wegen. Ökonomisch gesehen durch den Marshallplan, der einer sozialen und politischen Radikalisierung der Bevölkerung entgegen wirken, die Konjunktur beflügeln und die Staaten somit ideologisch an die USA binden sollte. Die NATO jedoch, als militärischer neu geschaffener Arm der Alliierten, sollte dieses Ziel längerfristig durchsetzen und garantieren, dass keinerlei sozialistische Bestrebungen im Einflussbereich der USA zum Zuge kommen.

In den darauf folgenden Jahren und den Zeiten des Kalten Krieges standen sich die NATO und die 1955 als Gegengewicht gegründete Warschauer Vertragsorganisation (WVO) antagonistisch gegenüber. Dabei änderte die NATO mehrfach ihre militärische Strategie gegenüber der WVO. Zunächst setzte die NATO der Sowjetunion und deren Verbündeten die Strategie der massiven Vergeltung entgegen, die einen atomaren Gegenschlag im Falle eines Angriffes von Seiten der Sowjetunion vorsah. 1967 schwenkte die Allianz auf eine neue Strategie der flexible response (flexible Antwort) um, der zufolge verschiedenste Einsatzmöglichkeiten zum Zuge kommen können, angefangen von konventionellen Schlägen bis hin zu nuklearen Waffen. Der NATO-Doppelbeschluss von 1979 ermöglichte außerdem 1983 die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa. Erst durch erhebliche Proteste von Seiten der Friedensbewegungen und dem Ende des Ost-Westkonfliktes kam es zu deren Abzug.

Entwicklung seit 1989

Mit dem Ende des Ost-Westkonfliktes und der Auflösung der Blockkonfrontation verlor die NATO

ihren eigentlichen Sinn: die militärische Verteidigung des Westens bei einem Angriff des Warschauer Pakts. Eine umfassende Abrüstung auf beiden Seiten wäre zu erwarten gewesen. Allerdings blieb nicht nur diese Friedensdividende aus, sondern es wurde im Gegenteil sogar munter aufgerüstet. Die NATO setzte dabei auf doppelte Expansion: ihrer Aufgaben und ihres Einflussbereiches.

Entgegen ihrer früheren Versprechungen begann die NATO bereits in den 90ern ihre Expansion nach Osteuropa und „wilderte“ damit im ehemaligen russischen Einflussbereich. Die daraus resultierenden Spannungen halten bis heute an und wurden in den letzten Jahren zusätzlich durch die Pläne für die Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Osteuropa weiter angeheizt. Dieses Vorgehen der NATO sorgt für Konfliktpotential auf dem europäischen Kontinent. Durch eine Einkreisung Russlands wird zusätzliche Unsicherheit geschaffen, die die Aufrüstungsspirale weiter dreht.

Ursprünglich als Verteidigungsbündnis gegründet, wurde der Aufgabenbereich Anfang der 90er Jahre ausgedehnt auf andersartige, auch nicht militärische Bedrohungen und Risiken. Darunter fallen der internationale Terrorismus, nukleare Proliferation, unkontrollierte Migrationsbewegungen oder auch der Zugang zu Rohstoffen und die Sicherstellung von Handelsrouten. Diese so genannten „Nicht-Artikel-5-Einsätze“ sind ein strategischer Wandel weg von einem Verteidigungs- und Sicherheitsbündnis hin zu einem aggressiven Militärbündnis, das offensiv westlich-kapitalistische Interessen vertritt.

Gewaltmonopol der UNO stärken!

Die NATO selbst sowie insbesondere die USA untergraben das Gewaltmonopol der UNO, indem sie entweder bündnisintern definieren, wann die Sicherheit gefährdet ist oder sogar am Bündnis und an der UNO vorbei Koalitionen für militärische Einsätze schmieden. Sicherheit wird nicht durch militärische Bündnisse und Allianzen erzeugt und gewährleistet, sondern durch zivile Kooperation und nachhaltige Zusammenarbeit.

Das Beispiel des Irakkrieges verdeutlicht, dass das Bündnis für die USA nur unter gewissen Bedingungen nützlich ist. Die Suche nach willigen Koalitionären innerhalb der NATO - und auch außerhalb - für einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zeigt eindeutig die Unfähigkeit des Militärbündnisses, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen und elementarste Völkerrechtsgrundsätze zu respektieren. Obwohl im NATO-Vertrag ausdrücklich das internationale Gewaltmonopol der Vereinten Nationen anerkannt wird, wurde im Fall des Irakkrieges von einzelnen NATO-Mitgliedern, im Fall des Kosovokrieges von der gesamten NATO darüber hinweggesehen.

Die neueren strategischen Konzepte der NATO legen nahe, dass das Gewaltmonopol der UNO dauerhaft und vielschichtig untergraben wird. Eine Ausweitung des Einsatzgebietes (out of area) und gerade die Verabschiedung vom reinen Verteidigungsbündnis und die damit einher gehende Entwicklung hin zu einer aggressiven Eingreiforganisation (out of treaty) sind nicht akzeptabel.

Nötig ist hier, solange das Bündnis existiert eine Rückbesinnung auf den originären Inhalt des Vertrages: Respektierung des Gewaltmonopols der UNO, Verzicht auf aggressive Einsätze und Beschränkung auf ein Verteidigungsbündnis. Gleichzeitig müssen aber auch bei der inneren Ausgestaltung der UNO demokratische Prozesse gestärkt und Vetorechte einzelner Mitglieder abgeschafft werden. Die Vereinten Nationen als Welt-Gewaltmonopol sind sowohl in ihrer inneren Struktur als auch in ihrer Anerkennung durch Staaten, Bündnisse und Organisationen zu stärken. In diesem Rahmen muss das militärische Potential der UNO unterstellt werden.

Regionale Sicherheitsstrukturen stärken

Neben dem globalen Gewaltmonopol der UNO und deren Rolle für die überregionale Konfliktbewältigung müssen zur Gewährleistung einer nachhaltigen Friedenspolitik auch regionale zwischenstaatliche Kooperation und regionale Sicherheitsstrukturen gestärkt werden. Regionale Bündnisse wie etwa die EU oder die OSZE haben in den letzten 60 Jahren viel dazu beigetragen, dass durch die starke wirtschaftliche wie politische Verflechtung ihrer Mitglieder Konflikte zwischen diesen Staaten praktisch unmöglich erscheinen. In diesem Zusammenhang kann die EU trotz all ihrer Mängel in vielen Politikfeldern durchaus als Vorbild für regionale Integration auch in anderen Erdteilen dienen. Neu entstehende regionale Bündnisse, wie zum Beispiel die Union Südamerikanischer Staaten, können so einen großen Beitrag zur friedlichen Konfliktlösung und damit eine Alternative zu Militärbündnissen wie der NATO darstellen.

Allerdings stehen all diese regionalen Bündnisse vor der Gefahr, zunehmend militarisiert zu werden. Die schleichende Aufrüstung der EU zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft ist wohl das offensichtlichste Beispiel hierfür. Damit einher geht eine zunehmende Abschottung nach außen, vor allem gegenüber MigrantInnen aus Entwicklungsländern, sowie ein immer offensiveres Vorgehen bei der Durchsetzung der eigenen regionalen Interessen. Dies ist eine gefährliche Kombination, die ein großes Konfliktpotential auf globaler Ebene für die Zukunft befürchten lässt.

Es ist daher nötig, die nichtmilitärische, integrative Rolle regionaler Bündnisse hervorzuheben

und zu stärken. Nur dann sind sie ein nachhaltiger und zukunftsfähiger Teil einer internationalen Friedensordnung. Allen Bestrebungen zur Militarisierung der EU oder anderer regionaler Bündnisse als propagierte Alternative zur NATO stellen sich die Jusos entschieden entgegen.

Konfliktprävention heißt gerechte Verhältnisse schaffen

Konfliktprävention ist besser als Konfliktlösung, dies gilt erst recht auf internationaler Ebene. Solange aber die Güter der Welt weiterhin so ungerecht verteilt sind, solange ein Großteil der Menschheit in Armut lebt und so lange ein kleiner Teil der Menschheit ganze Kontinente und deren Bevölkerung ausbeutet, um sich seinen relativen Luxus zu erwerben, so lange werden berechnete Interessen der Menschen in diesen Ausgebeuteten Ländern zu Konflikten führen. Diese mögen sich in Form von regionalen Konflikten ausdrücken, sie mögen ethnische oder religiöse Unruhen genannt werden, und ihr Ziel mögen vielleicht zunächst die wenigen Wohlhabenden in diesen Regionen sein. Letztlich bleibt aber zu attestieren: Ein großer Teil der bewaffneten Konflikte auf der Welt hat seine Ursache in der immer größer werdenden sozialen Ungleichheit der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung und findet seine Nahrung in dem Heer der Unterdrückten und Entrechteten, vor allem in den so genannten Entwicklungsländern.

Um diese Konflikte zu lösen oder einzudämmen helfen keine Präventivkriege und keine schnellen Eingreiftruppen - weder der NATO, noch irgendeinen anderen Bündnisses. Zumal diese Einsätze ohnehin meist nur darauf abzielen, den Waren- und Rohstoffstrom in die Industrieländer zu sichern. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der letztlich erfolglosen Piratenjagd vor Somalia. Um die Konflikte der Welt nachhaltig zu lösen oder gar zu verhindern helfen letztlich nur eine gerechte globale Wirtschaftspolitik und eine gerechte Verteilung der Produktionsmittel auf unserem Planeten.

NATO abschaffen – UNO stärken. Für eine nachhaltige Friedenspolitik

Um die eigene Bedeutungs- und Zwecklosigkeit zu kaschieren wurden systematisch die Aufgaben der NATO erweitert, ihr Einsatzgebiet ausgedehnt und weiter aufgerüstet. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks folgte keine beispiellose Abrüstung - im Gegenteil, die NATO-Staaten investierten weiter in Kriegsgerät und schafften so eine militärische Macht, die von vielen als Bedrohung angesehen werden kann. Mit der Ausdehnung des Aufgabenbereiches auf Probleme, die mit militärischen Mitteln nicht adäquat gelöst werden

können – Terrorismus, Online-Kriminalität, Migrationsbewegungen – werden nur neue Probleme geschaffen. Zudem wird der Charakter der NATO als militärischer Arm des westlichen Kapitalismus deutlich, wenn in Strategiepapieren der Zugang zu Ressourcen, die Sicherheit von Transportwegen und die Kontrolle von Migration als wichtige Ziele des Bündnisses formuliert werden.

Militärisches Eingreifen der NATO ohne UN-Mandat zeigt, dass das Bündnis sich von seiner Gründungscharta entfernt hat und nicht zur Friedenssicherung beiträgt. Die USA als mächtigstes Mitglied der NATO schmieden für ihre Kriege Koalitionen der Willigen jenseits von und mitten durch Bündnisgrenzen. Die Aufnahme ehemaliger sowjetischer Satellitenstaaten führt zu einer Einkreisung Russlands, das sich vom Militärbündnis bedroht fühlt. All das sorgt nicht für Frieden, sondern im Gegenteil für mehr Konfliktpotenzial und geringere Hemmungen, Probleme militärisch zu lösen. Zudem wird das legitime Gewaltmonopol der Vereinten Nationen untergraben und ein recht des Stärkeren in die Weltpolitik zurück gebracht.

Daher fordern wir:

- Die NATO muss langfristig überwunden werden! Dafür ist eine alternative Politik notwendig, die den Multilateralismus betont und auf Prävention statt Intervention setzt. Militärisches Eingreifen darf kein legitimes Mittel internationaler Politik sein, Konflikte müssen mit zivilen Mitteln so bearbeitet und entschärft werden, dass überhaupt keine Notwendigkeit militärischen Eingreifens bestehen kann. Dieser Grundsatz muss auch für die internationale Politik der SPD gelten. Sie hat darauf hinzuwirken, dass durch eine kooperative Politik die NATO überwunden wird.
- Solange die NATO weiter besteht, muss sie auf ein reines Verteidigungsbündnis reduziert werden. Eine Rückbesinnung auf die Inhalte des Gründungsvertrages ist dringend geboten, da dort der Vorrang der Vereinten Nationen und der friedlichen Lösung von Konflikten vor militärischem eingreifen festgelegt ist. Sämtliche Ausweitungen ihres Einsatzgebietes und ihrer Aufgaben lehnen wir ab und fordern die SPD dazu auf, sich für eine Beschränkung der NATO auf ihre Gründungsaufgaben einzusetzen.
- Russland muss in den Prozess der Überwindung der NATO und in die künftigen regionalen und globalen Sicherheitsstrukturen eingebunden werden. Russland ist ein wichtiger strategischer Partner für die Sicherheit Europas und der Welt. Nur mit einer Einbindung Russlands in die Veränderungen der westlichen Bündnisstrukturen und die zukünftigen regionalen wie globalen Sicherheitsstrukturen kann die Konfrontation

- zwischen Ost und West und damit auch die Spirale der Aufrüstung gestoppt werden.
- Regionale Sicherheitsstrukturen statt globaler Aggression! Es ist daher nötig, die nichtmilitärische, integrative Rolle regionaler Bündnisse hervorzuheben und zu stärken. Nur dann sind

sie ein nachhaltiger und zukunftsfähiger Teil einer internationalen Friedensordnung. Allen Bestrebungen zur Militarisation der EU oder anderer regionaler Bündnisse als propagierte Alternative zur NATO stellen sich die Jusos entschieden entgegen

Positionspapier Afghanistan

Die Debatte um den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr hat für uns Jusos einen entscheidenden Mangel: es wird stets nur diskutiert, welcher Art der Einsatz ist (Krieg oder nicht), was die Bundeswehr machen darf, wie viele Soldaten eingesetzt werden und bis zu welchem Datum der Abzug erfolgen soll. Nie wird darüber diskutiert, welche Ziele in Afghanistan erreicht werden sollen, welche Mittel dazu geeignet sind und ob dafür unbedingt die Bundeswehr nötig ist.

Seit dem deutschen Luftschlag auf zwei Tanklaster vom 3. auf den 4. September steht der Afghanistaneinsatz wieder im Licht der Öffentlichkeit. Von einem zunehmenden Teil der Bevölkerung wird der Einsatz dabei immer kritischer gesehen. Nachdem sich Deutschland im November 2001 entschlossen hat, dem Aufruf der Vereinten Nationen zu folgen und bei der „Befreiung und Befriedung“ des Landes mitzuhelfen, trägt die Bundeswehr seit 2006 die Hauptverantwortung für den Norden des Landes. Seit dieser Zeit hat der zivile Wiederaufbau Fortschritte gemacht: Die Anzahl der Kinder, die Zugang zu Bildung haben hat sich seit 2001 versechsfacht; 35 % dieser Kinder sind Mädchen. Zu Taliban-Zeiten war diesen der Zugang zu Schulen verwehrt. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht hat sich vieles verbessert. Dennoch sind die Erfolge weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Obwohl immer größere Summen in den Wiederaufbau und dessen militärische Absicherung investiert werden, müssen sich Bundesregierung und SPD die Frage stellen, warum die Einsätze hinter den Erwartungen zurückbleiben und wie Aufbau und Stabilisierung mit zivilen Mitteln zu gestalten sind.

Dazu kommt, dass die Anschläge auf die ISAF, die in den ersten Jahren auf den Südosten des Landes beschränkt waren, sich seit längerem schon auf das ganze Land ausgeweitet haben. Die Bundeswehr befindet sich seit geraumer Zeit in einem durch lang andauernde Gefechte geprägten Krieg mit der Taliban, der schon viele Opfer und Schwerverletzte gefordert hat. Bei der letzten Afghanistan-Konferenz Ende Januar 2010 hat die neue Bundesregierung eine „neue Etappe“ der Politik angekündigt. Die Ergebnisse sehen jedoch mager aus: Das Schicksal Afghanistans wird sich weder

durch die 500 Soldaten und Soldatinnen, noch durch die 70 Polizeiausbilder und -ausbilderinnen, noch durch die 200 Millionen Euro Entwicklungshilfe entscheiden. Im Gegenteil verbindet die Bundesregierung mit ihrer „neuen Etappe“ Ziele, die sie teilweise zu Hause nicht schafft, wie zum Beispiel eine Beschäftigungsquote von 75 %. Sogar die Polizeigewerkschaft bezeichnet die Vorhaben der Bundesregierung bei der Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte als „völlig utopisch“. Was Deutschland droht, ist das Abrutschen in einen ungewinnbaren Krieg in einem Land, das doppelt so groß ist wie Deutschland selbst. Die Erosion hat bereits begonnen.

Die Erfahrungen lehren uns, dass ein Vielvölkerstaat wie Afghanistan nicht von heute auf morgen stabile Strukturen aufbauen kann. Nach dem Abzug der Sowjetunion 1989 versank das Jahr ab 1991 bis 1995 in einen brutalen Bürgerkrieg, der erst zur Machtergreifung durch die pakistanisch-afghanischen Taliban führte. Einer Bewegung, deren fundamentalistisch-wahabitischer Islam den Afghanen bis zu diesem Zeitpunkt fremd war und einer Bewegung, die sich hauptsächlich aus den Flüchtlingen in den pakistanischen Flüchtlingslagern und ihrem Hass auf die sowjetischen Invasoren rekrutierte.

1. Klar ist für uns, dass Deutschland nicht am Hindukusch verteidigt wird. Der damalige Entschluss, deutsche Truppen in bedingungsloser Solidarität mit den USA zu schicken war eine Fehlentscheidung. Blickt man heute auf den Konflikt muss festgestellt werden, dass gemessen an den angegebenen Zielen der Afghanistaneinsatz - sowohl OEF als auch ISAF-gescheitert ist. Dennoch müssen wir uns mit der Situation auseinandersetzen und Antworten finden, die der Komplexität der Situation gerecht werden. Forderungen nach einem fixen Abzugsdatum lehnen wir ab. Dennoch ist für uns das oberste Ziel, dass die deutschen Truppen so schnell wie möglich abgezogen werden.
2. Zieldefinition vor Abzugsdatum! Seit deutsche Truppen nach Afghanistan geschickt wurden ist sowohl für die Militärs selbst als auch für die Gesellschaft völlig unklar, welche Ziele dort er-

reicht werden sollen. Zuerst muss klar definiert werden, was in Afghanistan erreicht werden soll, mit welchen Mitteln dies am besten zu erreichen ist und es müssen Kriterien entwickelt werden, nach denen überprüft werden kann, ob diese Ziele auch erreicht worden sind. Und ob diese Ziele mit militärischen Mitteln überhaupt zu erreichen sind. Diese Ziele müssen in ein umfassendes Entwicklungskonzept für Afghanistan eingebettet werden und können sich beispielsweise an den Millennium Development Goals orientieren. Ein halbjährlicher Fortschrittsbericht kann dabei helfen, die Situation transparent zu machen und ein Controlling für den Einsatz zu etablieren. Die Afghanistankonferenz in London hat uns diesem Ziel nicht näher gebracht.

3. Mit der Offensive Muschtarak sollen 15.000 Soldaten (ISAF und afghanische Armee) die Wende im Kampf mit den Taliban erzwingen. Die USA schickt allein insgesamt 30.000 zusätzliche Soldaten, um dann 2011 mit dem Abzug zu beginnen. Das Mantra der NATO, die den Einsatz leitet, zu Truppenstärke und Abzug lautet: Zunächst muss das Ausland noch weitere Soldaten nach Afghanistan schicken, vor allem Ausbilder. Wenn dann genügend afghanische Soldaten und Polizisten ausgebildet sind, kann die Übergabe an die Afghanen und damit der Rückzug der ISAF-Truppen beginnen. Wir glauben nicht dass eine weitere Militarisierung zu mehr Sicherheit führen wird. Diese Taktik dient vor allem der Beruhigung der eigenen Bevölkerung der Truppensteller und der Legitimation des Abzuges. Es sind nicht nur mehr Ausbilder von Polizeikräften erforderlich, sondern vor allem auch mehr Ausbilder und zivile Helfer in Bereichen des Rechtswesens, der Korruptionsbekämpfung, des Verkehrswesens und vieler anderer sicherheitsrelevanter Bereiche. Die Förderung von Schulen und Bildungseinrichtungen für Erwachsene ist drastisch auszubauen. „Humanitäre Hilfe“ in Form von Güterlieferungen muss durch Programme ersetzt werden, die nachhaltiges Wirtschaften der afghanischen Bevölkerung selbst ermöglichen. Dazu zählen nicht nur Alternativen zum Opiumanbau, sondern auch der Aufbau „sozialstaatlicher“ Strukturen, der die Gegebenheiten des Landes würdigt und sich ihnen anpasst. Vorbildhaft kann u.a. das System der Kleinstkredite des Nobelpreisträgers Mohammed Yunus aus Bangladesch wirken. Solange ein Hochschulprofessor weniger verdient, als ein Tagelöhner, der für die ausländischen Truppen arbeitet, kann keine funktionierende Zivilgesellschaft aufgebaut werden.

Oberste Priorität muss auch eine Entwaffnung der Privatarmeen der verschiedenen Warlords haben, die teils besser ausgestattet sind

als die afghanische Nationalarmee und fortwährend Gewalttaten gegen die eigene Zivilbevölkerung ausüben.

Auch die afghanischen Sicherheitskräfte müssen deutlich besser entlohnt werden. Mangelnde Einkünfte zwingen viele Polizisten sich nach ihrer Ausbildung den Taliban anzuschließen, welche ihnen oftmals ein Vielfaches ihres Gehalts anbieten, nur um ihre Familien ernähren zu können. Gelder ausländischer Staaten sind hier deutlich sinnvoller investiert als in der fortwährenden Aufrüstung der eigenen Truppen.

4. Aus den angegebenen Gründen lehnen wir jegliche Erhöhung des Bundestagsmandats für den ISAF Einsatz ab.
5. Wir fordern, dass in Afghanistan der Aufbau funktionsfähiger, anerkannter staatlicher Institutionen umfassend unterstützt wird. In der Diskussion um den Afghanistaneinsatz wird als positive Errungenschaft fast nur die Ausbildung von Polizeikräften genannt. Sicherheit für die Bevölkerung ist allerdings nicht allein mit der Ausbildung von Polizeikräften zu haben. Vor allem weil es sich bei der afghanischen Polizei um keine Polizei nach unserer Definition handelt, sondern um eine Militärpolizei. Deshalb ist es unerlässlich, dass die Maßnahmen zum Aufbau eines Rechtsstaats und die Ausbildung von Polizeikräften besser aufeinander abgestimmt werden. Sicherheit kann nicht nur über Ordnungskräfte definiert werden. Verbesserungen in den Lebensbedingungen der AfghanInnen tragen zu einem weit größeren Teil dazu bei. Daher lehnen wir eine Fokussierung auf polizeiliche und militärische „Sicherheitsmaßnahmen“ ab und setzen uns für eine umfassender Definition von Sicherheit ein.

Um die Ehrlichkeit der Debatte voran zu treiben, dürfen auch Defizite der afghanischen Regierung nicht außer Acht gelassen werden. Der Druck auf dieselbe, endlich mehr Eigeninitiative zu ergreifen muss deutlich erhöht werden, um keine fortwährende Abhängigkeitssituation zu Drittländern zu erzeugen, sondern klarzustellen, dass der Einsatz in Afghanistan klar definierte Grenzen hat. Eine Politik der Verantwortung schafft starke zivile Strukturen ohne den Fokus auf das Militär zu setzen. Sie erkennt die kulturellen Unterschiede, respektiert sie und schafft echte Hilfe zur Selbsthilfe. Sie unterstützt Frauenrechte! Sie schafft humanitären Frieden ohne sich utopischen Wunschträumen hinzugeben.

Der geplante Nationale Rat für Frieden und Versöhnung („Aussteigerprogramm“) beschreibt einerseits den richtigen Weg, Gesprächsbereitschaft mit Talibankämpfern aufrecht zu erhalten. Andererseits ist es wesentlich wirkungsvoller, die Lebensumstände der einfachen

Afghanen zu verbessern und ihnen eine echte Lebensperspektive zu eröffnen.

6. Die Diskussion um den Afghanistaneinsatz ist mit dem Luftschlag auf zwei Tanklaster vom 3. auf den 4. September wieder aufgeflammt. Der Deutsche Oberst Georg Klein hat den Luftschlag angefordert, dabei starben 137 Menschen. Der Verteidigungsminister Guttenberg hat daraufhin eine Diskussion um die Neubewertung des Einsatzes begonnen, mit dem Ziel mehr Rechtssicherheit für Soldaten zu schaffen. Statt von einem Stabilisierungseinsatz zu sprechen, soll der Einsatz in Zukunft als „nicht-internationaler bewaffneter Konflikt“ deklariert werden. Dies würde die Spielräume für die Bundeswehr erweitern, da andere „rules of engagement“ greifen.

Der Luftschlag war unverhältnismäßig und fußte auf falschen Angaben des Obersts. Dies zeigen neue Beweise. Der Fall muss sowohl vor Gericht, als auch im Untersuchungsausschuss des Bundestages ehrlich aufgearbeitet werden. Aus den Ergebnissen müssen Konsequenzen gezogen werden. Die Aufarbeitung mit der Neubewertung des Einsatzes zu beenden ist zynisch und falsch. Die SPD darf so eine Politik nicht unterstützen.

Eine Neubewertung des Einsatzes darf grundsätzlich nur auf Grundlage einer kritischen Auseinandersetzung mit der Situation in Afghanistan und der Vorlage einer neuen politischen Gesamtstrategie erfolgen. Im Moment ist nicht erkennbar wie eine Ausweitung der Befugnisse der Bundeswehr zu mehr Sicherheit für die afghanischen Bevölkerung und zu einer

Stabilisierung der Region führt. Deshalb lehnen wir diese Neubewertung ab.

7. Zivile Mittel statt militärischer Mittel! Für uns als Jusos haben zivile Aufbaumaßnahmen Vorrang vor militärischen Maßnahmen. Der Schwerpunkt des Engagements in Afghanistan muss von militärischen Mitteln hin zu zivilen Mitteln verschoben werden. Da Militär nur militärisch denkt - und denken kann - und damit keine vernünftige zivile Aufbauarbeit möglich ist, fordern wir die Umsetzung des Entwicklungskonzeptes so auszurichten, dass die Bundeswehr schnellstmöglich abgezogen werden kann und nur noch zivile Mittel eingesetzt werden. Eine enge Abstimmung der Ministerien für Verteidigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit ist notwendig, die Mittel für zivile Maßnahmen müssen aufgestockt werden. Die Pläne des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Niebel, die deutsche Entwicklungshilfe an den Bundeswehreinsatz zu koppeln und nur noch Unterstützung für die von der BRD kontrollierten Gebiete zu gewähren halten wir für falsch und gefährlich. Die Menschen in anderen Teilen Afghanistans haben nicht weniger Recht auf Entwicklungshilfe.

Die zivil-militärischen Kooperationen sind nur bedingt erfolgreich, da die Einbettung in das Militär die zivilen Akteure zu leichten Zielscheiben macht. Im Gegensatz zu Militär sind zivile Kräfte nicht so leicht angreifbar und sie führen Aufbau- sowie Entwicklungsprojekte nicht nach militärisch-strategischen Gesichtspunkten durch.

Umwelt, Verkehr und Energie

Grüne Gentechnik

Vorbemerkung

Die Anwendung von Gentechnik geschieht in sehr unterschiedlichen Bereichen, die klar voneinander getrennt werden müssen. Eine Trennung kann beispielsweise anhand der „Zielgruppe“ getroffen werden: Rote Gentechnik (Medizin: Entwicklung von diagnostischen oder therapeutischen Verfahren sowie Herstellung von Arzneimitteln), Weiße Gentechnik (Nutzung gentechnisch veränderter Mikroorganismen zur Herstellung von Enzymen oder Chemikalien für industrielle Zwecke, in der Mikrobiologie und Umweltschutztechnik), Grüne Gentechnik (alternativ: Agro-Gentechnik: Gentechnische Verfahren in der Pflanzenzüchtung sowie die Nutzung gentechnisch veränderter Pflanzen in der Landwirtschaft und im Lebensmittelsektor). Außerdem muss unterschieden werden zwischen Gentechnik im engeren Sinne und z.B. Klonen oder diagnostischen oder kriminaltechnischen Verfahren mithilfe von Genanalysen. Dieser Antrag befasst sich ausschließlich mit Agro-Gentechnik/Grüner Gentechnik.

Anwendungsbereiche

1. Eine sehr große ökonomische Bedeutung hat die Nutzung von Gentechnik zur Schaffung schädlingsresistenter Pflanzen. Durch deren Nutzung soll auf den Einsatz von Insektiziden, Herbiziden, Fungiziden und Pestiziden verzichtet werden können. Dazu gehören beispielsweise mehrere Maissorten, die durch ein Bt-Toxin (ein Gift, das aus dem Bakterium *Bacillus thuringiensis* stammt) resistent gemacht wurden. Auch der umgekehrte Weg wird gegangen: Die Pflanze wird resistent gegen ein Totalherbizid gemacht. So kann dieses auf dem Acker ausgebracht werden und nur die immunisierte Pflanze bleibt vom großen Pflanzensterben verschont. Zu dieser Art von Gv-Pflanzen (auch: Gv-Pflanzen erster Generation) gehören außerdem solche, deren Fitness in widrigen Bedingungen erhöht werden soll, z.B. Trocken-, Säure- und Salztoleranz sowie Widerstandsfähigkeit gegen extreme Temperaturen. Dazu gehört z.B. eine Erdbeersorte, die durch ein Fischgen eine höhere Frosttoleranz erlangt hat, so dass sie noch sehr weit im Norden angebaut werden kann. Dadurch sollen Kosten gesenkt und/oder Erträge gesteigert werden.
2. Die Gv-Pflanzen der zweiten Generation zielen auf die Verbesserung des Nährstoffgehalts und

eine höher Verarbeitungsqualität ab. Dazu gehören sowohl die „Anti-Matsch-Tomate“ als auch der goldene Reis mit erhöhtem Vitamin A-Gehalt.

3. Gv-Pflanzen der dritten Generation sind solche, bei der die Pflanze Industrirohstoffe (Biotreibstoffe, biologisch abbaubares Plastik, Enzyme oder Schmieröle) oder pharmazeutische Produkte wie Hormone, Impfstoffe oder Antikörper herstellen soll.

Im Mittelpunkt der bisherigen Anwendung stehen weltweit nur vier Pflanzen: Soja, Baumwolle, Mais und Raps, in den USA außerdem Zuckerrüben.

Oft wird argumentiert, dass die Ziele mit konventioneller Züchtung nicht erreicht werden können. Die ist jedoch nur begrenzt der Fall. Tatsächlich ermöglicht die Gentechnik im Gegensatz zu konventioneller Pflanzenzüchtung die gezielte und sofortige Einführung neuer Gene, um Nutzpflanzen ganz neue Eigenschaften zu verleihen. Außerdem findet im Gegensatz zu konventioneller Züchtung ein artenübergreifender Austausch von genetischem Material statt. Es ist aber so, dass der Fokus der Gentechnik noch immer vor allem auf ökonomischen und nicht etwa humanitären oder energetischen Kriterien liegt. Vor allem besteht bei der Propagierung von gentechnisch veränderten Produkten großes Interesse an einer Stabilisierung der Produktion und eine deutliche Ausweitung der Absatzmärkte für Saatgut und Agrarchemie. Zwar werden viele schöne Worte gemacht, doch konkreter Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen geschieht vor allem in Bereichen, die äußerst gewinnträchtig für die beteiligten Agrokonzerne (z.B. Monsanto) sind, nicht dort, wo echte Verbesserungen für Kleinbauern erreicht werden könnten. Dies ist nicht verwunderlich, denn Gentechnik ist teuer und die Konzerne unterliegen der kapitalistischen Logik.

Konsequenzen

Besonders Agro-, Pharma- und Lebensmittelkonzerne haben aus unterschiedlichsten Gründen großes Interesse an gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in Form von Pflanzen oder Enzymen. Neben dem hehren Ziel, die Welternährungssituation zu sichern und mit neuen Energiepflanzen den CO₂-Ausstoß zu begrenzen, sind es vor allem wirtschaftliche Interessen, die dahinter stehen. Landwirte werden hochgradig abhängig von paten-

tiertem Saatgut, das sie gemeinsam mit dem zugehörigen Pestizid oder Düngemittel erwerben (müssen). Verstärkt wird die Abhängigkeit dadurch, dass das Saatgut steril ist, d.h. es muss jedes Jahr neu gekauft werden. Kann doch eigenes Saatgut daraus gewonnen werden, überziehen die Konzerne die Landwirte mit Prozessen und hohen Strafzahlungen. Besonders schwerwiegend wirkt sich dies auf Bauern in ärmeren Regionen aus. Besonders in Regionen, für die die Sorten nicht primär entwickelt wurden, z.B. Indien, treten trotzdem Unkräuter auf. Die Erträge sind in der Regel deutlich niedriger als versprochen. Auch das Versprechen, dass keine anderen Pestizide mehr eingesetzt werden müssen, erwies sich als falsch. Die eingebaute Resistenz kann bei Arten, die in der Region heimisch sind, sehr schnell auf verwandte Ackerunkräuter übergehen – oder z.B. in den Honig! In Europa trifft dies insbesondere den Raps. Samen, die auf dem Feld verbleiben und in den folgenden Jahren – nun als Ackerunkraut – aufgehen, sind natürlich auch resistent gegen die eingesetzten Herbizide. Also muss doch auch mit anderen Mitteln gespritzt werden – der ursprünglich positive ökologische Effekt und die Kostensparnis durch weniger notwendige Spritzmittel ist dadurch nicht mehr vorhanden. Daneben treten alle für Monokulturen typischen Probleme auf, allerdings in verstärktem Maße, da nun nicht einmal sorteninterne Abweichungen vorhanden sind.

Forderungen

1. Das Thema Gentechnik muss immer neu in der Öffentlichkeit diskutiert werden – auf politisch verantwortliche Weise und ohne die tatsächlichen

Interessen der beteiligten Akteure zu vernachlässigen. Es ist unsere Aufgabe als Jusos, Menschen darauf hinzuweisen, wer die Gewinner der Gentechnik (v.a. Konzerne wie Monsanto) und wer die Verlierer (v.a. Kleinbauern, nicht informierte Verbraucher) sind. Die Jusos unterstützen die Initiativen für ein (agro-)gentechnisch freies Bayern.

2. Ein Patentieren von Lebewesen oder Gensequenzen oder Genomen von Lebewesen (Pflanzen, Tiere) lehnen die Jusos entschieden ab.
3. Aufgrund der hohen Risiken bei der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen muss weiterhin Einfluss auf Gemeinden, Kreise, Land, Bund und die EU ausgeübt werden, so dass erstens deutlich mehr in seriöse und unabhängige Forschung investiert wird. Dies betrifft nicht nur Biochemie und Mikrobiologie, sondern auch ökologische Forschung und die wissenschaftliche und gesellschaftliche Diskussion des Umgangs in ethischer, moralischer und sozioökonomischer Sicht mit diesen Technologien. Zweitens muss in der EU weiterhin darauf hin gewirkt werden, dass ungenügend erforschte Techniken nicht in einer Weise angewendet werden, die ein hohes Risiko, z.B. in Form einer Freisetzung in die Umwelt mit nicht vorhersagbaren Konsequenzen, beinhalten. Solange nicht alle Unbekannten identifiziert und geklärt wurden, darf ein transgener Organismus nicht außerhalb des Labors angebaut werden bzw. darf sich nicht in freier Natur vermehren und verbreiten. Die Jusos unterstützen ausdrücklich die strenge Haltung der verschiedenen Verbraucherschutzminister zu diesem Thema.

Radverkehrspolitik im neuen Jahrzehnt

Um fortschrittlich und zukunftsweisend in der Verkehrspolitik zu sein, führt für Deutschland kein Weg an einer modernen Radverkehrspolitik vorbei.

Viele Regelungen und Beschilderungen sind überholt. Das Miteinander der Verkehrsteilnehmer und nicht das Gegeneinander muss gefördert werden. Autofahrer und Radfahrer müssen gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer werden. Nur so kann Deutschland durch ein gesteigertes Radverkehrsaufkommen einen wertvollen Beitrag zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes liefern.

Folgende Punkte sind besonders verbesserungswürdig:

- I. Förderungen des Radverkehrs
- II. Bewusstseinsbildung
- III. Radverkehrsinfrastruktur
- IV. Konflikte mit dem Kraftfahrzeugverkehr

V. Hindernisse

VI. Ampelschaltungen für Radfahrer

VII. Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln

VIII. Fahrraddiebstähle

IX. Fahrradverleih

X. Anerkennung und Förderung des Breiten- und Spitzensports

Die meisten dieser Teilpunkte sind momentan ungenügend gelöst. Es folgt eine Analyse der aktuellen Situation und Lösungsvorschläge.

I. Förderungen des Radverkehrs

Obwohl es gerade heute, in Zeiten des Klimawandels, sehr wichtig wäre, möglichst wenig Auto

zu fahren, wurden die Bedingungen für den Radverkehr kaum verbessert.

Viele Kommunen haben die Brisanz des Themas offenbar noch nicht erkannt. Doch genau jetzt muss gehandelt werden, da auch der Prozess des Umstiegs auf dieses ökologische Verkehrsmittel einige Zeit dauert.

Vereinzelt wurden neue Radwege gebaut. Zum Teil sind aber auch neue Radwege so angelegt worden, dass sie kaum benutzbar sind. Ältere Radwege sind nur selten in einem Zustand, der eine uneingeschränkte Nutzung erlaubt. Andere Maßnahmen wurden meist gar nicht ergriffen.

Ein Großteil der Radwege ist nach dem Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichts vom 8.12.2009, Aktenzeichen 11 B 08.186 sogar rechtswidrig und nicht zumutbar. Dies gilt auch für neue Radwege.

Hier kann nur ein Umdenken der Kommunen Abhilfe schaffen.

Fahrradfahrer dürfen nicht länger Verkehrsteilnehmer 2. Klasse sein

II. Bewusstseinsbildung

Die Artikel über Radfahrer in der Lokalpresse vertreten oft einseitig die Interessen der KFZ-Fahrer. Zusätzlich versuchen, die die Automobilindustrie unterstützenden Politiker, die Positionen der Autofahrer zu stärken anstatt die der Radfahrer. Hier müssen die Politiker, im Sinne der Umwelt, aber auch im Sinne der Autofahrer umdenken.

Denn: Wer den Radverkehr attraktiver macht, macht automatisch auch den Autoverkehr attraktiver. Die Alternative zum Rad ist für viele nicht der Bus oder zu Fuß zu gehen, sondern das Auto. Mehr Radverkehr heißt also weniger Autoverkehr, und das bedeutet: weniger Staus, mehr Parkplätze, bessere Luft.

Es wäre also auch zum Vorteil der Autofahrer Radfahren wieder attraktiver zu machen. Gerade kürzere Strecken könnten oft problemlos mit dem Rad zurückgelegt werden. So wird das motorisierte Verkehrsaufkommen drastisch reduziert und die der Straßen werden entlastet. Das bedeutet wieder mehr Kapazitäten für dringende Fahrten und Langstreckenfahrten.

Genau dies ist die zentrale Botschaft, die vermittelt werden muss. Vielfältige Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit können einen entscheidenden Beitrag leisten, dass mehr Menschen Rad fahren und Radfahren für alle komfortabler und sicherer wird.

Die Vorteile für RadfahrerInnen liegen auf der Hand: Schon zwanzig Minuten Radfahren am Tag verbessert die Kondition und hält in Form. Weiterhin zeigen Untersuchungen, dass Menschen, die täglich ihr Rad benutzen, nur halb so oft krank sind wie ihre Kollegen.

Außerdem hat das Umweltbundesamt herausgefunden, dass Radler auf Strecken bis zu neun Kilometern im Straßenverkehr schneller sind als Autofahrer. Sie fahren am Stau einfach besser vorbei und zeitaufwändige Parkplatzsuche ist für Radfahrer kein Thema.

Des Weiteren kostet ein PKW pro zurückgelegten Kilometer im Mittel ca. 40 Cent. Ein Fahrrad dagegen fast nichts, denn Verschleißteile müssen nur selten getauscht werden und sind meist sehr günstig.

Das Rad als Verkehrsmittel muss durch attraktive Werbung fürs Radfahren wieder Teil der Alltagskultur werden

III. Radverkehrsinfrastruktur

Auch wenn es paradox erscheint: Radfahren auf Radwegen ist oft gefährlicher als auf der Fahrbahn. Das ist durch wissenschaftliche Untersuchungen belegt. Demnach steigt nach der Neuanlage eines Radwegs für einen Radfahrer nicht nur die Wahrscheinlichkeit ganz erheblich, in einen Unfall verwickelt zu werden, sondern die Unfälle werden auch schwerer.

Die Ursache dafür liegt vor allem in den zusätzlichen Gefahren an Kreuzungen und Einmündungen. Diese entstehen, da ein Radfahrer auf einem Radweg außerhalb des Sichtfelds der Autofahrer ist und deshalb leichter übersehen wird. Außerdem fahren viele wartepflichtige Autofahrer bis zur Fahrbahn der Vorfahrtsstraße vor und nehmen dabei den querenden Radfahrern die Vorfahrt.

Radwege direkt neben zu schmalen Gehwegen, oder gar gemeinsame Rad- und Gehwege sind sowohl für Radfahrer als auch für Fußgänger eine Gefahr.

Um möglichst viele Menschen zum Radfahren zu bewegen, ist es wichtig, dass das Radfahren sicher und schnell ist.

Um Radfahrern ein zügiges und sicheres Vorankommen zu ermöglichen, sind Radfahrstreifen, die nicht benutzungspflichtig sind das Optimum.

An möglicherweise gefährlichen Stellen hat der Radfahrer also die Möglichkeit, auf die Fahrbahn ausweichen. Beispielsweise, wenn ihm Hindernisse, wie Baustellen die Weiterfahrt erschweren, oder er einen anderen Radfahrer überholen möchte.

Um Radfahrer rechtlich zu stärken, muss die Radwegbenutzungspflicht abgeschafft werden, da Radfahren auf der Straße von den Autofahrern wesentlich besser wahrgenommen werden und so Unfälle wirkungsvoll verhindert werden können.

Das häufig genannte Argument, eine radgerechte Verkehrsplanung wäre zu teuer, stimmt nicht, denn gerade das Optimum für Radfahrer, der Radfahrstreifen, bringt deutliche Erleichterung für Radfahrer mit sich und verursacht nur marginale Kosten.

So sieht eine moderne Infrastruktur aus:

- Ein Radfahrstreifen ist ein auf der Fahrbahn durch Bodenmarkierung abgetrennter Teil der Straße, der ausschließlich für Radfahrer vorgesehen ist. Dieser ist für die Radfahrer das Optimum, da sie auf der Fahrbahn von Autofahrern am besten wahrgenommen werden. Ein Radfahrstreifen muss mindestens 1,5 Meter breit sein. Die Radfahrstreifen dürfen durch Kraftfahrzeuge weder befahren noch zugeparkt werden. Der Streifen ist nicht Benutzungspflichtig. Ein Radverkehrsstreifen kommt dort zum Einsatz, wo die Breite der Fahrbahn für einen Radweg oder Radfahrstreifen nicht ausreicht. Die Schutzstreifen für Radfahrer sind durch eine unterbrochene weiße Linie auf der Fahrbahn markiert.

Auch hier ist das Parken von Kraftfahrzeugen verboten. Im Unterschied zu den Radwegen können die Schutzstreifen jedoch in Ausnahmefällen vom fahrenden Kraftfahrzeug teilweise mitbenutzt werden. Der Radverkehr darf natürlich nicht behindert werden.

Es ist jedoch darauf hinzuwirken, dass langfristig nur noch Radfahrstreifen eingesetzt werden. Sehr vorteilhaft für Radfahrer sind auch Fahrradstraßen. Dies sind als Radwege ausgewiesene Straßen, auf denen in der Regel aber auch der Kraftfahrzeugverkehr zugelassen ist. Hier dürfen Radfahrer die Fahrbahn in ganzer Breite benutzen. Sehr vorteilhaft sind auch Sonderfahrstreifen für Busse. Ein Zusatzschild mit dem Fahrradpiktogramm und der Textunterschrift „frei“ erlaubt es, dass Radfahrer diese Spur mit benutzen können.

- Besondere Verkehrsregeln: Zur Verkehrsberuhigung von innerstädtischen Wohnstraßen werden Einbahnstraßen, Abbiegegebote oder Sackgassen eingerichtet. Durch den einfachen Zusatz „Radfahrer frei“ werden die Radfahrer von der jeweiligen Regelung ausgenommen. Dadurch entstehen für Radfahrer kurze Wege durch die Stadtquartiere. Auch Radfahren mit angemessener Geschwindigkeit ist in Fußgängerzonen erlaubt.
- Tempo-30-Zonen: In diesen verkehrsberuhigten Zonen fährt der Radfahrer sicherer, weil die Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h begrenzt ist. Sämtliche zusammenhängende Wohngebiete - sofern sie nicht an Hauptverkehrsstraßen liegen - sollten diese Regelung nutzen. Eigene Radwege sind hier nicht mehr erforderlich. Im Alltag und im Freizeitverkehr erleichtert die

Beschilderung der Fahrradroutes die Zielfindung. Die Wegweisung sollte konzeptionell in die landesweite Wegweisung eingebettet sein. Die Schilder zeigen den Weg zu wichtigen lokalen Zielen und Orten auch jenseits der Stadtgrenzen. Alle Routen der Wegweisung sollten in einem Fahrradstadtplan der Stadt enthalten sein. Sehr vorteilhaft sind auch Fahrrad-schleusen. Diese bringen die Radfahrer an signalisierten Kreuzungen nach vorne in den Sichtbereich der Autofahrer. Bei roter Ampel dürfen Radfahrer bis zur vorderen Haltlinie vorfahren, die Autofahrer müssen an der hinteren Haltlinie warten. Bei „grün“ haben die Radfahrer einen kleinen Zeitvorteil und vor allem bewegen sie sich deutlich sichtbar vor dem Kraftfahrzeugverkehr. Eigenen Ampeln für Radfahrer sollten für eine sichere Querung von Kreuzungen und Einmündungen sorgen und längere Wartezeiten vermeiden. Für Radfahrer sollte eher „grün“ geschaltet werden, als für Autofahrer. Besonders wichtig, gerade für den Fahrradberufsverkehr sind Fahrradabstellmöglichkeiten. Es ist darauf zu achten, dass stets genügend Abstellmöglichkeiten verfügbar sind.

IV. Konflikte mit KFZ

Jedes 5. Unfallopfer ist ein Radfahrer

	Verletzte Radfahrer	Tödlich verunglückte Radfahrer
2007	79.004	425
2008	79.423	456
Anstieg	0,5%	7,3%
Quelle: Statistisches Bundesamt		

Diese Entwicklung ist besonders erschreckend, da bei fast allen anderen Arten der Fortbewegung die Unfallzahlen rückläufig sind.

Eine häufige Ursache für Radunfälle ist, dass der Radfahrer von einem Rechtsabbieger angefahren wird, wenn der Fahrradfahrer an einer Kreuzung geradeaus fährt. Viele Autofahrer übersehen die Radfahrer schlicht. Das ist besonders tragisch, da Radfahrer bei Unfällen vergleichsweise schlecht geschützt sind.

Der negative Trend, dass die Konflikte zwischen Radfahrern und Autofahrern zunehmen, setzte sich in den letzten Jahren fort. Die negative Haltung vieler Autofahrer wird verstärkt durch die oft autofreundliche und radfeindliche Berichterstattung in den Medien, sowie durch die Autolobby.

Gerade die ernsthaften Konfliktsituationen zwischen sportlichen Radfahrern und KFZ-Führern

mehren sich. Häufig entstehen diese Konflikte aus der Tatsache, dass den sportlichen Radfahrern der Radweg oft schlichtweg nicht zumutbar ist und konsequenterweise an diesen Stellen auch nicht genutzt wird. Deshalb ist es nötig, die Radwegbenutzungspflicht abzuschaffen. Der gesetzlich vorgeschriebene Mindestüberholabstand von 1,5 Metern wird häufig von den Kraftfahrzeugfahrern nicht eingehalten. So entstehen nicht selten ernsthafte Konflikte.

Das Miteinander, nicht das Gegeneinander der Verkehrsteilnehmer muss im Vordergrund stehen

V. Hindernisse

Durch Hindernisse werden potentielle Fahrradfahrer vom Fahren abgehalten, da sie Unfälle und deren Folgen fürchten. Häufig vorkommende Gefahren auf Radwegen sind:

- Kraftfahrzeuge: Abbiegende bzw. aus Einmündungen oder Ausfahrten herausfahrende LKW und PKW
- unaufmerksame Fußgänger, Hunde und deren Leinen
- Unebenheiten aller Art, die die Gefahr schwerer Stürze in sich bergen
- Glassplitter, Müll u.a. scharfkantige Gegenstände, die zu Reifenpannen führen können
- Hindernisse: Parkende Autos, Reklametafeln, Verkehrsschilder
- Mangelhaft gesicherte Baustellen

Nicht selten sind Stürze, Verletzungen und Materialschäden am Fahrrad die Folge mangelhaft gewarteter Radwege.

Doch wer als Radfahrer über ein Hindernis fährt, tut dies auf eigene Gefahr. Kommt es zu einem Unfall, muss er selbst für den Schaden aufkommen. So entschied das Amtsgericht München in einem Urteil vom 16. Oktober 2007 (AZ: 232 C 7920/07).

Hindernisse müssen beseitigt werden

VI. Ampelschaltungen für Radfahrer

Wichtig für die Attraktivität des Radfahrens ist das zügige Vorankommen. Nur, wenn man ein Ziel mit dem Fahrrad in etwa gleichschnell wie mit dem PKW erreichen kann, ist es für den Großteil der Menschen attraktiv, das Fahrrad anstatt des Autos zu benutzen. Vorgezogene Ampeldruckknöpfe, auch an Radfahrstreifen sind nötig, um eine grüne Welle für Fahrradfahrer zu realisieren.

An Ampeln können durch zusätzliche Anforderungstaster, die ca. 30 m vor der Querungsstelle aufgestellt werden, Radfahrer deutlich komfortabler den signalisierten Knoten queren.

Vorgezogene Grünanforderung:

1. Die Ampel steht in Grundstellung und zeigt dem Kfz-Verkehr Grün an
2. Ein Radfahrer betätigt den ca. 30m vor der Anlage befindlichen Taster
3. In ca. 5 Sekunden springt das Radfahrer-/Fußgängersignal auf Grün, so dass die Fahrbahn bei angepasster Geschwindigkeit (5m/s) ohne Halt gequert werden kann

Grünzeitverlängerung:

1. Die Signalanlage steht noch auf Grün für den Radfahrer aus der letzten Anforderung
2. Ein erneutes Betätigen des Tasters durch später eintreffende Radfahrer oder Jogger verlängert die Grünzeit um 10 Sekunden
3. Das kann bis zu dreimal wiederholt werden, erst dann ist der Kfz-Verkehr wieder an der Reihe
4. Somit wird vermieden, dass der Radler, wie früher, von weitem Grün sieht, aber erst bei Rot an der Signalanlage ankommt. Dadurch wird der Komfort deutlich gesteigert und Rotlichtverstöße vermieden
5. Langsamere Fußgänger können weiterhin die Anforderung an der Querungsstelle nutzen. Hier erfolgt die Freigabe, wenn sich die Ampel in der Grundstellung befindet, nach ca. 3 Sekunden und ermöglicht so ebenfalls ein zügiges Queren

VII. Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln

Von Fahrradmitnahme spricht man, wenn es um die Beförderung eines unverpackten Fahrrades als selbst verladenenes Gepäckstück in öffentlichen Verkehrsmitteln handelt.

Das eigene Rad ist speziell auf die Bedürfnisse und Eigenheiten des Nutzers zugeschnitten. Auf Radtouren und Radreisen möchte man es deshalb gern dabei haben. Für die An- und Abreise spielen öffentliche Verkehrsmittel eine große Rolle, ca. 40 % der Radreisenden kombinieren mit der Bahn. Der Vorteil ist, dass Start- und Zielpunkt der Radtour nicht identisch sein müssen oder größere Steigungen einfach überwunden werden können. Weitere Anlässe für die Fahrradmitnahme sind beispielsweise plötzlicher Wetterumschwung, Defekte am Fahrrad, spontane Routenänderung und die Überwindung weiterer Strecken.

Durch diese Kombination von Individual- und öffentlichem Verkehr lassen sich auch per Fahrrad verhältnismäßig problemlos größere Entfernungen zurücklegen. Eine Anfahrt per Rad zur Haltestelle, dann Fahrradmitnahme und anschließend Weiterfahrt per Rad erhöht die Nutzungsmöglichkeiten und Auslastung von ÖPNV-Angeboten. Für

den Fahrradtourismus ist die Fahrradmitnahme von besonderer Bedeutung, da man bei einer Radtour nicht an den Startpunkt zurückfahren muss. Üblicherweise müssen für die Fahrradmitnahme spezielle Fahrradkarten erworben werden.

Im Fernverkehr ist die Fahrradmitnahme in fast allen EC- und IC-Zügen, sowie den meisten Nachtzügen zulässig. Diese Züge verfügen über spezielle Fahrradabteile, die Plätze sind aber reservierungspflichtig. Auf der Strecke Stuttgart - Zürich war von Mai 1999 bis Dezember 2002 auch im ICE die Fahrradmitnahme möglich. Trotz Kundenprotesten wurden die Fahrradabteile in diesen ICE-Zügen wieder ausgebaut, da der Konzernvorstand der DB in einer Grundsatzentscheidung festlegte, im ICE keine Fahrräder zu befördern.

Wichtig wäre eine gesetzliche Verankerung der Mitnahmepflicht in allen Zügen (Beschluss des Europa-Parlaments), auch im grenzüberschreitenden Verkehr.

Im Nahverkehr der Eisenbahn (einschließlich S-Bahnen) ist die Fahrradmitnahme fast immer möglich. Es gibt nur wenige Ausnahmen, die sich auf die Hauptverkehrszeiten beschränken. Fast alle Züge verfügen über Mehrzweckabteile, die dem Transport von Fahrrädern, Kinderwagen, Rollstühlen und Traglasten dienen. Gibt es solche Abteile nicht, kann das Fahrrad im Einstiegsraum mitgenommen werden.

Bei U-Bahnen und Stadt- und Straßenbahnen kommen auch immer öfter Mehrzweckabteile zum Einsatz, es gibt aber häufig Sperrzeiten für die Fahrradmitnahme während des Berufsverkehrs. Doch gerade zu diesen Zeiten, wäre eine Mitnahmemöglichkeit oft wünschenswert.

In Bussen des Stadt- und Regionalverkehrs gibt es unterschiedliche Regelungen, die vom Ausschluss der Fahrradmitnahme über zeitliche Beschränkungen bis zum Mitführen eines speziellen Anhängers zum Fahrradtransport bei Touristiklinien reichen. Gerade hier müsste nachgebessert werden.

Auf Fähren oder Autofähren ist die Mitnahme im Allgemeinen problemlos möglich.

Im Eisenbahnnahverkehr von Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist die Mitnahme kostenfrei (teilweise Einschränkungen werktags vor 9 Uhr). In einigen Verkehrsverbänden oder Landkreisen ist die Fahrradmitnahme bereits kostenlos. Dies ist überall anzustreben.

Ausschlusszeiten sind generell nicht notwendig. Nach den Erfahrungen mit großzügigen Regelungen in vielen Verkehrsunternehmen und Verbänden lassen sich die früheren Bedenken nicht mehr aufrecht erhalten. Eine Regelung, nach der Fahrgäste ohne Fahrräder, Rollstuhlfahrer und Eltern mit Kinderwagen grundsätzlich Vorrang haben, genügt. Eine solche flexible Regelung erlaubt die Nutzung der Mitnahme in

sogenannten Gegenlastrichtungen auch im Berufsverkehr oder für den Ausflug zum Stadtrand in der Woche.

Ein Anspruch auf Mitnahme soll immer dann bestehen, wenn genügend Platz vorhanden ist, bei Fähren jedoch immer.

Die Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln muss möglich und kostenlos sein

VIII. Fahrraddiebstähle

Diebstähle müssen verhindert werden, um Radfahren für Jedermann attraktiv zu machen

Jahr	Fahrraddiebstähle	Aufklärungsquote
1988	331 259	12%
2006	368 308	<10,5%
2007	372 045	10,5%
2008	358 049	10,5%
(Quelle: Bundesministerium des Innern)		

Dies sind jedoch nur die gemeldeten Fahrraddiebstähle. Die Dunkelziffer dürfte sehr viel höher liegen.

Gegenmaßnahmen:

- Fahrradregistrierung: Die Registrierung eines Rades bei der Polizei ist nur in einigen Landkreisen oder Städten möglich. Die Polizei registriert in der Regel kostenlos. So registrierte Fahrräder werden meist durch einen entsprechenden Aufkleber deutlich sichtbar gekennzeichnet. Wird ein registriertes Fahrrad gestohlen, können aber zumindest die bei der Registrierung erhobenen Daten in eine bundesweite Fahndungsdatei der Polizei (POLAS) übernommen werden. Wichtigstes Kriterium dabei ist die Fahrrad-Rahmenummer, die vom Hersteller (nach einer alten DIN-Norm und der neuen Europäischen Norm) an jedem Fahrradrahmen angebracht sein sollte.
- Fahrradpass: Der Fahrradpass ist ein von der Polizei entwickeltes Formular, in dem wichtige Informationen festgehalten werden können, die zur Identifizierung eines aufgefundenen oder kontrollierten Rades führen können. Vom Eigentümer oder dem Händler ausgefüllt sind sie aber ein sehr gutes Instrument, im Falle einer Diebstahlsanzeige, die entsprechenden Fragen der Ermittlungsbeamten zu beantworten.
- Fahrradcodierung: Mit großer Wahrscheinlichkeit schreckt die Verwendung einer offiziellen Fahrradcodierung ab. Dabei werden in verschlüsselter Form der Wohnort und die Straßenadresse (bzw.

in Berlin das Geburtsdatum) und die Initialen des Eigentümers in den Rahmen eingraviert. Der Verkauf codierter Räder durch Diebe/Hehler ist für diese deutlich riskanter als der der uncodierten Räder. Der Verkauf gestohlener codierter Räder über eBay ist hoch riskant und daher eher unwahrscheinlich. Da viele Räder lediglich für eine Spritztour „entliehen“ und dann unverschlossen irgendwo stehen gelassen werden, ist die Chance für deren Rückführung sehr viel höher als die uncodierter Räder. Nach einer allerdings nicht durch bundesweite Statistiken belegten Aussage einer mittleren Polizeidienststelle können dort bei 90 % aller aufgefundenen Räder die Eigentümer nicht mehr auffindig gemacht werden, weil diese keine sachdienlichen bzw. zweifelsfreien Angaben zur Beschaffenheit ihres Eigentums liefern können oder überhaupt keine Anzeige erstatten. Beispielsweise werden in Frankfurt am Main jedes Jahr ca. 500 uncodierte Räder amtlich versteigert, weil sich der Eigentümer nicht mehr ermitteln lässt. Codierte Räder kommen dagegen höchst selten unter den Hammer.

IX. Fahrradverleih

Bei Fahrradvermietungen kann man zwischen dem traditionellen Modell der touristisch orientierten Fahrradvermietung und dem neueren Modell eines Netzes von Selbstbedienungstationen zur Fahrradvermietung unterscheiden. Letztere ermöglichen es den Bewohnern und Besuchern einer Stadt ihre alltäglichen kurzen Wege bequem, umweltfreundlich und bewegungsaktiv zurücklegen. Damit soll eine nahezu schadstofffreie und kostenlose Alternative zum zunehmenden motorisierten Individualverkehr geschaffen werden, um in den Städten die Luft- und Lebensqualität zu verbessern und gleichzeitig den Fahrraddiebstahl als wichtiges Nutzungshindernis für Fahrräder einzudämmen.

Beim Netz öffentlicher Fahrradmietstationen handelt sich um ein Netz von Fahrradstationen, die die einfache selbstständige Entnahme und Rückgabe von öffentlichen Mieträdern an abschließbaren Stellplätzen ermöglichen, meist mit Hilfe von elektronischen Kundenkarten. Diese Kundenkarten dienen sowohl zur Abrechnung als auch Identifizierung der Nutzer und beugen damit Vandalismus und Diebstahl vor.

Die Mieträder sollten von professionellem Personal gepflegt und gewartet werden, um ein verkehrssicheres Fahrrad zur Benutzung anbieten zu können (Bremsen und Licht funk-

tionstüchtig). Bei einer Panne kann der Nutzer ein anderes Rad nehmen, statt selbst flicken zu müssen.

Ein öffentliches Fahrrad wird in Barcelona durchschnittlich täglich während 5 Stunden für 16 Fahrten genutzt, im Vergleich zu 3 Fahrten, die durchschnittlich mit einem privaten Fahrrad zurückgelegt werden. Daran kann man deutlich erkennen, dass Fahrradverleihsysteme den emissionsfreien Verkehr stark fördern.

Durch ein progressives Tarifsystem wird erreicht, dass die überwiegende Anzahl der Fahrten innerhalb von einer halben Stunde enden und das Fahrrad wieder an einer Station abgegeben wird, statt es abzuschließen und für andere nutzlos stehen zu lassen.

Kostengünstige Mieträder sollten überall zu Verfügung stehen

X. Anerkennung und Förderung des Breiten- und Spitzensports

Seit dem Dopingskandal 2006 bei der Tour de France ist das Ansehen des Radsports in Deutschland stark gesunken.

Der Radsport blickt auf eine lange und bewegte Geschichte zurück. Der Giro d'Italia, die Tour de France und die Vuelta a España sind einige der Höhepunkte des sportlichen Jahres. Die Tour de France gilt nach der Fußball-Weltmeisterschaft und den Olympischen Spielen als drittgrößtes Sportereignis der Welt.

Jedoch werden sämtliche Radsportler seit dem Dopingskandal 2006 in den Medien sehr häufig als Betrüger abgeurteilt. Diese Vorurteile müssen abgebaut werden, denn die Unschuldsvermutung muss selbstverständlich auch für Sportler gelten.

Die durchweg negative und zum Teil stark einseitige Berichterstattung der Medien baute Aversionen gegen den Radsport auf.

Radsportler spüren oft bei Konflikten verschiedener Art die stark ablehnende Haltung vieler KFZ-Führer, die nur durch die Medien über diesen Sport informiert werden, ihn gar nicht kennen und so stark negativ beeinflusst sind.

Dies ist sehr schade, denn gerade der Radtourismus und der Breitensport verzeichneten starke Zuwächse in den letzten Jahren.

Viele dieser Sportler messen sich gerne in Jedermannrennen: 2008 nahmen 22 000 Radfahrer am Jedermannrennen der Vattenfall Cyclassics teil. 15 000 Hobbyfahrer nahmen 2009 am Berliner Vellothon teil. Das weltgrößte Radrennen ist die Cape Argus Pick'N'Pay Cycletour in Kapstadt, Südafrika mit mehr als 40.000 Teilnehmern (2001).

Oft erschweren aber strenge gesetzliche Vorgaben, wie die Vollsperrung der Straßen, das Ausrichten eines Jedermannrennens. Hinzukommen

die hohen Kosten für Straßensperrungen, die die Veranstalter zu tragen haben.

Das Ansehen des Breiten und Spitzenradsports, sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen verbessert werden

Conclusio

Obwohl es gerade heute, in Zeiten des Klimawandels, sehr wichtig wäre, möglichst wenig Auto zu fahren, wurden die Bedingungen für den Radverkehr in den letzten Jahren kaum verbessert.

Doch um wirkungsvoll etwas für das Klima und für die Gesundheit der Menschen zu tun, muss durch geschickte Werbung das Rad wieder Teil der Alltagskultur werden.

Um möglichst viele Menschen zum Radfahren zu bewegen, ist es wichtig, dass das Radfahren sicher und schnell ist. Dazu muss eine moderne Infrastruktur geschaffen werden.

Die Radfahrer müssen auch rechtlich gestärkt werden: Die Radwegbenutzungspflicht muss ab-

geschafft werden, da Radfahrer auf der Straße von den Autofahrern wesentlich besser wahrgenommen werden und so Unfälle wirkungsvoll verhindert werden können.

Auch müssen Hindernisse, die den Fahrfluss stören beseitigt werden.

Vorgezogene Ampeldruckknöpfe, auch an Radfahrstreifen sind nötig, um eine grüne Welle für Fahrradfahrer zu realisieren.

Des Weiteren muss die Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln möglich und kostenlos sein.

Besonders die Diebstähle müssen verhindert werden, um Radfahren für Jedermann attraktiv zu machen.

Es wäre ebenfalls erstrebenswert, kostengünstige Mieträder überall zu Verfügung zu stellen.

Besonders wichtig ist, dass das Miteinander der verschiedenen Verkehrsteilnehmer im Vordergrund steht, nicht das Gegeneinander.

Wer den Radverkehr attraktiver macht, macht automatisch auch den Autoverkehr attraktiver

Bildung und Familie

Chancengleichheit im Schulsystem

Wenn wir über gleiche Bildungschancen sprechen, wird der Bereich Schule immer ein zentraler Punkt der Diskussion sein. Wenn wir über einzelne Studiengänge, Studienfinanzierung oder Hochschulzugang reden, muss uns immer bewusst sein, dass schon auf dem Weg dahin viele Schülerinnen und Schüler scheitern, die Opfer unseres hochselektiven mehrgliedrigen Schulsystems werden.

Chancengleichheit muss im frühkindlichen Bereich und in der Schule beginnen und sich im weiteren Bildungsverlauf fortsetzen!

Dass die Auswirkungen von Entscheidungen über die Ausgestaltung von Schule großen Einfluss auf die Zukunft der Kinder und damit auf die Zukunft unseres Landes haben, haben die meisten PolitikerInnen zwar mittlerweile begriffen, aber den Worten müssen endlich auch Taten folgen!

Auch in SPD-regierten Bundesländern ist es bislang nicht zur Durchsetzung grundlegender Reformen im Bildungsbereich gekommen, sondern lediglich zu geringfügigen Modifikationen im Sinne einer Symptombekämpfung. Dies lag nicht selten am jeweiligen Koalitionspartner, öfter jedoch an der Hörigkeit gegenüber alter Gymnasialklientel und Eliteinteressen. Der Kampf für ein demokratisches und inklusives Schulsystem – muss Teil unserer Parteistrategie zur Herbeiführung von Chancengleichheit, Solidarität und sozialer Integration bleiben. Unseren Idealen sind wir verpflichtet, nicht partikularen Interessen weniger Privilegierter. Permanente Artikulation und gezielte Durchsetzung unserer Vorstellungen müssen künftig Hand in Hand gehen.

Für ein inklusives Schulsystem

Das vielgliedrige Schulsystem, an dem Deutschland als einziges OECD-Land immer noch vehement festhält, ist erwiesenermaßen hochselektiv. Wenn Kinder mit unterschiedlichen Startvoraussetzungen eingeschult werden, schafft es unser Schulsystem nicht, diese auszugleichen, sondern ganz im Gegenteil, es zementiert und vergrößert die Differenzen. Das hat verschiedene Ursachen:

- Durch den Halbtagsunterricht werden die Kinder benachteiligt, denen die Eltern nicht am Nachmittag bei den Hausaufgaben helfen oder sich teure Nachhilfe leisten können. Länder mit Ganztagsunterricht können beispielsweise eine signi-

fikant höhere Lesekompetenz ihrer SchülerInnen aufweisen als Länder, die nur einen Vormittagsunterricht durchführen.

- Außerdem mangelt es an spezieller Förderung zum Ausgleich sprachlicher Defizite, sowohl in der frühkindlichen Bildung als auch an den Grund- und weiterführenden Schulen.
- Erwiesenermaßen traut das Umfeld Kindern mit Migrationshintergrund und denen aus bildungsfernen Schichten auch weniger zu. Das wirkt sich nachhaltig auf deren Selbstbewusstsein und die schulischen Leistungen aus.

Einer der Hauptgründe für die Selektivität unseres Schulsystems ist die Aufteilung auf die verschiedenen Schulformen nach der 4. bzw. 6. Klasse. Sie ist in keiner Weise objektiv, sinnvoll oder integrierend. Es ist vielfach empirisch belegt, dass bei den in einigen Bundesländern verbindlichen Schullempfehlungen der Grundschulen der soziale Status der Eltern eine wesentliche Rolle spielt. Im Übrigen lassen sich aus den Notenleistungen zehnjähriger Kinder ohnehin kaum ernstzunehmende Prognosen über deren künftiges Entwicklungspotenzial schließen. Elternentscheidungen über die weitere Schullaufbahn sind freilich auch keine Lösung des Problems, da diese sich mehr an der eigenen Möglichkeit zur Unterstützung des Kindes orientieren als an dessen Begabung und Fähigkeiten. Damit wirkt jede Form der frühen Selektion sozial reproduzierend.

Ein weiteres Problem des vielgliedrigen Schulsystems stellt die mangelnde Durchlässigkeit dar. Ist für ein Kind im Alter von gerade einmal zehn Jahren die Entscheidung über die Schulform einmal gefällt, hat es kaum noch eine Chance, später den Sprung auf eine höhere Schulform zu schaffen. Die viel gepriesene Durchlässigkeit unseres Schulsystems besteht, wenn überhaupt, nach unten.

Es ist für uns nicht akzeptabel, dass Bildungschancen immer noch hochgradig von Einkommen und Bildungsstand der Eltern abhängen! Um endlich Chancengleichheit zu erreichen, müssen wir das vielgliedrige Schulsystem durch ein modernes inklusives System ersetzen. Wir Sozialdemokratinnen fordern daher die Gemeinschaftsschule als einzige staatliche Regelschule, an der alle Kinder, unabhängig von Herkunft, sozialer Schicht, Vermögenslage, Behinderungen oder Förderbedarf gemeinsam lernen!

Jedem Kind müssen Chancen und Entwicklungsperspektiven gegeben werden. Eine Stigmatisierung durch die Zuschreibung von Defiziten oder Auffälligkeiten darf es nicht geben, jedes Kind wird in seiner Einzigartigkeit angenommen und gefördert!

Schule ist mehr als reine Wissensvermittlung – Ganztagsunterricht überall!

Schule ist nicht nur ein Lern- sondern auch ein Lebensraum. Aufgabe einer Schule ist nicht nur die reine Wissensvermittlung! Es geht auch um die Vermittlung sozialer Kompetenzen und sozialer Verantwortung, um Persönlichkeitsentfaltung und nicht zuletzt um politische Aktivierung. Um in einer Schule solche Möglichkeiten zu schaffen, braucht man Zeit und Raum.

An einer Ganztagschule können von Kindern vielfältige Angebote wahrgenommen werden. Auch wenn die manche Eltern finanziell nicht in der Lage sind, die teilweise sehr hohen Beiträge von Sportvereinen, Musikschulen, Malkursen oder anderen Freizeitangeboten aufzubringen, sind kostenlose Angebote in der Schule für alle SchülerInnen notwendig.

An einer Ganztagschule müssen Kinder und Jugendliche gesund und ausgewogen ernährt werden. Schulmensen dürfen nicht privat betrieben werden. Hier bietet sich die Möglichkeit, gute Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor zu schaffen.

SozialpädagogInnen und ErzieherInnen können in kleinen Gruppen mit Kindern und Jugendlichen arbeiten und zum Beispiel soziale Projekte begleiten. Und ganz nebenbei können Kinder unterschiedlichster Herkunft und Persönlichkeit, solche mit und ohne Behinderung, das alltägliche Miteinander und Umgehen erleben.

Deshalb fordern wir, dass alle Schulen als Ganztagschulen ausgelegt werden. Dazu gehört für uns aber mehr, als lediglich am Nachmittag ein Freizeitprogramm anzubieten! Um das Ganztagsangebot sinnvoll zu gestalten und Integration zu fördern, müssen neben ausreichendem Lehrpersonal auch mehr ErzieherInnen und SozialpädagogInnen eingestellt und in den Schulbetrieb mit einbezogen werden. Ferner müssen für Verwaltungsaufgaben Verwaltungsangestellte eingestellt werden. Diese Aufgaben dürfen nicht vom Lehrpersonal übernommen werden, dem dann die Zeit für seine eigentlichen Aufgaben (Lehre und Förderung) fehlt.

Unterricht neu gestalten!

Unser vielgliedriges Schulsystem beruht auf der falschen Annahme homogener Lerngruppen. Diese existieren aber, da jeder Mensch individuell

lernt und versteht, weder an Gymnasien, Real- und Hauptschulen, noch an einer Gemeinschaftsschule. Wir müssen in Deutschland endlich weg vom überwiegend lehrerInnenzentrierten Frontalunterricht hin zu anderen Unterrichtskonzepten, die SchülerInnen zentriert und pädagogisch sinnvoller sind. Unterricht muss das Erlernen kritischer Reflexion über Inhalte und die Konstruktion von Wissen, nicht die reine Wissensvermittlung, in den Mittelpunkt stellen. Nur so entsteht auch ein Raum für die Aneignung sozialer und politischer Handlungsmächtigkeit.

Eine Gemeinschaftsschule ist dann nicht sinnvoll, wenn Schülerinnen und Schüler zwar eine Klasse besuchen, aber sofort wieder in Kurse verschiedener Leistungsniveaus eingeteilt werden, in denen dann der gesamte Unterricht stattfindet. Der Schwerpunkt sollte stattdessen auf Binnendifferenzierung liegen.

Für die Inklusion besonderer Menschen in die Regelschule

Bisher werden nur ca. 13% der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung an Regelschulen unterrichtet. Damit liegt Deutschland im europäischen Vergleich weit zurück. Die von Bundestag und Bundesrat zum Jahreswechsel ratifizierte Behindertenrechtskonvention schreibt ein inklusives Bildungssystem vor und verlangt eine Integrationsquote von 80-90%.

Insgesamt wurden 2003 ca. 430.000 Schülerinnen und Schüler an Sonderschulen unterrichtet. Dabei war zwischen 1995 und 2003 ein Anstieg um ca. 10% zu verzeichnen.

Der Sinn der Segregation von Schülerinnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist jedoch zweifelhaft. Rund 77% der FörderschülerInnen bleiben ohne Hauptschulabschluss. Die Möglichkeit eines Wechsels zurück auf die Regelschule ist praktisch stark eingeschränkt. Zugleich ist längst klar, dass sich die Leistungen der Schülerinnen auf Lern-Förderschulen mit längerer Verweildauer verschlechtern. Hingegen erzielen Kinder mit besonderem Förderbedarf, die gemeinsam mit anderen Kindern ohne Förderbedarf lernen und leben, bessere Fortschritte. Letztgenannte verbessern dabei ihre sozialen Kompetenzen, während ihre Schulleistungen stabil bleiben.

Der Gang auf die Förderschule zerstört Selbstvertrauen und hemmt die persönliche Entwicklung. Die inklusive Schule greift individuelle Potenziale auf und fördert soziale wie kognitive Fähigkeiten.

Wir fordern eine rasche Umsetzung des sinnvollen und ethisch gebotenen Ziels, Kinder mit besonderem Förderbedarf, ob mit oder ohne Behinderung, nicht weiter auszugrenzen.

Von einem gemeinsamen Lernen profitieren alle beteiligten SchülerInnen und LehrerInnen:

Kinder lernen den selbstverständlichen und sicheren Umgang mit Behinderungen und besonderen Bedürfnissen. Für SchülerInnen mit Behinderungen und/oder erhöhtem Förderbedarf steigen durch den Besuch einer Regelschule die Bildungs- und Zukunftschancen. LehrerInnen profitieren vom intensiven Austausch mit den Förderlehrern, deren sonderpädagogische Expertise Einzug in die Regelschule erhält.

Sprachprobleme frühzeitig erkennen und beheben

Kinder mit Migrationshintergrund fallen besonders häufig der Selektivität unseres Bildungssystems zum Opfer. Viele kommen aus sozial und finanziell schwachen Familien, hinzu kommen oft Sprachprobleme. Ein großes Problem sind nicht nur mangelnde Deutschkenntnisse, auch die Muttersprache wird häufig nicht richtig beherrscht. Ergebnis ist, dass mittlerweile nur noch jedes vierte (!) Kind mit Migrationshintergrund einen Ausbildungsplatz erhält und sie bei den StudienanfängerInnen deutlich unterrepräsentiert sind. Wir brauchen eine gezielte Sprachförderung sowohl der deutschen als auch der Muttersprache schon im frühkindlichen Bereich und an den Schulen! Eine Maßnahme hierfür ist ein verpflichtendes Kindergartenjahr nach vorheriger Sprachdiagnostik. Dabei muss eine kooperative Vernetzung zwischen Kindergarten und Erziehungsberechtigten stattfinden. Im Ganztagsangebot sollten Kinder und Jugendlichen außerdem verschiedene Kulturen kennen lernen und einen respektvollen Umgang miteinander lernen und erleben.

Individuelle Lernentwicklung ermöglichen!

Der Versuch, Leistungen von Kindern und Jugendlichen durch sechs Ziffern zu bewerten, wird den Bemühungen und Anstrengungen der SchülerInnen meist nicht gerecht. Unser Notensystem missachtet die Heterogenität innerhalb der SchülerInnenschaft und täuscht eine nicht vorhandene Objektivität vor. Wir fordern deshalb eine Bewertung in Form ausführlicher von LehrerInnen und SchülerInnen gemeinsam ausgearbeiteter Lernentwicklungsberichte. Nur so können individuelle Bemühungen und Fortschritte honoriert und Ratschläge für das zukünftige Lernen gegeben werden! Es muss die Entwicklung der/des Einzelnen betrachtet werden, und nicht ihre/seine Leistung im Vergleich zum Rest der Gruppe.

Indem der Fokus auf die individuelle Lernentwicklung gerichtet wird, rücken nicht nur Noten, sondern auch das Sitzenbleiben in ein ungüns-

tiges Licht. Beide sanktionieren abnormes Leistungsverhalten statt individuelle Förderung zu ermöglichen.

Es ist inzwischen mehrfach wissenschaftlich belegt, dass das Wiederholen einer Klasse meistens nicht einmal in den Fächern, die Grund für die Nichtversetzung waren, einen Lernzuwachs bringt. Würden die 850 Millionen Euro, die derzeit bundesweit jährlich für die vielen WiederholerInnen ausgegeben werden, in mehr Personal und eine sinnvollere Unterstützung und Förderung der Schülerinnen und Schüler investiert, könnte man diesen nicht nur deutlich besser helfen, sondern würde auch das persönliche Misserfolgserlebnis des Sitzenbleibens verhindern. Deshalb fordern wir, von Nichtversetzungen auf Grund mangelnder erbrachter Fachleistungen endgültig abzurücken.

Lehrberuf und Lehramtsstudium verbessern!

Eine Neustrukturierung des Schulwesens muss freilich mit einer Reform des Lehramtsstudiums und der Lehrkräfteversorgung einhergehen. Im Zuge der Einführung der inklusiven Gesamtschule fordern wir außerdem, dass das Lehramtsstudium demhingehend geändert wird, dass in Zukunft zwischen Primarlehramt, Jahrgangsstufe 1 bis 6, sowie Sekundarlehramt, Jahrgangsstufe 7 bis 12, unterschieden wird. Das Lehramtsstudium muss das Hauptaugenmerk auf Fachdidaktik, Diagnostik und Förderung legen. Die Lehrkräfte sind regelmäßig und verpflichtend fachlich wie pädagogisch, methodisch-didaktisch fortzubilden und beim Ausbau der eigenen Kompetenzen zu unterstützen. Der Lehrberuf bringt psychische und physische Belastungen mit sich, die durch Supervisionsangebote und personelle Unterstützung an den Schulen abgedeckt werden müssen. Im Zuge einer Neugestaltung des Lehrberufs ist auch der Beamtenstatus abzuschaffen. LehrerInnen sollen künftig als Angestellte im öffentlichen Dienst, mit allen Rechten und Pflichten, tätig sein. Gleichzeitig darf ihr Lohn dabei nicht unter der bisherigen Beamtenbesoldung liegen. Lehrerinnen sollen sich für Lohnerhöhungen einsetzen dürfen. Die Möglichkeit zur Kündigung muss prinzipiell bestehen, falls ihre pädagogische Integrität nachdrücklich in Frage gestellt ist. Bei der Auswahl und Neuanstellung von Lehrerinnen müssen SchülerInnen, LehrerInnenkollegium und Eltern vor Ort gleichermaßen beteiligt werden.

Mehr Geld für die Bildung!

Das vorgeschlagene Konzept ist mit einem chronisch unterfinanzierten Bildungssystem unvereinbar. Zur Finanzierung von mehr Lehr- und

Betreuungspersonal muss mit der deutlichen Ausweitung der Bildungsausgaben endlich begonnen werden.

Für eine einheitliche und bundesweite Bildungspolitik

Das Funktionieren eines solchen Systems hängt wesentlich von seiner politischen Orga-

nisation ab. Die Einführung eines inklusiven Schulsystems muss auf Länderebene beginnen, während gleichzeitig auf einen Kompetenzzuwachs des Bundes in der Bildungspolitik hingewirkt werden muss. Letztlich muss der Bund die Rahmenrichtlinien auch der Schulpolitik vorgeben. In der konkreten Ausgestaltung müssen die Akteure vor Ort größere Spielräume erhalten als bislang.

Solidarisierung mit dem Bildungstreik

Im Sommer und Herbst 2009 fanden in ganz Deutschlands Bildungstreiks statt. Zentrales Ziel ist es für eine andere Bildungspolitik in Deutschland zu kämpfen. Die inhaltlichen Forderungen der SchülerInnen einerseits, der Studierenden andererseits, gehen eng mit den Positionen der Jusos einher. Auch wir setzen uns für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems ein. Stattdessen wollen wir eine Schule für alle. Der sozialen Selektivität und dem lernhinderlichen Leistungsdruck in unserem Bildungssystem muss entgegen gewirkt werden.

Ebenso treten wir für die Abschaffung von jeglichen Bildungsgebühren wie etwa an Hochschulen ein. So scheuen laut einer Studie des Hochschul-Informationssystem (HIS) 77% der Hochschulzugangsberechtigten die kein Studium aufnehmen dieses aus finanziellen Gründen. Studiengebühren halten finanziell Schwächere von der Aufnahme eines Studiums ab. Es ist originäre Aufgabe des Staates für eine ordentliche Finanzierung von

Bildung zu sorgen. Bildung darf nicht privatisiert werden!

Ebenso wollen wir eine Demokratisierung des Bildungssystems. So müssen SchülerInnen endlich echte Mitbestimmungsrechte an ihren Schulen bekommen. Dazu gehört auch, dass die Wahrnehmung des demokratischen Grundrechtes auf freie Meinungsäußerung, wie zum Beispiel die Teilnahme an einer Demonstrationen, nicht zu Disziplinarmaßnahmen gegen SchülerInnen führen darf. Die Studierenden haben zwar schon Mitbestimmungsmöglichkeiten, die jedoch deutlich noch ausgebaut werden müssen. So haben wir in Bayern bis heute keine Verfasste Studierendenschaft.

Trotz der massiven Protest hat sich leider noch nicht viel bewegt. Daher gehen die Proteste gegen eine neoliberale und elitäre Bildungspolitik auch 2010 in Deutschland weiter. Die Jusos erklären sich mit dem Bildungstreik solidarisch und unterstützen den für 2010 erneut geplanten Bildungstreik.

Position, Programm und Partei

Für eine nachhaltige Zukunft – von links gestaltet

Der Mensch hat stets in seine Umwelt eingegriffen, sie gestaltet und geprägt. Doch der Eingriff des Menschen in die Natur hat mit wachsenden technischen Möglichkeiten und steigendem, ungezügelmtem Verbrauch der Ressourcen, insbesondere durch die entwickelten Industrienationen, ein Maß erreicht, an dem er die Lebensgrundlage aller bedroht.

Das wir eine umfassende Energiewende brauchen, sollte unumstritten sein. Es geht dabei nicht nur um Naturschutz oder Moral, sondern darum, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu retten und eine soziale und wirtschaftliche Zukunft, nicht nur für Deutschland, zu erreichen. Gerade wir, als Jusos, müssen uns bewusst sein, dass die Folgen des Klimawandels zuerst die Menschen treffen, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Deshalb müssen wir handeln. Und zwar jetzt.

Mittlerweile haben sich die meisten Parteien den Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben – es ist nicht sozial und links, für eine Energiewende zu sein, sondern wer links ist, muss für eine Energiewende stehen und für deren Ausgestaltung, besonders auch im sozialen Sinne, eintreten. Wir wollen weg von einer Symbolpolitik, hin zu konkreten Maßnahmen, die bei den Menschen ankommen und Wirkung zeigen. Das ist schwierig, vor allem wenn Lobbyisten aus verschiedensten Branchen versuchen den Klimawandel klein zureden. Dass der Klimawandel stattfindet und von Menschen verursacht ist, dürften nur noch die Wenigsten abstreiten, dennoch bleiben konkrete Maßnahmen aus. Kein Wunder, wenn sogar Firmen wie Shell, Vattenfall und Lufthansa in groß angelegten Werbekampagnen versuchen uns von ihrer „Grünen Seite“ zu überzeugen.

Aber ein Wandel ist nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Notwendigkeit. Deutschland als rohstoffarmes Land hat immer auf Forschung und Technik gesetzt, und muss dies unweigerlich auch in Zukunft tun. Dabei dürfen allerdings die verschiedenen Regionen nicht nach dem kapitalistischen Prinzip gegeneinander ausgespielt werden, sondern sie müssen sich sinnvoll gegenseitig ergänzen. Und nur so hat auch die Sozialdemokratie eine Zukunft – jetzt ist die Zeit für neue Investitionen in Forschung und Wissenschaft. Nur wenn wir diese Chance jetzt wahrnehmen, haben unsere sozialen Sicherungssysteme

wieder eine Zukunft. Der Wandel muss auf allen Ebenen statt finden, wir brauchen ein Umdenken in der Gesellschaft. Diesen erreichen wir nicht mit Appellen oder Moral, diesen erreichen wir nur mit viel Aufklärung, Fördermaßnahmen und starkem politischem Willen. Der Wandel geschieht nicht über Nacht, deshalb müssen wir ihn jetzt beginnen.

Einsparmöglichkeiten und Effizienz

Bevor wir über Energieproduktion und -nutzung nachdenken, müssen wir uns über Effizienz und Sparpotentiale Gedanken machen. Jede/r kann im privaten Haushalt Energie sparen. Das hilft sowohl den BürgerInnen selbst, weil sie Geld sparen, als auch dem Klima. Wenn private Haushalte weniger Energie verbrauchen, darf dabei aber nicht an Lebensqualität gespart werden. Ziel ist es, unnötig verbrauchte Energie zu vermeiden, das kann sowohl über moderne Elektrogeräte geschehen, wie auch über energetische Gebäudesanierung, mit der bis zu 50% der Heizenergie gespart werden können.

Hier ist es Aufgabe des Staates, BürgerInnen zu unterstützen. Einerseits mit Aufklärungskampagnen zur Energie- und Wasserverbrauchsoptimierung, um ein ökologisches Bewusstsein zu fördern, andererseits mit finanzieller Unterstützung. Hier gilt es weitere Förderprogramme, beispielsweise für Sanierung und Photovoltaik oder Brauchwassernutzung, einzuführen. Bund, Länder und Kommunen sollen hier als Vorbild fungieren und öffentliche Gebäude mit modernen Anlagen ausstatten. Wichtig ist, dass alle Kommunen hierbei mitziehen, das heißt weniger finanzkräftige Gemeinden müssen unterstützt werden. Oft rechnen sich Modernisierungsmaßnahmen erst nach einigen Jahren und sind in der Anschaffung sehr kostenintensiv, was bei vielen VerbraucherInnen ausschlaggebend ist. Hier müssen Förderprogramme, wie auch günstige Kreditoptionen greifen. Zusätzlich ist es sinnvoll, Informationsmaterial und Kostenaufstellungen zur Verfügung zu stellen. Das vom DGB mitentwickelte Konzept eines Energiesparfonds zur Unterstützung bei der Erschließung von Energiesparpotentialen unterstützen wir. Möglich wäre auch ein niedrigerer Mehrwertsteuersatz für bestimmte Produkte. Sozial Benachteiligte gilt es

zusätzlich zu den Regelsätzen, mehr als bisher, bei der Anschaffung von effizienteren Geräten zu unterstützen. Schließlich sind es Einkommensschwache, die am meisten unter hohen Energiekosten leiden. So werden sie entlastet und Unternehmen bekommen zusätzlich Anreize effizientere Produkte herzustellen. Auch gesetzliche Regelungen, bei Neubauten oder Sanierungen erhöhte Standards bezüglich Energieverbrauch festzulegen, tragen erheblich dazu bei Energie einzusparen und ein Umdenken zu beschleunigen. Bei der energetischen Gebäudesanierung darf insbesondere sozial geförderter Wohnungsbau nicht zu kurz kommen, damit die Mietnebenkosten in Zeiten steigender Energiepreise auch für Einkommensschwache bezahlbar bleiben. Selbstverständlich dürfen Kosten für energetische Sanierung nicht auf Mietern umgelegt werden, da sonst die MieterInnen durch Sanierungsmaßnahmen benachteiligt würden.

Das Modell eines Energieeffizienztarifs halten wir für sinnvoll. Hierbei zahlt jedeR einen sozial verträglichen Fixpreis für die Sicherung der Grundversorgung, z. B. 500 kWh pro Kopf und Jahr, darüber hinaus gehender Bedarf ist preislich progressiv ansteigend. So ist ein Anreiz für geringeren Verbrauch gegeben und die energetische Grundversorgung ist zu einem sozialverträglichem Preis gewährleistet. Sollte sich dieses Modell auch in der Praxis bewähren, fordern wir eine gesetzliche Verpflichtung kommunaler und privater Energieversorger einen derartigen Tarif anzubieten.

Menschen zu Verzicht und Sparsamkeit aufzufordern, wird keinen Erfolg haben, wenn sie dadurch einen Teil ihrer Lebensqualität einbüßen müssen. Natürlich soll jedeR seinen/ihren kleinen Teil für die Gesamtheit leisten und Energie nicht sinnlos verschwenden, ein ökologisches Bewusstsein ist gut und wichtig. Trotzdem muss der Staat zusätzlich dafür sorgen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben ökologisch verträglich zu leben, ohne an Lebensqualität zu verlieren.

Effizienzmaßnahmen sind in allen Bereichen möglich, in besonderem Maße jedoch in der Industrie. Hier können wir nicht warten, bis Unternehmen effizientere Technologien von selbst umsetzen, sondern müssen mit gesetzlichen Vorgaben auf eine schnellere Umsetzung drängen. In diesem Zuge können auch Vorgaben für eine Verwendung von nachhaltigen Rohstoffen gemacht werden. Ziel ist nachhaltige Produktion auch zur wirtschaftlich rentabelsten zu machen.

Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft

Wenn wir hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik wollen, müssen wir unsere Lebens- und Produktionsweisen umstellen. Das funktioniert aber nur mit einhergehenden konsequenten

technologischen Fortschritten. Eine ökologische Forschungs- und Industriepolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung, die nicht von einigen wenigen alleine getragen werden kann. Durch die beiden momentanen Krisen, die Klima- und die Finanzmarktkrise, reagieren VerantwortungsträgerInnen sehr unterschiedlich. Während manche versuchen die Strategien zur Überwindung beider Krisen zu verknüpfen, was richtig und sinnvoll ist, gibt es andere, die Klimaschutzmaßnahmen mit Rücksicht auf die ohnehin schon angespannte Wirtschaft auf ein Minimum reduzieren wollen. Das ist der falsche Weg. Wirtschaftlich notwendige Investitionen müssen gerade jetzt mehr den je auf einen ökologischen Strukturwandel hinwirken – ohne diese Synergien lässt sich keine von beiden Krisen bewältigen. Wir brauchen wieder eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte einhergehend mit Investitionen in Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit.

Wir wollen keinen industriellen Rückbau, sondern eine ökologische Weiterentwicklung der Industrie, in der ökonomische Rentabilität und ökologische Nachhaltigkeit keine Gegensätze sind, die gegeneinander ausgespielt werden, sondern sich gegenseitig bedingen. Ein nachhaltiger Energiewandel ist realistisch und er ist nötig, damit Energie privaten Haushalten und Unternehmen durchgehend zur Verfügung steht. Er schafft neue Arbeitsplätze zum Wohle der Menschen und nicht für kurzfristige Profite. Wir wollen unseren heutigen Lebensstandard erhalten und ausbauen, und das nicht auf Kosten anderer.

Wachstum und Energie- oder Ressourcenverbrauch müssen entkoppelt werden. Wir können in diesem Punkt nicht auf die Industrie warten, die Bundesregierung muss gezielt Anreize und gesetzliche Verpflichtungen schaffen, die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen und dazu zu bringen aktiv in nachhaltige Herstellungsprozesse und Produkte zu investieren. Wir unterstützen Top-Runner-Modelle, welche effiziente Produkte automatisch nach einiger Zeit als Standard festlegen. Um hierbei erfolgreich zu sein, bedarf es einer kontinuierlichen Modernisierung bestehender Wirtschaftszweige, zudem müssen neue Technologien, auch unabhängig von staatlicher Seite aus, gefördert werden. Neue und innovative Produkte sind aber nicht zwangsläufig optimal. Hier dürfen wir uns nicht von großen Effizienzwerten blenden lassen, sondern müssen nach wie vor strenge Qualitätsmerkmale fordern und dementsprechend neue Produkte daraufhin prüfen.

Wir wollen keine Steuervergünstigungen für nachhaltige Produktionsanlagen, diese sollten bald selbstverständlich sein, sondern Sanktionen für nicht eingehaltene Nachhaltigkeitsstandards. Mit dem Ziel eines emissionsarmen Wirtschaftens setzen wir uns für eine Besteuerung von Emissionen ein. Eine Besteuerung ermöglicht gesetzli-

che Festlegungen, in welchen Bereichen Steuern angesetzt werden und es können ohne Probleme die Steuersätze regelmäßig angepasst werden. Wir wollen das System nicht (zumindest nicht national) ausbauen, das es nicht sein kann, dass aus Schadstoffen ein Marktwert geschaffen wird, der frei gehandelt wird. Dies ist in unseren Augen nicht der richtige Anreiz um eine stetige Verbesserung von Industrieanlagen zu etablieren – nach dem Motto „Wer viel verdient, kann auch viel emittieren.“ Es ist höchst fraglich, ob man „Umweltverschmutzung“ einfach verkaufen sollte. Ein Problem ist, das es bisher keine ausreichende Überprüfung und Sanktionierung von Verstößen oder Missachtung des Emissionshandels gibt, hier gibt es, wie in der Umsetzung des gesamten Emissionshandels, Nachholbedarf.

Nachhaltige Energieerzeugung

Zentraler Punkt einer Energiewende ist die vollständige Umstellung auf regenerative Energien in allen Bereichen. Nur Energie aus erneuerbaren Rohstoffen ist nachhaltige Energie. Dieses Ziel ist ambitioniert, aber grundlegend für eine moderne Gesellschaft mit Zukunft. In den letzten Jahren hat sich der Anteil erneuerbarer Energien in unserem Energiemix nur minimal erhöht – hier muss in den nächsten Jahren mehr passieren. Wir wollen noch in dieser Hälfte des Jahrhunderts unser Ziel eines zu 100% aus erneuerbaren Energien gespeisten Energiemixes erreichen und fossile Energieträger damit völlig ersetzen. Es bestehen erhebliche ungenutzte Potentiale, die vor allem mit Forschung in den Bereichen Wirkungsgrade und Speichertechnologien noch ausgebaut werden können.

Die Nutzung erneuerbarer Energien ermöglicht eine regionale, dezentrale Energieproduktion, bei der viele kleiner Erzeuger ein Netzwerk bilden, sogenannte Verbundnetze. So kann Strom und Wärme effizient durch kurze Transportwege, bedarfsgerecht, kostengünstig und sicher produziert werden. Zusätzlich können diese Netzwerke durch Großanlagen, wie zum Beispiel Solarenergieanlagen oder Off Shore Windparks, je nach Standortgegebenheiten, ergänzt werden. Die nachhaltige Energiegewinnung in Großanlagen steht gerade am Anfang ihrer Entwicklung und bietet noch viel Potential. Unser Ziel ist es, den fossil-atomaren Energiemix durch einen Nachhaltigen zu ersetzen. Hierbei gibt es viele Möglichkeiten, in die es sich lohnt zu investieren.

Windenergie ist sauber, leistungsstark und überall verfügbar. Entgegen der Meinung vieler, sind moderne Windkraftanlagen auch sehr leise. Windkraftanlagen in besiedelten Gebieten sind mit großem Augenmaß zu planen und zu bauen. Die Frage nach einer neuen Umweltbelastung muss eine Rolle spielen. Repowering, das

entspricht im Grunde einer Modernisierung und Überholung älterer Kraftwerke, hat sich in den vergangenen Jahren vor allem im Bereich der Windenergie bewährt, so kann zum Beispiel mit der halben Windenergieanlagenzahl, nach entsprechenden Maßnahmen, doppelt so viel Energie erzeugt werden. Repowering kann darüber hinaus aber auch in anderen Bereichen sinnvoll sein. So können beispielsweise alte Kohlekraftwerke durch Gasheizkraftwerke, mit weitaus höheren Wirkungsgraden, ersetzt werden.

Auch Energie aus Wasser ist meist umweltfreundlich und kann einen hohen Effizienzgrad erreichen. Viele der potentiellen Standorte für Wasserkraftanlagen in Deutschland sind allerdings schon genutzt, könnten aber durch Modernisierungen noch verbessert werden. Hier sind wir auch für eine kritische Überprüfung und gegebenenfalls schonende Erneuerung von denkmalgeschützten Anlagen. So könnte beispielsweise das Walchenseekraftwerk sehr viel mehr Energie produzieren, die Anlagen dürfen jedoch nicht modernisiert werden.

Die Geothermie ist ebenso unerschöpflich, wie umweltfreundlich, viele Experten allerdings setzen nicht zu viel Hoffnung in diese Technik, da zum einen die Temperaturtiefezunahme und zum anderen der Wärmestrom in vielen Gebieten zu gering sind. Auch besteht die Gefahr von Erderschütterungen, wie sie jüngst in der Schweiz auftraten. Es gibt aber auch in diesem Gebiet noch einiges an Potential, wofür sich Forschungsinvestitionen lohnen. Wichtig ist es, wie bei allen Technologien, dass regionale Potentiale sinnvoll genutzt werden.

Biomasse ist bei uns zum Teil sehr umstritten, gerade wegen moralischer Aspekte. Wir wollen nicht, dass bei uns aus essbaren Rohstoffen Energie erzeugt wird, während überall auf der Welt Menschen Hunger leiden. Das Beispiel des durch Importe der USA stark überhöhten Maispreises in Mexiko, zeigt die möglichen negativen Konsequenzen. Nichts einzuwenden ist hingegen gegen die sogenannte Biomasse der zweiten Generation. Hier werden Biogasanlagen aus Haushaltsabfällen, Holzresten und Stroh gespeist – besonders sinnvoll ist hier die Verbindung mit dem Fernwärmenetz zur regionalen Versorgung. Diese verwertbaren Stoffe sind natürlich nicht unbegrenzt verfügbar, deshalb fordern wir ein Zertifizierungsverfahren, welches eine transparente Herkunft der Biomasse garantiert und beispielsweise Biomasseimporte aus Tropenländern verhindert. So kann die Biomasse, eben soweit vorhanden, genutzt werden, Ausbeutung auf Kosten Anderer wird aber verhindert.

Unsere wichtigste Energiequelle ist nach wie vor die Sonne. Sie ist unerschöpflich, überall verfügbar und mit modernen Anlagen, sogar auch schon bei bewölktem Himmel nutzbar. Im Be-

reich der Sonnenenergie gibt es Photovoltaik, was besonders für die kleinräumige, dezentrale Energieerzeugung geeignet ist, und Großanlagen, beispielsweise solarthermische Kraftwerke, wie Parabolrinnenkraftwerke, die in der Regel einen deutlich höheren Wirkungsgrad erreichen, als vergleichbare Photovoltaikanlagen.

Den Wandel gestalten

Für den Übergang in ein solares oder nachhaltiges Zeitalter können wir bei der Grundlastversorgung kurzfristig noch nicht auf fossile Energieträger verzichten, da es sonst zum einen zu Versorgungsengpässen und zum anderen zu sprunghaften Preissteigerungen kommen könnte. So lange müssen wir bestehende Kraftwerke hinsichtlich Effizienz, Sicherheit und Co₂-Ausstoß konsequent überwachen und modernisieren. Umwandlungen in Niedrig-Emissionskraftwerke, Fernwärme, Verbindungen mit Kraftwärmekopplung oder allgemein optimierte Anlagentechnik sind vorübergehend Ergänzungen zur besseren Nutzung fossiler Energieträger.

Auch Blockheizkraftwerke sind mögliche Übergangslösungen, da sie einen höheren Wirkungsgrad als Großkraftwerke haben und bei zu großer Entfernung zu einem größeren Kraftwerk Energieerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung für regionale Bereiche möglich wird. Die bei der Stromproduktion entstehende Wärme kann sofort als Heizenergie eingesetzt werden. Das sind jedoch alles nur kurzfristige Lösungen, eine langfristige Investition in fossile Energieträger wäre allenfalls eine scheinsoziale Maßnahme um Arbeitsplatzverluste, vor allem in der Kohleindustrie, noch einige Zeit hinauszuzögern. Bezieht man jedoch gesamtwirtschaftliche Effekte mit ein, können bei einer Umstellung auf regenerative Energien bis 2020, 500 000 neue Arbeitsplätze entstehen – bis 2030 rechnet man sogar mit 800 000 in diesem Gebiet.

Kohle ist für uns nicht zukunftsfähig. Auch die Technologie der Co₂ Sequestrierung, auch CCS genannt, lehnen wir Jusos ab. Diese Technik ist wenig erforscht, risikoreich und bietet keine Lösung für den Umgang mit Co₂. Mit der unterirdischen Lagerung von Kohlenstoffdioxid, wird ein neues gefährliches Endlagerproblem geschaffen, hinzu kommt, dass auch Kohle, die derzeit für CCS hauptsächlich im Gespräch ist, nur in begrenzten Mengen verfügbar ist. Wir wollen eine Umgestaltung des Energiesektors – die weitere Subvention von Kohle ist ein klarer Widerspruch dazu.

Das Konzept der SPD „Weg vom Öl“ ist richtig, aber nicht neu. So wurde diese Grundrichtung schon auf dem Parteitag in Hamburg 1977 beschlossen - passiert ist seit dem wenig. Die SPD setzt auf einen Stufenplan zur Umstellung auf regenerative Energien, doch bis 2020 35% des Stroms

aus erneuerbaren Energien ist uns zu wenig. Auch der Anteil bei Wärme, welcher auf 20% erhöht werden soll, ist unserer Meinung nach wenig ambitioniert und muss erhöht werden. Wir sind für ehrgeizige Zielsetzungen, die erfüllbar sind, aber Anstrengungen erfordern. An diesen wollen wir festhalten, auch wenn sich andere Staaten weniger ehrgeizige Ziele setzen.

Am Atomausstieg halten wir fest. Er wurde unter Rot-Grün demokratisch beschlossen und dabei muss es auch bleiben. Es gibt keine schlüssigen Argumente für Atomkraft. Sie ist weder sicher und sauber, noch billig oder unerschöpflich. Jüngste Störfälle, wie in Krümmel, sind keine Einzelfälle und zeigen, dass es auch in deutschen Atomkraftwerken immer zu Zwischenfällen kommen kann.

Der deutsche Atomausstieg muss Vorbild für unsere Nachbarn sein, solange wir Atomstrom nutzen, können wir keine Kritik an Anderen üben. Auch Verfahren wie die Kernfusion können mittelfristig noch keine Lösung für Energieerzeugungsprobleme anbieten und tragen deshalb zur konkreten Lösung der anstehenden Probleme nicht bei. Seit vielen Jahren wird die Kernfusion als Lösung hoch gehalten, die Forschung in diesem Bereich ist allerdings nach lange nicht so weit, dass sich eine Investition lohnen würde.

Wir fordern die Bundesregierung auf, Atomkonzerne dazu zu verpflichten, die Kosten für Atom-mülltransport und -lagerung selbst zu tragen. Kostengünstig kommt Atomstrom nur bei den VerbraucherInnen an. Die Atomenergie ist massiv gefördert und unterliegt keiner Versicherungspflicht, wie andere Kraftwerke. Keine Versicherung der Welt würde ein Atomkraftwerk versichern und das hat Gründe.

Energie für alle

Energie muss für alle bezahlbar sein, aber derzeit kommen bei den VerbraucherInnen hauptsächlich steigende Preise an. Daher treten wir für eine Preisregulierung ein, die spekulationsbedingte Preissteigerungen unterbindet. Das Monopol der großen Energiekonzerne muss gebrochen und die wirtschaftliche Eigentätigkeit der Kommunen im Bereich Energie gestärkt werden. Schon jetzt gibt es erste Musterbeispiele „autarker“ Kleinstädte – diese, oder auch unabhängige Verbundnetzregionen, sollen mehr werden. Die Handlungsspielräume der Stadtwerke müssen erhalten oder ausgebaut werden, und nicht weiter beschnitten werden, wie das mancherorts der Fall ist. Die Re-kommunalisierung von Stadtwerken, soweit nicht in öffentlicher Hand, ist ein wichtiger Schritt hierfür. Mit kommunalen Stadtwerken ist eine zuverlässige, dezentrale Energieversorgung möglich, die sich an lokale Gegebenheiten anpasst. Nur durch demokratisch kontrollierte Stadtwerke kann, bei

entsprechenden Rahmenbedingungen, Preisstabilität garantiert werden.

Wir Jusos fordern die Energienetze endlich in öffentliche Hand zu überführen und damit die Dominanz der vier großen Energiekonzerne einzuschränken, denn nur so haben auch neue Anbieter Zugang zu den Netzen und ein fairer Wettbewerb kann entstehen. Die bisherige Verwaltung der Netze über die großen Energieanbieter schadet der Energiesicherheit, dem Preisniveau und dem Klimaschutz. Zudem ist die Modernisierung der Stromnetze längst überfällig – in den Ausbau und in Netzsicherheit wurde in den letzten Jahren nicht genug investiert und damit die Versorgungssicherheit gefährdet. Um die Verwaltung der Netze neutral und fair zu gestalten sind wir für die Gründung einer unabhängigen Netzgesellschaft, deren mehrheitliche Anteile der öffentlichen Hand unterstellt sind. Kontrolliert werden soll diese Netzgesellschaft von der Bundesnetzagentur und der Bundesregierung.

Doch das sind für uns nur erste Schritte. Für uns gehört Energieversorgung zur öffentlichen Daseinsvorsorge, welche nicht von privater Hand übernommen werden darf. Daher stehen wir für ein Aufbrechen des derzeitigen Monopols und eine Vergesellschaftung der Energieproduktion. Verantwortung für so essentielle Grundbedürfnisse darf nicht in den Händen der rein profitorientierten privaten Energiewirtschaft liegen. Ziel ist für uns ein europäisches Energienetz und eine Gewährleistung sauberer und sicherer Energie zu jeder Zeit. Bis dahin sind wir für eine zügige Modernisierung und einen Ausbau der europäischen Verbundnetzstrukturen. Dadurch werden auch die Bedingungen für eine dezentrale Energieversorgung aus erneuerbaren Energien verbessert.

Klimafreundliche Mobilität

Mobilität ist eine der Grundvoraussetzungen einer freien Gesellschaft und ein Grundrecht aller Menschen. Sie trägt aber auch durch Treibhausgasemissionen maßgeblich zur Klimaerwärmung bei. Deshalb müssen Verkehr und Mobilität besser organisiert werden. ÖPNV und Bahn sind mit die effizientesten Transportmittel, die wir weiter ausbauen wollen. Dazu gehört eine Ausstattung mit modernen und umweltschonenden Antriebstechniken, ein möglichst flächendeckender Ausbau, wo benötigt, und sozial verträgliche Tarife, die Mobilität für alle bezahlbar machen, aber keinesfalls eine Privatisierung - weder des ÖPNV, noch der Bahn. Daran halten wir langfristig fest. Darüber hinaus muss der ÖPNV steuerlich spürbar besser gestellt werden. Im Schienenverkehr steckt noch Potential, besonders was den Warentransport betrifft kann noch viel auf die Schiene umgelagert werden. Wir sind uns durchaus bewusst, dass

ÖPNV kein Ersatz für Individualverkehr ist, deshalb gilt es auch hier die schädlichen Auswirkung auf ein Minimum zu begrenzen. Besonders in Städten muss Fahrradverkehr mindestens gleichberechtigt neben motorisiertem Individualverkehr und ÖPNV stehen. Dazu gehören gut ausgebaute Fahrradwege genauso, wie ausreichend Abstellplätze.

Das Auto ist nicht nur einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren Deutschlands, es ist für viele Identifikations- und Freiheitssymbol. Doch damit Kraftfahrzeuge Zukunft haben, müssen Unternehmen umdenken. Emissionseinsparungen haben bislang kaum eine Rolle gespielt und auch die Optimierung des Kraftstoffverbrauch wurde nicht so vorangetrieben, wie das der Fall hätte sein können. Und dabei geht es nicht nur um Umweltschäden, sondern vor allem um soziale Aspekte, schließlich werden Kraftstoffe immer teurer, was vor allem GeringverdienerInnen trifft. Auch die Forschung in Richtung Wasserstoff als Antriebsmittel ist voran zu treiben. Ein großes Problem hierbei ist, dass die Herstellung von Wasserstofftreibstoff noch zu energieaufwendig ist. Hersteller müssen dazu verpflichtet werden, sich an strenge Auflagen, die zunehmend verschärft werden, zu halten.

Der motorisierte Individualverkehr hat nur Zukunft, wenn wir in Elektroautos investieren – diese sollen Benzinfahrzeuge in den nächsten Jahren vollständig ablösen und durch regenerative Energien gespeist werden. Eine entsprechende Infrastruktur muss dafür natürlich aufgebaut werden. Hybridfahrzeuge sind für uns daher nur ein erster positiver Schritt. Effiziente und sparsame Fahrzeuge dürfen nicht teurer als ein vergleichbares Benzinauto sein – nur so ist eine Umstellung auf Elektroautos möglich. Auch in Biokraftstoffen sehen wir keine zukunftssträchtige Lösung. Allenfalls können sie, unter bestimmten Bedingungen, als Übergangslösung fungieren.

Weiterhin sind wir für eine Kfz-Besteuerung nach dem CO₂-Ausstoß für alle Kraftfahrzeuge ab Baujahr 2000. Der notwendige schnelle Wandel darf auch hier nicht auf Kosten der Einkommenschwächeren stattfinden, deshalb sind wir für eine stufenweise Umstellung der Kfz-Besteuerung. Verbesserungen im Bereich der LKWs sind ebenso essentiell, einen Anreiz hierfür kann eine Mautgebühr sein, die sich nicht nur nach Achszahl und Gewicht richtet, sondern sich auch an CO₂-Ausstoß orientiert. Die geplante Senkung des verpflichtenden DurchschnittsCO₂-Ausstoßes von Neuwägen in den nächsten drei Jahren auf höchstens 120g/km festzulegen, ist ein guter Schritt, der aber auch nach und nach entsprechend aktualisiert werden muss.

Der Luftverkehr ist wichtig für Deutschland, trotzdem kann er nicht weiter in diesem Maße subventioniert werden.

Klimawandel global

Der Klimawandel ist ein globales Problem, dem nur mit internationaler Kooperation entgegenge wirkt werden kann. Die Folgen der Erderwärmung werden uns in Statistiken oder Katastrophenberichten immer wieder vor Augen geführt – trotzdem bleiben angemessene Maßnahmen aus. Wir in Europa wurden von den Veränderungen bislang größtenteils verschont. Bei uns kommen hauptsächlich steigende Energie-, Nahrungs- und Rohstoffpreise an, doch auch das nicht in dem Maße, dass wir aufwachen und dem Klimawandel aktiv entgegen treten.

Extreme Wetterereignisse überall nehmen zu, ganze Ökosysteme leiden und die Biodiversität nimmt stetig ab. Es steigt nicht nur der Meeresspiegel und bedroht damit ganze Länder, auch Dürren und Wassermangel sind Folgen, die sich in Zukunft immer weiter verschärfen werden. Hungersnöte, beispielsweise durch Verödung vormals fruchtbarer Flächen, Wassermangel und Naturkatastrophen stellen Menschen vor existenzielle Fragen und Flüchtlingsströme resultieren. Darauf müssen wir in Europa entsprechend reagieren. Wir müssen Klimawandel so weit wie möglich bremsen und Vorsorgemaßnahmen treffen.

Das Ziel die globale Erderwärmung auf maximal 2° Celsius zu beschränken ist ein wichtiger und richtiger Schritt – doch dieser muss auch aktiv umgesetzt werden und zwar je früher, desto besser. Dabei müssen Europa und Deutschland die Vorreiterrolle übernehmen. In den Kampf gegen den Klimawandel müssen möglichst viele Staaten miteinbezogen werden, ganz besonders aber müssen die westlichen Industrienationen als Hauptverursacher der Klimaerwärmung sich an den Veränderungsprozessen beteiligen. Der Klimawandel wird sich in Zukunft durch die industriellen Aufholbestrebungen der Schwellen- und Entwicklungsländern noch beschleunigen.

150 Jahre industrielle Naturausbeutung durch die westlichen Industrienationen haben gravierende Schäden hinterlassen und dürfen sich nicht wiederholen, deshalb sind die Industriestaaten gefordert ärmere Länder zu unterstützen, ihnen neuste Technologien nicht vorzuenthalten und vor allem keinen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf zu provozieren. Vereinbarte Zielsetzungen sind keine Machbarkeitsgrenzen, sondern lediglich Mindestverpflichtungen, die weit unterschritten werden können – auch hier ist es Europa und insbesondere Deutschland, das zum Vorbild werden soll und Ziele größtmöglich übertreffen soll.

Wir brauchen verbindliche völkerrechtliche Vereinbarungen zur Intensivierung des Klimaschutzes mit einem einhergehenden Sanktionskatalog. Der Klimawandel betrifft jetzt schon viele direkt, doch es werden immer mehr. Eine Umkehr ist bereits nicht mehr möglich, doch wenn wir jetzt handeln, können wir die schlimmsten Folgen vielleicht noch

verhindern.

Die 15. Klimakonferenz der UN, welche im Dezember 2009 in Kopenhagen stattgefunden hat, ist gescheitert. Trotz der dringenden Notwendigkeit ein Folgeabkommen für das im Jahr 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zu unterzeichnen, konnten sich die Delegierten der verschiedenen Staaten nicht auf wirklich wirksame Maßnahmen einigen. Nichtsdestotrotz fordern wir die Bundesregierung weiterhin eindringlich auf, sich aktiv für ein Folgeabkommen mit ehrgeizigen und verbindlichen Treibhausgasemissionszielen einzusetzen. Dieses Abkommen soll unter anderem Lösungen zur Einbeziehung der Entwicklungs- und Schwellenländer in den Klimaschutz, ohne deren Entwicklung zu behindern, erhöhte Finanzausstattung des Klimafolgenfonds und verbesserte Mechanismen für den Emissionshandel bieten. Deutschland soll sich klar zum Klimaschutz positionieren und eine aktive Vorreiterrolle übernehmen.

Die nachhaltige Umgestaltung der Industrieländer wird schwierig, doch sie ist machbar, wenn der Wille da ist. Um einiges schwieriger wird, es die Bedürfnisse aufstrebender Wirtschaftsregionen mit dem Klimaschutz zu verbinden. Das Wachstumspotential dieser Regionen darf nicht gefährdet sein, daher müssen die Voraussetzungen in den Industrienationen geschaffen werden. Der EU kommt dabei eine besonders wichtige Rolle zugute. Sie muss nicht nur neue Anstrengungen anregen, sondern auch mit gutem Beispiel vorangehen.

Dabei sind auch Vereinbarungen im kleinen Rahmen wichtige erste Schritte. Innovationen und neue technische Möglichkeiten der Energieproduktion und des -transports müssen auch anderen Staaten zu Verfügung gestellt werden, es kann nicht sein, dass in Technologien, die hier bereits als veraltet angesehen werden, anderorts noch investiert wird und umgekehrt. Gerade die, die es sich nicht leisten können, selbst in Forschung zu investieren, müssen auch an technologischen Fortschritten teilhaben können. Deshalb müssen auch beim Technologietransfer Fortschritte gemacht werden. Hier muss Konkurrenzdenken überwunden werden, schließlich geht es um Probleme, die uns alle betreffen. Gerade die Regionen die am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, sind in vielen Fällen nicht Verursacher dessen und haben kaum ausreichend Mittel um auch nur die schwerwiegendsten Folgen abzumildern. Hier ist die internationale Solidarität gefragt – denkbar wäre beispielsweise ein Ausbau des internationalen Klimafolgenfonds der UN, in den Verursacher proportional zu ihren Emissionen einzahlen.

Deutschland und Europa sollen Klimavorbilder werden. Wir wollen Vorreiter bei der Emissionsverminderung sein, wir müssen Grenzwerte nicht nur stetig verschärfen, sondern wir wollen bereits bestehende Verpflichtungen übertreffen – nur so können wir auch von Anderen Taten einfordern.

Appelle sind nicht genug, der moralische Zeigefinger, muss von klaren wirtschaftlichen und sozialen Argumenten abgelöst werden. Die Absichten der SPD die Treibhausgasemissionen Deutschlands bis 2020 gegenüber 1990 um mindestens 40% zu senken sind ein guter Schritt, doch dies ist lediglich ein Minimalwert, das eigentliche Ziel muss weit darüber liegen.

Darüber hinaus ist auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Strömungen und NGOs aus Bereichen der Umweltpolitik sinnvoll. Nur als glaubwürdige Partnerin an der Seite von ökologisch-engagierten Menschen werden wir als SPD in diesem Themenfeld auch stärker in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen.

Deutschland ist schon in vielen Gebieten, wie beispielsweise Effizienz-, Recycling- und Biotechnologien, gut aufgestellt – das Deutsche Institut für Wirtschaft sieht eine steigende Nachfrage nach innovativen Produkten zu Förderung von erneuerbaren Energien, so wird sich das weltweite Umsatzpotential in den nächsten zehn Jahren schätzungsweise auf etwa 300 Mrd Euro steigern. Trotzdem kann sich gerade auch in diesen Bereichen in den nächsten Jahren noch viel entwickeln, deshalb dürfen wir uns nicht auf kurzfristigen Erfolge ausruhen und ökologisch und nachhaltig relevante Themen fächerübergreifend mehr in unser Bildungssystem integrieren. Das fängt im Kindertagesstätten an, und geht hin bis zu ent-

sprechenden Studiengängen. Es ist entscheidend, dass nachhaltiges Handeln ein Querschnittsthema ist, welches in vielen Bereichen relevant ist, trotzdem dürfen entsprechende Spezialisierungsmöglichkeiten nicht fehlen. Klimaschutz muss auf allen wirtschaftlichen und politischen Ebenen eingefordert werden, auch kleine Beiträge sind nicht zu vernachlässigen. Daher sollen Kommunen und Wirtschaftsbetriebe in ganz Deutschland einen Beitrag im Rahmen ihrer Möglichkeiten leisten. Auch hier muss die öffentliche Hand in möglichst vielen Bereichen ein Vorbild sein, zum einen bei Neueinrichtungen, aber auch beim Modernisieren. Dabei geht es um kommunalen Wohnungsbau, öffentliche Gebäude, aber auch um Dienstleistungen, wie zum Beispiel Abfallverwertungsanlagen.

Umwelt- und Klimapolitik ist eine Chance für die Sozialdemokratie, die jetzt genutzt werden muss. Wenn wir jetzt die richtigen Zeichen setzen und klar für eine Wende hin zu regenerativen Energien, weg vom fossil-atomaren Energiemix, unter sozial gerechten Umständen eintreten, gibt es noch Möglichkeiten den Kurs in die Zukunft in die richtige Richtung zu lenken. Es ist Aufgabe der Sozialdemokratie die Auswirkungen des Klimawandels, gerade auf das Leben der Menschen, klar herauszustellen und daraus deutliche Forderungen zu entwickeln, wie diesen neuen, verschärften Komponenten sozialer Ungerechtigkeit entgegen gewirkt werden kann. Damit zu beginnen ist es nie zu spät, also lasst uns damit anfangen.

Parlament kommt von reden – weg mit den „Reden zu Protokoll“!

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass §78 (6) der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages [die Mög-

lichkeit, Reden zu Protokoll zu geben, d.Red.] ersatzlos gestrichen wird.

Rechtspolitik, öffentliche Sicherheit und Bürgerrechte

Rechtsstaat stärken – Polizeikennzeichnung jetzt!

Die Jusos Bayern fordern, alle PolizeibeamtInnen, die ihren Dienst in Uniform ausüben, beim Einsatz gut lesbaren und einprägsamen Dienstnummern

auszustatten, die sichtbar an den Uniformen anzubringen sind. Die hierfür nötigen Rechtsgrundlagen sind schnellstmöglich zu schaffen.

Freiheit versus Sicherheit im digitalen Zeitalter

Einleitung

Those who would give up essential liberty to purchase a little temporary safety deserve neither liberty nor safety.
(Benjamin Franklin)

Spätestens seit der Auseinandersetzung um die „Internetsperre“ hat sich gezeigt, dass die Jusos zu Fragen des Datenschutzes und der informationellen Selbstbestimmung eine andere Position als die SPD einnehmen. Die Gründung und die Wahlergebnisse der Piratenpartei, die vor allem von jungen Menschen Zuspruch erhielt, waren ein weiteres deutliches Zeichen dafür, dass einige politische Entscheidungen rund um „Neue Medien“ aus Sicht der jungen Generation falsch waren.

Das hier als „Neue Medien“ bezeichnete Politikfeld entspringt der rasanten Ausbreitung und Entwicklung der Computer- und Telekommunikationsnutzung der vergangenen Jahrzehnte, deren Ende immer noch nicht in Sicht ist. Dabei geht es ebenso um die Zunahme von elektronischen Hilfsmitteln im privaten, im wirtschaftlichen sowie im politischen Bereich, wie auch um das Internet, Software und elektronische Daten. Die Gesetzeslage wurde mehr als einmal vom technischen Fortschritt überholt. Der Grund dafür ist, dass die technischen Möglichkeiten sehr groß sind und ihre Anwendung sich technisch in der Regel schwierig beschränken lässt.

Ähnlich wie in anderen Bereichen der Innenpolitik entsteht der klassische Konflikt zwischen Freiheit und Sicherheit. Wichtig ist an dieser Stelle, von welcher Art der Freiheit geredet wird. Ist ausschließlich von der Freiheit eines Individuums die Rede, wie es die neoliberalen Parteien im Zuge dieser Debatte oft verstehen, so werden die beiden Begriffe zu eindeutigen Gegenspielern. Der

sozialdemokratische Freiheitsbegriff definiert sich allerdings aus der Gerechtigkeit heraus und ist daher mit Sicherheit besser vereinbar; Freiheit – um es mit Rosa Luxemburgs viel zitierten Worten zu sagen – „ist immer die Freiheit der Anderen“.

Big Sister BRD?

In der Orwellschen Anti-Utopie „1984“ tritt der Staat als totalitärer Überwachungsstaat auf, der alle Bürgerinnen und Bürger zu kontrollieren versucht. In dieser Namenstradition werden daher Negativpreise wie der Big-Brother-Award vergeben (im Übrigen 2009 für das „Lebenswerk“ von Wolfgang Schäuble). Doch der Populismus hat einen wahren Kern: Viele Gesetze im Bereich der neuen Medien erscheinen als sicherheitspolitische Aufrüstung ohne Augenmaß mit fragwürdiger Zielsetzung.

Natürlich hat der rasante technische Fortschritt zum einen die Gesetzgebung „überholt“, so dass neue Straftaten entstanden sind, zum anderen bieten die neuen technischen Möglichkeiten auch bereits bekannten Straftatbeständen neue Plattformen und Hilfsmittel. Wir Jusos bestreiten nicht, dass sich die Gesetzgebung dringend an die neuen technischen Begebenheiten anpassen muss. Auch dass nach neuen technischen Möglichkeiten zur Bewältigung staatlicher Aufgaben gesucht wird, finden wir richtig. Bei vielen der neu eingeführten Instrumente ist aber aus unserer Sicht der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit außer Acht gelassen worden.

An einigen Punkten wurde das mittlerweile auch durch die Rechtsprechung festgestellt: Die in Deutschland seit der Europawahl 1999 und anschließend bei den Bundestagswahlen 2002 und

2005 eingesetzten Wahlcomputer, wurden am 3. März 2009 für verfassungswidrig erklärt. Die BundesrichterInnen sahen das Demokratieprinzip gefährdet, laut dem bei demokratischen Wahlen in Deutschland der gesamte Wahlablauf grundsätzlich öffentlich und damit auch verifizierbar sein muss. Diese Möglichkeit der Kontrolle sei durch den Einsatz der Wahlcomputer, bei denen eben nicht jeder Schritt nachvollzogen werden kann („Black Box“) und die zudem manipulierbar sind, nicht gegeben. Wir Jusos setzen uns dafür ein, dass dieses Urteil auch bei kommunal vereinzelt verwendeter elektronischer Wahlunterstützung beachtet wird.

Auch gegen die so genannte Vorratsdatenspeicherung, die seit 1. Januar 2008 geltende Pflicht der TelekommunikationsanbieterInnen, die Verbindungs- und Standortdaten ihrer KundInnen zu speichern, gibt es ein Verfassungsgerichtsverfahren. Nachdem das umstrittene Gesetz bereits im März 2008 mit einer einstweiligen Anordnung eingeschränkt wurde, wird das endgültige Urteil im Frühjahr 2010 erwartet. Auch wir Jusos teilen die Kritik an der Vorratsdatenspeicherung: Die Vorratsdatenspeicherung verstößt gegen die Grundrechte der Kommunizierenden und der Telekommunikationsunternehmen, insbesondere gegen das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, sowie gegen Meinungs-, Informations- und Rundfunkfreiheit. Wir sehen weiterhin kritisch, dass eine solche Speicherung nur einen eingeschränkten Nutzen hat (ein Einfluss auf das Kriminalitätsniveau insgesamt ist in anderen Staaten in der Praxis nicht zu beobachten), allerdings wird Missbrauch und Irrtum Tür und Tor geöffnet. Wir Jusos sehen die Gefahr von Datenmissbrauch, sowie die Möglichkeit, Rückschlüsse auf intime Details, Aufenthaltsorte, Gewohnheiten und Vorlieben im Leben jedes einzelnen Bürgers oder jeder einzelnen Bürgerin zu ziehen. Diese stehen aus unserer Sicht in keinem Verhältnis zu dem möglicherweise im Einzelfall bestehenden Vorteil bei der Strafverfolgung.

Doch auch weitere unlängst eingeführte oder ausgeweitete Verfahren zur Strafverfolgung und -aufklärung sehen wir kritisch. Angesichts der zahlreichen neuen Maßnahmen in diesem Bereich ist es nicht verwunderlich, dass das Thema „Überwachungsstaat“ zunehmend auch von der Medienöffentlichkeit thematisiert wird.

Die private Videoüberwachung in Geschäften wird zunehmend ausgebaut. Doch es gibt auch immer mehr kommunale Überlegungen, Plätze flächendeckend überwachen zu lassen. Dabei wurde in einer vom britischen Innenministerium in Auftrag gegebenen Studie erneut die geringe Effizienz von Überwachungskameras bestätigt. Wir Jusos setzen uns dafür ein, dass eine solche Überwachung wenn, dann nur mit Augenmaß er-

folgt.

Auch die Telekommunikationsüberwachung durch Ermittlungsbehörden hat sich nach ihrer Einführung sehr rasch ausgedehnt. Aus Sicht der Jusos muss der Tatbestand für die Überwachung auf das Notwendige reduziert werden und die Genehmigungspraxis restriktiver reguliert werden. Durch Zentralisierung (wie das Bundesüberwachungsamt) der Infrastruktur oder deren Outsourcing entstehen zusätzliche Risiken, denen man sich endlich bewusst werden muss.

Die Möglichkeit der Onlinedurchsuchung untergräbt die freie Meinungsäußerung und schafft ein hohes Missbrauchspotenzial, vor allem da es im bestehenden System gravierende Sicherheitslücken entdeckt wurden. Wir Jusos lehnen sie daher entschieden ab.

Besonders legen wir darauf Wert, dass die „digitale Intimsphäre“ gewahrt bleibt, da auf Festplatten gespeicherte Daten oft das gesamte Leben eines Menschen widerspiegeln. Dies muss bei Datendurchsuchungen wie beispielsweise bei Festplattenbeschlagnahme berücksichtigt werden.

Weiterhin sehen wir Jusos das so genannte „BKA-Gesetz“ kritisch, da wir keine stichhaltigen Gründe für die Ausweitungen der BKA-Ermittlungsbefugnisse erkennen. Sinnvoller wäre aus unserer Sicht, die im BKA herrschenden Personalmängel zu beheben und damit eine bessere Polizeiarbeit zu ermöglichen. Wir fordern daher die SPD auf, die Einhaltung des Trennungsgebots zwischen Verfassungsschutz und Polizei zu überprüfen.

Nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September wurde die Flugsicherheit in der ganzen Welt aufgerüstet. Wir raten an dieser Stelle wiederum zu einer Umsetzung mit Augenmaß. Beispielsweise sind die Forderungen nach der Einführung der so genannten „Nacktscanner“ weder technisch gerechtfertigt, noch notwendig, da es genügend andere erprobte Methoden gibt.

Sowohl bei Flugdaten, als auch bei Bankdaten gibt es zudem einen zunehmenden internationalen Datenaustausch, der aus Sicht von uns Jusos dringend eingeschränkt werden muss. Deutschland ist verpflichtet die Schutzfunktion für seine Bürgerinnen und Bürger auch im digitalen Raum wahrzunehmen und dafür zu sorgen, dass Drittstaaten nicht weiterhin Zugriff auf sensible Daten bekommen. Speziell das SWIFT-Abkommen sehen wir unter diesen Gesichtspunkten höchst kritisch. Wir begrüßen die Ablehnung des SWIFT-Abkommens durch das Europäische Parlament.

Doch auch in anderen Bereichen gibt es, angestoßen durch die Politik, die Entwicklung großer Datensammelstellen, bei denen wir Jusos es kritisch sehen, ob alle Gefahren bis zum Ende durchdacht wurden.

Die elektronische Gesundheitskarte soll die Krankenversicherungskarte ablösen, ist gesetzlich

vorgeschrieben und benötigt die Einrichtung einer komplexen technischen Infrastruktur. Auf ihr sollen neben der Speicherung der Stammdaten wie bisher auch elektronische Rezepte und die freiwillige Option der elektronischen PatientInnenakte festgehalten werden. Wir Jusos haben Bedenken, ob letztere die hohen Anforderungen an den Datenschutz erfüllen kann, da wir die Gefahr von „gläsernen PatientInnen“ sehen. Weiterhin ist zu kritisieren, dass der Aufbau der komplexen Infrastruktur wirtschaftlich nicht sinnvoll und der Entwicklungsvorgang der Komplexität entsprechend nicht hinreichend durchdacht zu sein scheint (die Einführung hat sich mittlerweile um über zwei Jahre verzögert und Teile der notwendigen geplanten Tests wurden aus Zeitmangel weggelassen).

Auch die Einführung eines biometrischen Passes ist aus unserer Sicht zu kostenintensiv, im Vergleich zum verschwindend geringen Sicherheitsgewinn und dem hohen Missbrauchspotential. Auch angesichts der verschiedenen Datenskandale wäre jetzt Zeit für die Notbremse.

Die SPD und alle MandatsträgerInnen der Partei werden aufgefordert, sich auf allen Ebenen für die Abschaffung des elektronischen Entgeltnachweises (kurz: „ELENA“) einzusetzen. Bestimmte Daten (z.B. Name, Adresse etc.) werden bereits heute bei Bescheinigung des Arbeitslosengeldes abgefragt und bei der jeweiligen Arbeitsagentur gespeichert. Eine zentrale Erfassung dieser Daten ist nicht von Nöten.

Des Weiteren ist die Forderung der meisten Daten unzulässig und verletzt das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Beispiele sind „Fehlverhalten des/der Arbeitnehmers/in“, „Fehlzeiten“, „Abmahnungen“, etc.

Bis jetzt ist ein Zugriff auf die gesammelten Daten durch Arbeitgeber, Finanzämter oder die Staatsanwaltschaft explizit ausgeschlossen, doch eine derart gewaltige Informationssammlung weckt bei den entsprechenden Behörden in Zukunft wohl Begehrlichkeiten.

Insgesamt ist es unerheblich, welche Daten erfasst werden und mit welchen Regelungen der „Elena-Beirat“ bestehende Vorgaben/Ideen noch entschärfen will. Entscheidend ist die zentrale Speicherung einer riesigen Menge persönlicher Daten. Dass solche Daten nicht sicher sind, beweisen große, deutsche Unternehmen in den letzten Jahren zur Genüge. Deshalb sollte auch von Seiten des deutschen Staates von einer Datensammlung diesen Ausmaßes abgesehen werden, bzw. diese rigoros unterbunden werden.

Ein großes Thema war im letzten Jahr die Diskussion über die Internetsperre, gegen die sich die Jusos vehement und mittlerweile auch die SPD ausgesprochen haben. Sie löst aus unserer Sicht keine der Probleme wie Kinderpornographie, sondern führt vielmehr zur Entwicklung einer risikobehafteten Technologie. Die Neutralität und

Zensurfreiheit des Internets hat aus unserer Sicht höchste Bedeutung und muss gesetzlich festgeschrieben werden. Wir müssen uns zudem der Diskussion stellen, wie mit dem Internet weiter umgegangen werden soll und sind ebenfalls der Meinung, dass es keinen rechtsfreien Raum darstellt. Es muss ein tragfähiges Konzept zur Ermöglichung von Löschung (nicht Sperrung!) rechtswidriger Inhalte geben. Dafür ist auch der europäische und internationale Austausch wichtig. Auf keinen Fall darf es sich wiederholen, dass die SPD einer derart kurzsichtigen Maßnahme wie der Internetsperre zustimmt.

Neueste Verhandlungen rund um den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag legen nahe, dass die Politik noch nichts aus dem Widerstand gegen die Internetsperre gelernt hat, und die geforderten Maßnahmen stellen aus unserer Sicht tatsächliche Internet-Zensur dar.

Bei den geschilderten Instrumenten werden aus unserer Sicht teilweise unwissentlich Infrastrukturen mit Repressionspotential geschaffen, die nur so lange keine größere Gefahr darstellen wie sie in den Händen demokratisch gesinnter Menschen sind und eine wirksame rechtsstaatliche Kontrolle gewährleistet ist. Wir müssen die Diskussion über die Gefahr einer Erosion der Grundrechte und die Probleme des Datenschutzes anstoßen, die bislang vor allem in einer tief beunruhigten (Fach-) Öffentlichkeit oder vor dem Bundesverfassungsgericht geführt wird.

Selber schuld? Sorglosigkeit im privaten Bereich

Der Datenschutz ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ein Grundrecht (Recht auf informationelle Selbstbestimmung). Danach kann der oder die Betroffene grundsätzlich selbst darüber entscheiden, wem er bzw. sie welche persönlichen Informationen bekannt gibt. Dieses Grundrecht wird im Grundgesetz allerdings nicht explizit erwähnt und ist großen Teilen der Bevölkerung unbekannt.

Selbstbestimmung und damit die Fähigkeit, selbstständige Entscheidungen zu treffen, ist aus unserer Sicht nur möglich, wenn auch die Folgen des Handelns einigermaßen abgesehen werden können. Betrachtet man nämlich aus datenschutzrechtlicher und technischer Sicht die täglichen multimedialen Aktivitäten vieler Menschen, fällt die unreflektierte Sorglosigkeit im Umgang mit dem Schutz der eigenen Daten auf, die im Widerspruch zu einer mündigen Selbstbestimmung steht.

Durch den gewohnheitsmäßig hohen, aber unbedarften Umgang mit den neuen Medien gehen die meisten NutzerInnen davon aus, dass das, was ihnen der PC anzeigt, auch der „Wahrheit“ entspricht. Die Hinweise über das Ausspionieren

von Online-Banking-Daten werden bislang immer noch zu wenig beachtet und auch die technischen Sicherheitsgefahren der verschiedenen Varianten des elektronischen Geldes sind vielen nicht bekannt. Durch die Ausweitung der sozialen Netzwerke wird von vielen immer weniger hinterfragt, welche Daten sie effektiv dort hinterlegen und wer alles darauf Zugriff hat.

Ein weiterer Bereich der privaten Mediennutzung berührt den Bereich des Urheberrechts. Die Nutzung von Bild- und Musikdaten, die im Internet gefunden werden, sowie der Austausch von geschützten Daten und Software ist für viele Menschen alltäglich. Teilweise kennen sie die Grenzen der Legalität nicht, teilweise übertreten sie – aus Bequemlichkeit oder durch die schiere Möglichkeit verführt – die Grenzen bewusst. Schallplatten oder Bücher ließen sich nur schwer und mit Verlust kopieren. Heute dagegen können digitale Klänge, Bilder und Texte in Sekunden praktisch kostenlos kopiert, verändert und über das Internet weltweit getauscht werden. Damit fordern die neuen Medien das Urheberrecht fundamental heraus. Der am 1. Januar 2008 in Kraft getretene „zweite Korb“ des Urheberrechts hat offenbar keinen wirklich glücklich gemacht. Unsere Kritik ist unter anderem, dass der Schutz von großen globalen Medienunternehmen eine zu große Rolle spielt und der Weg zu einer VerbraucherInnenkriminalisierung gegangen wird, ohne dass die wirklichen Herausforderungen der Situation gelöst wurden. Die SPD muss sich für einen „dritten Korb“ stark machen und grundsätzlich überlegen, wie mit geistigem Eigentum in Zukunft umgegangen werden soll.

Ein großes Feld ist zudem die eindeutig kommerzielle Nutzung von Daten. Das fängt bei der Auswertung der Profile in Sozialen Netzwerken und dem Anzeigen kontextsensitiver Werbung bei diesen und anderen Onlinediensten an. Allerdings sind viele Menschen auch beim Ausfüllen von Gewinnspielkarten oder anderen Belegen sehr vertrauensvoll bei der Herausgabe ihrer Daten. Hinzu kommt, dass viele Firmen beim Ausfüllen von Verträgen, Rücknahmebelegen oder sonstigen Dokumenten weder eine Kennzeichnung, noch Möglichkeiten des Widerspruchs der Weitergabe von persönlichen Daten ermöglichen. Teilweise werden auch handschriftliche Bemerkungen über das Verbot der Weitergabe der persönlichen Daten nicht beachtet. Als einzelne Person ist man an dieser Stelle allerdings machtlos, denn angesichts der hohen Dichte von SPAM und Postwurfsendungen ist es sehr schwierig die Schuldigen zu finden und nachzuweisen. Ähnlich unsicher, uninformiert und insgesamt machtlos ist man bei Telefonwerbung, da man sich weder sicher ist, ob man in den sämtlichen Verträgen bei Online- oder Katalogkäufen irgendwo „erlaubt“ hat, angerufen zu werden, noch wissen viele nicht, wie sie sich an dieser Stelle wehren sollen. Wir erwarten, dass

es endlich echte Sanktionen bei Verstößen gegen diese Verbote gibt, bzw. dass eine echte Kontrolle der VerbraucherInnen über ihre Daten möglich wird, beispielsweise durch die Einführung eines „Datenbriefs“.

Auch verschiedene „Treupunkte“-Aktionen müssen kritisch gesehen werden, da sie die Erstellung eines NutzerInnenprofils ermöglichen. Uns Jusos ist klar, dass kein Unternehmen derartige Mengen an Geld in Rabatte und Geschenkartionen investieren würde, wenn es sich nicht lohnen würde.

Wir sehen zudem den vermehrten Einsatz von RFID-Chips (Radio-frequency identification) kritisch. Dabei geht es sowohl um „Extremfälle“, wie Diskotheken, die das Implantat eines derartigen Chips anbieten, wie um Chips, die auf Konsumartikeln angebracht sind. Die einzelne Person hat durch die „versteckten“ Sender keinen Einfluss mehr darauf, welche Informationen preisgegeben werden, und dabei kann dieser Sender ohne weiteres fremd ausgelesen werden. Auch die Frage eines sinnvollen Recyclings dieser mittlerweile inflationär im Gebrauch stehenden Chips ist bislang ungeklärt. Richtig gefährlich wird es, sobald Szenarien wie von Metro Group auf der CeBIT 2006 dargestellt, komplett umgesetzt werden: Eine Kopplung von durch Treuepunkt-Aktionen gewonnen KundInnen-Informationen und im Einkaufswagen angebrachten RFID-Scanner, der die in Reichweite befindlichen Konsumprodukte zugeschnitten auf das KundInnenprofil anpreist ist aus unserer Sicht ein Horrorszenario von „gläsernen KundInnen“.

Wie beschrieben wird die informationelle Selbstbestimmung in vielen Bereichen des privaten Lebens bereits von den meisten sorglos über Bord geworfen und die Privatwirtschaft arbeitet an der systematischen Ausweitung dieses Prozesses. Wen wundert es da, dass auch die geschilderten staatlichen Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung von vielen Menschen als unkritisch betrachtet werden? Viele handeln hier nach dem Motto: „Ich habe mir nichts zu schulden kommen lassen, also stört es mich nicht.“ ohne die Folgen einer derartigen Datensammelwut erkennen zu können. Allerdings machen die Datenskandale der letzten Jahre deutlicher, denn je, dass das Eingreifen der Politik dringend notwendig ist.

Einen letzten Punkt aus dem privaten Umgang den neuen Medien sehen wir ebenfalls als schwerwiegend an: Von vielen Menschen werden die Medien nicht mehr kritisch wahrgenommen. Das ist bei den neuen Medien insbesondere relevant, da dort vieles ungeprüft veröffentlicht wird. Wir brauchen daher eine stärkere Förderung der Medienkompetenz in der Erziehung aber auch im Erwachsenenbereich. Die Folgen der beschriebenen Sorglosigkeit führen bislang nur zur reflexartigen, unreflektierten Dämonisierung von Teilen der digitalen Welt, wie etwa gewissen Computer- und

Onlinespielen. Natürlich ist das Informationspotpourri, das konsumiert wird, meinungsbildend und -beeinflussend. Das lässt sich beispielsweise auch in der Geschlechterwahrnehmung nachweisen. Verbote von Darstellungsformen, Computerspielen oder sonstigen sind allerdings hier aus unserer Sicht kein adäquates Mittel, den überbordenden gesellschaftsbildenden Einfluss der Medien einzuschränken, vielmehr bedarf es einer umfassenden Diskussion über Medienethik einerseits und der gezielten Förderung von Medienkompetenz der „breiten Masse“ andererseits.

Forderungen

Uns Jusos ist bewusst, dass der digitale Fortschritt nicht nur guten Seiten hat, sondern auch Gefahren mit sich bringt. Doch gegen die Gefahren hilft keine Verteufelung oder totale Überwachung, sondern eine entsprechende Aufklärung, auch bei den PolitikerInnen, damit diese mehr Ahnung haben worüber sie entscheiden sollen. Der Zwiespalt zwischen Dämonisierung und Sorglosigkeit zeigt den gesellschaftlichen Konflikt im Umgang mit Neuen Medien auf. Die Politik darf an dieser Stelle weder das eine noch das andere fördern, sondern vielmehr:

- Kritik ernst nehmen: Wir Jusos fordern, die SPD auf, die von uns geäußerte Kritik an den bestehenden Verfahren, ernst zu nehmen und zu prüfen. Wir fordern weiterhin die Einstellung der angesprochenen problematischen Verfahren wie Vorratsdatenspeicherung oder Internetsperre.
- Technikfolgenabschätzung: Wir fordern die SPD auf, über die angesprochenen Themenbereiche hinaus weiter eine intensive Technikfolgenabschätzung zu betreiben. Dabei müssen die Berichte des Büros für Technikfolgenabschätzung und Gutachten von ExpertInnen auch ernst genommen werden. Die gewonnen Erkenntnisse müssen in politisches Handeln umgesetzt werden, selbst wenn sie strategisch ungünstig erscheinen mögen.
- Aufklärung über einen wirksamen Datenschutz: Die Politik muss die Bürgerinnen und Bürger über wirksamen Datenschutz aufklären und sie für einen verantwortungsbewussten Umgang mit ihrer informationellen Selbstbestimmung sensibilisieren. Sie muss die Probleme der Sorglosigkeit im Umgang mit privaten Daten benennen und Möglichkeiten des rechtlichen Vorgehens gegen DatensünderInnen erläutern.
- Reform des VerbraucherInnenschutzes: Wir fordern ein geschlossenes Vorgehen gegen Datenmissbrauch, damit Verbrau-

cherInnen wieder mehr Kontrolle über die eigenen Daten zurückgewinnen. Eine wirksame Eindämmung des privatwirtschaftlichen Datenmissbrauchs muss grundlegend passieren, etwa durch die Einführung eines „Datenbriefs“, eine verpflichtende jährliche Mitteilung an die BürgerInnen über alle gespeicherten und weiterverarbeiteten Daten, deren Herkunft bzw. Weitergabe. Ebenso müssen die Strafen für Datenverbrechen drastisch verschärft und das Listenprivileg (nach dem die Übermittlung oder Nutzung von Daten zulässig ist, wenn es sich um listenmäßig zusammengefasste Daten über Angehörige einer Personengruppe handelt) abgeschafft werden. Für neue Datenerhebungen muss eine explizite Zustimmung zur Verarbeitung bzw. Weitergabe notwendig werden, die nicht an den Vertragsabschluss gekoppelt sein darf, sofern sie nicht notwendig sind. Der Kreis der „notwendigen“ Verarbeitung und Weitergabe muss geprüft werden und es müssen echte Sanktionen gegen „DatensünderInnen“ ergriffen werden.

- Sinnvolles eGovernment: Die Vereinfachung und Durchführung von elektronisch unterstützten Verwaltungsaufgaben, auch eGovernment, muss in Zukunft so verstanden werden, dass Regierungshandeln transparent gemacht, aber die BürgerInnen nicht gläsern werden. Derzeitige Projekte müssen auf ihre Sinnhaftigkeit geprüft und nicht zum Zweck der Industrieförderung umgesetzt werden. Ziele müssen die Verbesserung des BürgerInnenservices, die Entbürokratisierung, sowie die Transparentmachung von Verwaltungshandeln sein. Prozesse müssen so ausgelegt werden, dass sie Datenschutzprobleme minimieren, zentrale Datenhaltung vermeiden und Auskünfte nach Informationsfreiheitsgesetz vereinfachen.
- Umgang mit dem Internet: Die SPD muss sich nach dem Eingeständnis zur Internetsperre umfassend damit beschäftigen, als was sie das Internet sieht und wie die dort vorkommenden Formen der Kriminalität wirksam bekämpft werden können. Wir müssen weiterhin gegen existierende Formen der Internetsensur in anderen Ländern wirksam vorgehen.
- Novellierung des Urheberrechts: Die SPD muss sich mit einer Neugestaltung des Urheberrechts beschäftigen und die VerbraucherInnenkriminalisierung des bestehenden Rechts überwinden. Dabei müssen neue verbraucherInnenfreund-

liche und wirklichkeitsnahe Regelungen geschaffen werden, welche die Interessen der KonsumentInnen und AutorInnen gegenüber VerwerterInnen stärkt. Die Nutzung von alternativen Rechten wie Creative Commons oder GPL (General Public License) muss in einer Novellierung gestärkt werden. Wir Jusos setzen uns für den Gedanken von freier Software und Open Access ein. Weiterhin stellen wir uns entschieden gegen Software- und Biopatente.

- Medienkompetenz fördern statt Verbotsrufe: Wir Jusos fordern die SPD auf, sich grundlegend mit Medienkritik und Förderung der Medienkompetenz zu beschäftigen und ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auch auf den Neuen Medien liegen. Wir hoffen, dass dadurch führende PolitikerInnen angeregt werden, willkürlichen Verbotsrufen (beispielsweise gegen Computerspiele) sinnvolle Vorschläge entgegenzusetzen.

- Datenschutzbeauftragte stärken: Die Datenschutzbehörden in Bund und Ländern müssen personell und finanziell gestärkt und strukturell unabhängig von den Innenministerien werden. Weiterhin setzen wir uns für eine Stärkung der betrieblichen Datenschutzbeauftragten ein und fordern, dass die Zusammenarbeit zwischen betrieblichen Datenschutzbeauftragten und dem Betriebsrat verbessert und unterstützt werden muss. Insgesamt müssen auch hier die Sanktionsrechte von Datenschutzbeauftragten ausgeweitet werden.
- Polizei aufstocken: Der Trend geht immer mehr dazu, sicherheitstechnische Probleme über bessere und teurere Technik zu lösen. Gleichzeitig wird die zu Verfügung stehende Technik auf einen möglichst großen Personenkreis angewandt. Aus Sicht der Jusos muss bei jeder Maßnahme überlegt werden, ob nicht der Einsatz von ausreichend PolizistInnen bzw. Sicherheitskräften, vor Ort bessere Ergebnisse bringen kann.

Weitere Beschlüsse

Giftiges Blut?

Laut Angaben des Paul-Ehrlich-Instituts beträgt der jährliche Bedarf an Blutspenden ca. 4,4 Mio., Tendenz steigend. Immer wieder wird von offizieller Seite auf die dringende Notwendigkeit von Blutspenden hingewiesen und vor drohender Knappheit, wie zuletzt angesichts des Ausbruchs der Schweinegrippe, hingewiesen. Trotzdem wird eine Gruppe der Bevölkerung lebenslang von der Möglichkeit Blut zu spenden ausgeschlossen: homosexuelle Männer. Begründet wird dieser Ausschluss damit, dass homosexuelle Männer aufgrund ihrer Sexualpraktiken ein grundsätzlich erhöhtes Risiko haben, sich mit dem AIDS-Virus zu

infizieren und deshalb ebenso als Risikogruppe zu gelten haben, wie z.B. Prostituierte und Drogenabhängige.

Tatsächlich jedoch entspringt dieser Ausschluss lediglich Vorurteilen und einer veralteten Denkweise, die AIDS immer noch als „Schwulenkrankheit“ ansieht, und stellt somit eine Diskriminierung homosexueller Männer dar.

Wir fordern daher, die Richtlinien der Bundesärztekammer zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen zu ändern und den lebenslangen Ausschluss homo- und bisexueller Männer abzuschaffen.